

<http://www.berlin.de/mauer/index.de.html>

http://www.berlin.de/mauer/zahlen_fakten/index.de.html

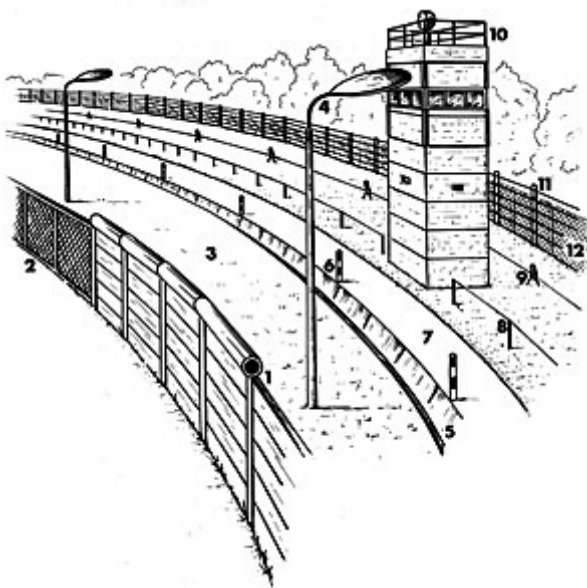
Zahlen und Fakten

- [Eingemauert! Animationsfilm zur innerdeutschen Grenze](#)
- [Aufbau der Grenzanlagen](#)
- [Die Mauer in Zahlen](#)
- [Grenzregime](#)
- [Mauertote](#)
- [Schießbefehl](#)

Eingemauert

„Eingemauert!“ ist ein Filmprojekt der Deutschen Welle. Eine Computeranimation bildet erstmals die Mauer und die innerdeutsche Grenze detailgetreu nach.

Aufbau der Grenzanlagen



(schematische Darstellung)

Die allgemein bekannte und medial in alle Welt vermittelte „Berliner Mauer“ war die vordere Sperrmauer Richtung West-Berlin. Sie verlief an der Grenze des sowjetischen Sektors entlang der Berliner Bezirksgrenzen, die 1921 für Groß-Berlin festgelegt worden waren. Lediglich an Wasserläufen und Bahnanlagen wichen politische Grenze und Standort der ersten Sperrmauer deutlich voneinander ab. Außerdem kam es nach 1961 in einigen Grenzabschnitten zu einem Gebietsaustausch.

An der politischen Grenze zu West-Berlin beginnend wurden die Sperranlagen ab dem 13. August 1961 auf Ost-Berliner Gebiet nach und nach zu einem tief gestaffelten „Sicherungs“-System ausgebaut und ständig perfektioniert. Auch die bauliche Ausführung der „Berliner Mauer“ ist zwischen 1961 und 1989 in vielen Abschnitten viermal verändert worden. Die vordere Sperrmauer, Richtung West-Berlin, war bis

zu 3,60 Meter hoch. Außerhalb des Stadtgebiets wurde das vorderste Sperrelement auch als Metallgitterzaun ausgeführt.

- 1 Betonplattenwand mit oder ohne Rohr
- 2 Metallgitterzaun
- 3 Kontrollstreifen (KS)
- 4 Beleuchtungsanlage
- 5 Kfz-Graben
- 6 Linie der vorderen Begrenzung des Grenzpostens
- 7 Kolonnenweg
- 8 Führungsdraht der Hundelaufleine
- 9 Signalgerät
- 10 Beobachtungsturm
- 11 Kontaktzaun

Die Mauer in Zahlen

Gesamtlänge der Grenze zu West-Berlin:	155 km
Innerstädtische Grenze zwischen Ost- und West-Berlin:	43 km
Grenze zwischen West-Berlin und der DDR („Außenring“):	112 km
Grenzübergänge zwischen Ost- und West-Berlin (Straße/Schiene):	8
Grenzübergänge zwischen der DDR und West-Berlin (Straße/Schiene):	6
Beobachtungstürme:	302
Bunker:	20
Hundelaufanlagen:	259
Kraftfahrzeug-Sperrgräben:	105,5 km
Kontakt- bzw. Signalzäune:	127,5 km
Kolonnenweg:	124,3 km

(Stand 31.07.1989, Lapp/Ritter, Die Grenze, 1997)

Grenzregime

Der Auf- und Ausbau der Grenzanlagen folgte ihrem Zweck: Sie sollten Menschen aus Ost-Berlin und der DDR am Grenzübertritt nach West-Berlin hindern. Die Sperranlagen richteten sich also nach innen, gegen die eigene Bevölkerung. Das unterschied sie von anderen Grenzsicherungen.

Leuchtkörper an hohen Masten beleuchteten den Sandstreifen, in dem sich die Spuren von Flüchtlingen abzeichnen sollten. Die Lichtmasten trugen die Farbmarkierung der „vorderen Postenbegrenzung“. Grenzsoldaten, die diese gedachte Linie ohne Voranmeldung überschritten, waren des Fluchtversuches verdächtig. Vor dem so genannten Kontrollstreifen verlief der „Kolonnenweg“ für die Patrouillen- und Versorgungsfahrzeuge. Der asphaltierte Weg war durch Zufahrtstore in der hinteren Sperrmauer erreichbar. Als weiteres Element des Sperrsystems erhoben sich vor dem „Kolonnenweg“ die Beobachtungstürme, die organisatorisch in Gruppen zusammengefasst, von einer „Führungsstelle“ koordiniert wurden. Der Reihe der Wachtürme vorgelagert waren oft Hunde-Laufanlagen oder andere Hindernisse. Davor war der elektrische „Signalzaun“ installiert, der bei Berührung Alarm auslöste.

Selbstschussanlagen und Minen, wie an großen Abschnitten der innerdeutschen Grenze (DDR-Bundesrepublik), waren in Berlin nicht installiert.


Als erste bauliche Begrenzung erhob sich die hintere, das heißt innere Sperrmauer, in deren Verlauf Gebäude, Brandwände und Fabrikmauern einbezogen worden waren. Daher war sie nicht als einheitliches Bauwerk im Ost-Berliner Stadtbild wahrzunehmen, obwohl sie den Anfang des zwischen fünf und mehreren hundert Meter breiten Grenzstreifens markierte.

Noch vor der ersten Mauer lagen vielfach weitere „Vorfeldsicherungen“ und schließlich das „Grenzgebiet“, in dem der Aufenthalt nur mit besonderer Genehmigung erlaubt war.

Mauertote

Weit über 100.000 Bürger der DDR versuchten zwischen 1961 und 1988 über die innerdeutsche Grenze oder über die Berliner Mauer zu fliehen. Weit mehr als 600 von ihnen wurden zwischen 1961 und 1989 von Grenzsoldaten der DDR erschossen oder starben bei Fluchtversuchen. Sie ertranken in Gewässern, erlitten tödliche Unfälle oder begingen Selbstmord bei ihrer Entdeckung.

Allein an der Berliner Mauer wurden zwischen 1961 und 1989 mindestens 136 Menschen getötet oder kamen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem DDR-Grenzregime ums Leben: 98 Flüchtlinge, die beim dem Versuch die Grenzanlagen zu überwinden, erschossen wurden, verunglückten oder sich das Leben nahmen; 30 Menschen aus Ost und West ohne Fluchtabsichten, die erschossen wurden oder verunglückten; 8 DDR-Grenzsoldaten, die während ihres Dienstes durch Fahnenflüchtige, Kameraden, Flüchtlinge oder einen West-Berliner Polizisten getötet wurden. Darüber hinaus verstarben mindestens 251 Reisende aus Ost und West vor, während oder nach Kontrollen an Berliner Grenzübergängen. Ungezählt sind die Menschen, die aus Kummer und Verzweiflung über die Auswirkungen des Mauerbaus auf ihr Leben starben.

Die Ergebnisse und die Darstellung der Einzelschicksale sind zugänglich unter [Stiftung Berliner Mauer](#)  und

Schießbefehl

Gesetze, Anordnungen und Befehle regelten den Schusswaffengebrauch an den Außengrenzen der DDR. So hieß es in einem Befehl des Verteidigungsministeriums der DDR aus dem Oktober 1961, die Schusswaffe dürfe eingesetzt werden „zur Festnahme von Personen, die sich den Anordnungen der Grenzposten nicht fügen, indem sie auf Anruf „Halt – Stehenbleiben – Grenzposten!“ oder nach Abgabe eines Warnschusses nicht stehenbleiben, sondern offensichtlich versuchen, die Staatsgrenze der DDR zu verletzen“ und wenn „keine andere Möglichkeit zur Festnahme besteht“.

Einen Schießbefehl im Sinne einer Verpflichtung zum Todesschuss gab es – juristisch betrachtet – nicht. Aber Belobigungen und Prämien für Todesschützen, ideologische Beeinflussung der jungen Wehrpflichtigen und Soldaten sowie Strafgesetze, die Fluchtversuche unter bestimmten Bedingungen als Verbrechen definierten, rückten im Alltag der Grenzsoldaten die Erlaubnis zum Einsatz der Waffe in die unmittelbare Nähe der Pflicht.

Erst am 3. April 1989 erhielten die Grenztruppen der DDR nach einer Verlautbarung von Generalsekretär Erich Honecker die Anweisung, „die Schusswaffe“ nicht mehr „zur Verhinderung von Grenzdurchbrüchen“ einzusetzen.

Der schmerzhafteste Weg zu mehr Wachstum

FAZ 04.05.2012 · In Südeuropa kippt die Stimmung: Immer lauter werden die Warnungen vor dem vermeintlichen „Kaputtsparen“. Doch wenn die Spar- und Reformbemühungen erlahmen, kann die Krise schlagartig eskalieren.

Von [Philip Plickert](#)



© AFP Wortführer der Südschiene: François Hollande

Was Europa derzeit erlebt, ist keine Konjunktur-, sondern eine Strukturkrise, die im Zeitraffer zuschlägt. Die Rezessionen in Südeuropa sind die Folge einer viel zu späten Reaktion auf Fehlentwicklungen. Viele Jahre haben die Peripherieländer die niedrigen Zinsen genossen und über ihre Verhältnisse gelebt. Sie haben sich Lohnerhöhungen weit oberhalb des Produktivitätsanstiegs gegönnt und unverhältnismäßige Sozialleistungen, bis die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ihre mangelnde Wettbewerbsfähigkeit schonungslos offengelegt hat. Unter dem Damoklesschwert der Staatspleite haben sie begonnen, Ausgaben zu kürzen und Einnahmen zu erhöhen. Weil gleichzeitig die Wirtschaft schrumpft, wird der Defizitabbau zur Qual.

Nun kippt die Stimmung. Immer lauter werden die Warnungen vor dem vermeintlichen „Kaputtsparen“. Der wahrscheinliche nächste französische Präsident François Hollande macht sich schon zu Wortführer der Südschiene, die sich gegen das deutsche „Spardiktat“ auflehnt. Hollande stellt den Fiskalpakt in Frage, der langfristig striktere Haushaltsregeln setzen soll. Er fordert stattdessen Eurobonds, also gemeinsame Schuldenaufnahme, was auch die hiesigen Rot-Grün-Linken gut fänden, sowie eine Aufgabe der auf Preisstabilität gerichteten EZB-Statuten zugunsten einer noch lockereren Geldpolitik und einer direkten Staatsfinanzierung durch die Notenpresse. Beides soll das Wachstum stimulieren - aber beides ist eine gefährliche Illusion.

„Wachstum durch Weichwährung“

In der jetzigen Situation wären eine Abkehr vom Konsolidierungskurs und ein Umschwenken auf mit neuen Schulden bezahlte Konjunkturprogramme ein fatales Signal. Die Konjunkturprogramme würden wohl nicht einmal die Strohfeuer auslösen, die keynesianische Maßnahmen üblicherweise bringen. Wenn die Kapitalmärkte den Glauben an den Konsolidierungswillen der Südländer verlieren, werden die Zinsen hochschießen. Schon jetzt sind die Risikoprämien für Spanien und Italien wieder auf bedrohliche Niveaus gestiegen, sie könnten abermals aus dem Ruder laufen. Auch die Formel „Wachstum durch Weichwährung“, die Hollande mit seinen EZB-Vorstößen implizit verbreitet, ist verhängnisvoll. Schon jetzt hat sich die Zentralbank viel zu weit hineinziehen lassen in die Staatsschuldenkrise. Sie muss dringend über den geeigneten Ausweg debattieren, sonst wachsen die Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit.

Gelegentlich wird ein „Marshallplan“ für die Südländer gefordert, doch geht die historische Analogie völlig fehl. Von den bisherigen EU-Regional- und Strukturförderungsmitteln in dreistelliger Milliardenhöhe ist ein großer Teil ohne dauerhafte Wirkung versickert. Die größten Empfängerländer stecken heute am tiefsten in der Krise. Das zeigt: Die bisherige Transferunion hat Südeuropa nicht geholfen, sondern mit

der Gewöhnung an Subventionen die Produktivität eher verringert. Ein paar Kredite mehr über die Europäische Investitionsbank werden die Lage nicht wenden. Sinnvoll sind sie ohnehin nur, wenn die Projekte, die damit finanziert werden, solide geplant und rentabel sind.

Aus dem kranken Mann Deutschland wurde der Supermann

Es hilft nichts: Europa muss den harten Weg der Strukturreformen gehen. Nur sie können langfristig die Wachstumskräfte stärken - wie jetzt auch EZB-Präsident Mario Draghi nochmals betont hat. Das deutsche Beispiel macht Mut: Vor einem Jahrzehnt galt Deutschland als kranker Mann Europas. Dann wurden der Arbeitsmarkt flexibilisiert und das Rentensystem an die Demographie angepasst, die Unternehmen konnten dank jahrelanger Lohnzurückhaltung, Rationalisierung und Investitionen in neue Produkte ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Heute ist aus dem kranken Mann der Supermann der europäischen Wirtschaft geworden.

Südeuropa kann dem erfolgreichen Beispiel folgen. Spanien legt derzeit ein überraschend hohes Reformtempo vor und bemüht sich um ein Aufbrechen der verkrusteten Strukturen am Arbeitsmarkt. Wichtig ist auch die Öffnung der vielen „geschlossenen Berufe“, wo gut organisierte Interessengruppen von Privilegien profitieren, die zu Lasten der Allgemeinheit gehen.

Ruf aus Paris klingt verlockend

Südeuropa wird auch um weitere Kürzungen in den Renten- und Sozialsystemen nicht herumkommen, selbst wenn diese kurzfristig die Konjunktur belasten. Es stimmt, dass all diese Reformen keinen schnellen Impuls bringen und erst längerfristig wirken. Sie sind aber unverzichtbar, um die kranken Volkswirtschaften wieder auf die Beine zu bringen. Ohne ihre Signalwirkung kehrt das Vertrauen von Investoren und Wirtschaft nicht zurück. Dazu gehört auch, dass Südeuropa seinen grotesken Bürokratiedschungel durchforsten muss, der als Pöstchenreserve für die Wählerklientel missbraucht wurde.

Die Strukturkrise wird zunächst noch einige Opfer erfordern. Der Ruf aus Paris mag da verlockend klingen, die Konsolidierung doch etwas langsamer anzugehen. Wenn aber die Reformbemühungen erlahmen und das Vertrauen der Geldgeber schwindet, kann die Krise schlagartig eskalieren. Angesichts der bedrohlichen Gesamtverschuldung Europas möchte man sich den Ausgang eines solchen Szenarios lieber nicht ausmalen.

Quelle: F.A.Z.

Draghi's ten-year vision

What Mario means when he talks about growth

The Economist May 3rd 2012, 16:12 by P.W. | LONDON

THE European Central Bank was playing away today, in Barcelona rather than Frankfurt, but the result would have been the same wherever its governing council met: a no-change score, with the main policy rate left at 1%. The ECB wants more time to assess both recent adverse economic developments and the impact of its “Big Bertha” operations in December and February which together provided banks with €1 trillion (\$1.3 trillion) of cheap three-year funding.

Speaking after the meeting, Mario Draghi, the ECB's president, said that these actions had averted a big credit crunch and described monetary policy as “accommodative”, with real interest rates negative in all 17 euro-area states. One positive development was that deposits were flowing back to banks in the vulnerable economies; another that April's lending survey showed that banks were not tightening credit availability as much as before.

But the ECB's council met in troubled times, in a troubled city. The euro crisis is proving lethal not just for economies but for governments as many electors reject both austerity and further European integration. A day earlier Eurostat reported that euro-area unemployment had reached 10.9%, the highest in the 13-year life of the single currency. In Barcelona it now stands at 21.6%. Spain has slipped back in recession and figures later this month are likely to show that euro-wide GDP has also shrunk for two successive quarters.

Against this sombre backdrop, there has been a distinct shift in political rhetoric, away from an insistence on joyless austerity as a means of countering the debt crisis and towards talk about growth. The change of mood has mainly arisen from the first round in the French presidential election. If, as seems likely, François Hollande prevails over Nicolas Sarkozy in the concluding round on Sunday, he will press for growth to become the priority.

Mr Draghi had himself recently called for a “growth compact” to accompany the recently agreed “fiscal compact”, which enshrines austerity in national laws. But, as he spelt out today, he is not endorsing any letting-up in austerity; indeed he saw no contradiction between promoting growth and continuing with fiscal consolidation.

Instead Mr Draghi's version of a growth compact would accomplish three things. First, he wants more progress with structural reforms, in product as well as labour markets, not least since enhancing competition between firms is often the precondition for greater labour flexibility. Second, he advocates more investment in infrastructure at the European level and backs a better mix of fiscal retrenchment, focused more on cutting current spending than on axing investment and raising taxes. And third (and most important) he wants politicians to signpost a fiscal way forward for the euro area over the next ten years, which would delegate budgetary sovereignty in some measure to the centre without the euro zone becoming a transfer union (the mere mention of which is guaranteed to raise hackles in Germany).

Mr Draghi invoked the success of the campaign to create a monetary union in the 1990s as the model for his fiscal call to arms. By setting out a clear objective, with staging posts and preconditions, European governments were able to convince markets that they meant business in doing away with their national currencies. But that success was for an incomplete project—a monetary union without a fiscal underpinning—which has proved its undoing since the Greek crisis erupted two years ago. Now the ECB president is saying that the project must be completed with a similar clarity of vision to the creation of the euro.

Italians are great cyclists (and look the part in their stylish kit) and essentially Mr Draghi was invoking the “bicycle” theory of European integration: without forward momentum, the enterprise fails. It has worked in the past, but the politics had soured before the euro crisis and have turned sourer since, with many voters now hostile to the European project as well as austerity. Mr Draghi wants to calm frightened investors and stressed markets by offering them the comfort of a euro-wide fiscal destination. The trouble is that this journey may be in the wrong direction at the wrong time for national electorates.

Fernsehduell in Frankreich

„Sie haben gegenüber Deutschland nicht standgehalten!“

03.05.2012 · Beim einzigen direkten Schlagabtausch vor der französischen Stichwahl um das Präsidentenamt haben sich Herausforderer François Hollande und Nicolas Sarkozy nichts geschenkt. Das Verhältnis zu Deutschland in der Euro-Krise wird zum Streitfall.

Von [Michaela Wiegel](#), Paris



© REUTERS Harter Schlagabtausch: Hollande und Sarkozy

Sie haben sich nichts geschenkt, Nicolas Sarkozy und François Hollande, bei ihrem ersten und einzigen Fernsehduell vor der Stichwahl am Sonntag. „Grob“, „spannungsgeladen“, „gnadenlos“ und „rüde“ waren die Vokabeln, mit der die Presse am Donnerstag das Wortgefecht der beiden Endfünfziger beschrieb, die wie ziemlich beste Feinde verbal übereinander herfielen. Niemand wird Hollande, dem Sozialisten und Umfragefavoriten, nach diesem Schlagabtausch noch übermäßige Jovialität, gar Bonhomie unterstellen wollen.

Im Ton war er genauso giftig wie Nicolas Sarkozy, der verbissen um seinen Platz im Elysée-Palast kämpft. Am Studiotisch saß neben den beiden Kontrahenten, die über die Zukunft Frankreichs stritten, noch ein heimlicher Gast: Deutschland. „Sie haben gegenüber Deutschland nicht standgehalten!“, hielt Hollande Sarkozy vor, den er im perfiden Wortspiel den „ausgehenden Präsidenten“ („le Président sortant“) nennt

„Nichts bekommen?“

„Sie haben nichts bekommen!“, sagte Hollande und meinte „von Deutschland“. Er versprach der Sozialist, werde es besser machen. Dann führte er aus, was er sich „von Deutschland“ erwartet: Eurobonds und eine Europäische Zentralbank, deren Kredite nicht nur an Banken, sondern direkt an die europäischen Staaten fließen sowie „einen echten Konjunkturplan“.

Der europäische Fiskalpakt müsse neu verhandelt und zu einem Wachstumspakt werden. Hollande offenbarte, dass seine Wachstumsinitiativen allesamt auf Kredit finanziert werden sollen, nicht aber auf Strukturreformen beruhen, die den Bürgern einiges abverlangen. „Finden Sie wirklich, dass wir in Europa nicht schon genug Schulden haben?“, fragte Sarkozy. „Wer wird denn für Eurobonds bürgen, wenn nicht die beiden großen Mitgliedsstaaten Frankreich und Deutschland?“, so der Präsident. „Ich halte es für unverantwortlich, noch mehr Schulden zu machen“, sagte Sarkozy.

Auch den Vorwurf, die Zusammenarbeit mit Bundeskanzlerin Merkel habe nicht gefruchtet, ließ der Präsident nicht auf sich sitzen. „Sie wagen es, mir vorzuwerfen, ich hätte nichts von Deutschland bekommen?“, konterte Sarkozy. „Und was ist mit der europäischen Wirtschaftsregierung?“, fragte der Präsident. „Was ist mit der Europäischen Zentralbank?“, fragte er und erwähnte die in Anwesenheit des italienischen Ministerpräsidenten Monti in Straßburg getroffene Vereinbarung, die EZB als Krisenhelfer einzusetzen.

Hollandes Äußerungen seien falsch und zeugten „von einer großen Inkompetenz“. „Es reicht nicht, im feinen Anzug bei einem Europäischen Gipfel zu erscheinen!“, sagte Sarkozy. Auf Deutschlands bessere Bilanz nach den Krisenjahren verwies Hollande, um Sarkozy schlechte Ergebnisse im Außenhandel, bei Beschäftigung und Staatsverschuldung vorzuhalten. „Unsere Arbeitslosigkeit ist gestiegen, unsere Wettbewerbsfähigkeit ist gesunken und Deutschland hat es besser gemacht als wir“, sagte Hollande. Der Präsident ließ sich nicht lange piesacken und fragte zurück, ob Hollande denn jetzt auch dem deutschen Modell folgen und sich an den erfolgreichen Reformen inspirieren wolle. „Antworten Sie mir!“, verlangte Sarkozy. „Deutschland hat das Gegenteil von der Politik gemacht, die Sie den Franzosen vorschlagen“, sagte Sarkozy.

Es war einer der wenigen Momente in der Debatte, in denen Hollande freiwillig das Thema wechselte. Von einer Schuldenbremse in Frankreich, wie sie in Deutschland von der SPD mitgetragen wurde, will der Sozialist weiterhin nichts wissen. Sarkozy hingegen will alles daran setzen, dass sich Frankreich eine goldene Regel für nachhaltiges Haushalten in die Verfassung schreibt. „Notfalls wird es darüber ein Referendum geben“, versprach Sarkozy.

„Eine neue Geisteshaltung in Berlin“?

Es war das erste Mal, dass er eine Volksbefragung zur Schuldenbremse vorschlug, um den Widerstand der von der Linken beherrschten zweiten Parlamentskammer, des Senats, zu brechen. Hollande aber sprach lieber darüber, dass Europa in eine neue Krise abzugleiten drohe, aufgrund der allgemeinen Sparsbemühungen. „Ich werde Deutschland in Bewegung setzen“, versprach der Sozialist. Er sagte, er habe schon „eine neue Geisteshaltung“ in Berlin ausgemacht. Ganz Europa warte auf den Anstoß zu einem Wandel aus Paris.

In der Atomenergiepolitik gelang es Sarkozy nicht, Hollande als unverantwortlichen „Aussteiger“ zu porträtieren, der die französische Nuklearindustrie einem Wahlpakt mit den Grünen opfere. Hollande distanzierte sich deutlich von dem von Martine Aubry ausgehandelten Wahlbündnis mit der Partei „Europa Ökologie Die Grünen“ und sagte, er habe nicht alles davon in sein Programm aufgenommen.

Der Sozialist bestätigte, dass er das Kernkraftwerk Fessenheim während seines Mandates schließen wolle, weil es überaltet sei und aufgrund seiner seismologischen Lage kostspielige Arbeiten zur Verbesserung der Sicherheit verlange. Zugleich betonte Hollande, dass er weiterhin auf die Atomenergie setze und deshalb den Bau des EPR-Reaktors der sogenannten dritten Generation in Flamanville zu Ende führen wolle. „Sie haben die Arbeiter von Fessenheim für einen verachtenswerten Pakt mit den Grünen verkauft“, wettete Sarkozy.

„Moi, Président de la République“

Zu fortgeschrittener Stunde, die Debatte währte fast drei Stunden, zählte Hollande dann auf, was er als Präsident der Republik („Moi, Président de la République“) alles machen werde. Fast fünf Minuten leierte unter ständiger Wiederholung des „Moi, Président“ hehre Vorsätze herunter: mehr Gerechtigkeit, mehr Respekt, mehr Wachstum, mehr Einigkeit, mehr Lehrer.

Hollande trat dabei wesentlich aggressiver auf als während der Fernsehdebatten im sozialistischen Vorwahlkampf, immer wieder fiel er Sarkozy ins Wort und stellte ihn zur Rede: „Antworten Sie!“ . Streckenweise beschimpften sich die Rivalen um das höchste Staatsamt vor den knapp 20 Millionen Fernsehzuschauern. „Sie suchen permanent Sündenböcke! Nie ist irgendetwas Ihre Schuld!“, hielt Hollande Sarkozy vor. Letzterer bezichtigte Hollande der Lüge, nannte ihn einen „kleinen Verleumder“. „Glauben Sie wirklich, dass Sie mir alles sagen dürfen?“, konterte Hollande.

„Moi, Président de la République“ werde ein vorbildliches Verhalten haben, versprach der Sozialist. „Ihre Normalität ist nicht auf der Höhe der Herausforderungen“, erwiderte Sarkozy.

Das erbitterte Fernsehduell der französischen Präsidentschafts-Kandidaten Nicolas Sarkozy und François Hollande haben insgesamt 17,8 Millionen Franzosen verfolgt. Der unter Berufung auf das Institut Médiamétrie vom TV-Nachrichtensender BFM verbreitete Wert liegt unter der Zuschauerzahl der TV-Debatte vor fünf Jahren.

2007 hatten 20,4 Zuschauer verfolgt, wie die damaligen Kandidaten Sarkozy und seine sozialistische Herausforderin Ségolène Royal verbal die Klänge kreuzten. Frankreichs TV-Duell verfolgten 17,8 Millionen Zuschauer

Quelle: FAZ.NET



How Europe is "Unfixing" Its Problems

By Carl B. Weinberg

30 avril 2012

(c) 2012 Dow Jones & Company, Inc.

This article was prepared by the Eurocrisis Discussion Group at the Department of Economics, New York University, a group of economists that has meetings throughout the spring. Individual participants are named at the end of the article.

As the European debt crisis emerges from a brief remission, we confront a simple question. Are the steps taken thus far by the European governments and the IMF "fixing" the euro zone? We fear that, instead, they are "unfixing" it.

More than two years after the onset of the crisis, we would have expected to see embryonic improvement, at least, in the broadest economic indicators. We did not. So we pose the obvious question: Are efforts by the European governments, the European Central Bank and the [International Monetary Fund](#) enough to repair the weakest European Monetary Union economies and to stabilize their finances? Are we too impatient, or are the governments, the ECB, and the IMF just making things worse?

Working from IMF and government data and forecasts, we have analyzed the health of the economy and public-sector finances in each of the periphery countries based on four indicators: economic growth, unemployment, debt burdens, and borrowing costs.

We found that almost all the indicators had deteriorated since the start of the crisis in 2010. In fact, they are predicted to worsen even more this year, despite remediation programs imposed by EMU governments and the IMF. Almost without exception, national debt across each of the periphery countries is higher now as a share of the economy than before the crisis broke, and is projected to rise again this year. Borrowing costs, as gauged by 10-year government bond yields, have risen as well. And they show no sign of abating, with borrowing costs for the Spanish and Italian governments rising as we write.

Unemployment rates are at or near record highs and rising, particularly for the young. GDP growth has slowed, stopped, or even reversed into a decline. In absolute levels, the countries' economies have not yet recovered from the 2008-09 global downturn and financial crisis. They are contracting again.

By these simple metrics, the programs are "unfixing" troubled European economies rather than "fixing" them. The strategy of lending even more money to countries that have exhausted market sources of credit -- and saddling them with severe fiscal austerity programs to boot -- is not working by all accounts.

Compare these observations with the experience of the U.S., where prompt remediation of the crisis in the banking sector -- temporary recapitalization using public funds -- catalyzed a quick bounce-back from catastrophic financial failure. Two years after the fall of [Lehman Brothers](#), the U.S. economy had already resumed economic growth. While the recovery is still tentative, fragile, and too slow, unemployment is falling consistently, and even home sales and auto sales are advancing. Today, U.S. banks are lending again. The growth of credit is funding new investment by small businesses, bolstering their working capital.

Two years later, how is the euro zone faring? Banks are still undercapitalized relative to the risks they face on their loan portfolios and on their sovereign-bond holdings. The banks will need to raise an additional 115 billion euros (\$152 billion) to meet new capital-adequacy ratios of 9% by June, according to estimates by the European Banking Authority. About 70% of this total will have to be raised by lenders in the periphery countries. The IMF estimates that if banks cannot tap private or public funds to recapitalize, they will have to divest themselves -- collectively -- of about \$3 trillion in loans and other assets to bring their capital adequacy up to the bar.

Meanwhile, banks are reported to be facing capital flight. Massive ECB liquidity provisioning since December now ensures that no bank in the euro zone will fail for a lack of cash. This has temporarily calmed markets. However, liquidity doesn't make a bank more solvent. As traders and investors absorb that idea, fear of financial crisis has been rekindled. No clear path to public support for bank recapitalization has been established. It is not assured, in any way, that no bank can fail. Without the confidence that banks are sound, the system becomes dysfunctional.

Credit in the euro zone is contracting under the weight of these multiple burdens. This credit crunch is the main reason the euro-zone economy is contracting, not growing.

Fixing Europe's troubled nations quickly is in everyone's interest. Because of the way politicians are going about it, the price tag for doing this is already high. The cost can only go up as more countries -- like Spain and Italy -- come closer to losing access to capital markets. Repairing troubled economies is a cost that will subtract from income and savings in even the strongest: Germany is on the hook to pay 27.1% of the cost of stabilizing the periphery nations.

How can the problems be fixed?

First, focus on economic growth, the obvious remedy for all of Europe's problems. Stronger growth would lower fiscal deficits and debt burdens by boosting tax revenue, by reducing public spending on income maintenance and job creation, and by raising the denominator of the debt ratio. Deficit and debt reduction over time is essential, of course. The challenge is to balance the urgency for fiscal reform against the cost of austerity on economic growth.

Then, take a page from the U.S. playbook. Recapitalize banks as quickly as possible using public funds to buy newly issued equity shares. Force all banks to participate, whether they need new equity or not. This all seems expensive, but it is less costly than bailing out governments. Note that most of the money the TARP (Troubled Asset Relief) program spent on capitalizing banks has been repaid, with profit, to the U.S. Treasury. If the euro-zone banks were adequately capitalized, they could withstand big losses on their bond portfolios and remain "safe" in the eyes of their customers, investors, counterparties, and regulators.

Finally, learn a lesson from the Latin American and Greek experiences -- that restructuring is inevitable to restore a troubled borrower. It must be done sooner rather than later if big haircuts are to be avoided. Had all of Greece's debt been restructured as long-term bonds in March 2010, Greece's financing burden would instantly have become manageable, without any haircut on private-sector creditors. Spain has 74.3 billion euros in bonds maturing between now and April 30, 2013. If they were restructured today into 30-year self-amortizing bonds, principal payments would average less than 2.5 billion euros a year.

EMU governments, however, aren't taking this advice. Banks remain undercapitalized, and they are cutting lending to regain capital adequacy. Worse, EMU governments insist on lending more money to already overindebted nations -- a bad idea. Salvation is seen in self-abusive policies, like fiscal austerity, at a time when economies are shrinking.

European governments and international agencies have devised "stabilization funds" or "firewalls" they say will "ring-fence" possible contagion of the global financial system from all current and any

conceivable fiscal or economic crisis. The EFSF and ESM are authorized to wield financial "firepower" of more than 1 trillion euros, but these facilities are almost entirely unfunded: They are armed with promises, and not with pools of hard cash such as those TARP had at its disposal in the U.S. Funding these entities will create enormous drains on capital markets and disrupt the flow of funds to private investment, with catastrophic consequences. Unfunded, they offer no assurance to anyone.

Equally, the \$430 billion of new funding for the IMF, obtained last week at the Spring meetings of the Fund, are also just promises to lend bank reserves to the IMF. If these monies are ever needed, implementing the new arrangement will monetize government debt on a huge scale, possibly enough to trigger inflation around the world. That, too, will be disruptive to capital markets, particularly U.S. Treasuries.

As investors as well as economists, we worry about systemic failures in banking systems throughout the euro zone's periphery. We worry about breakdowns in the social and political fabric that not only unites euro-zone economies but also binds together individual nations. The May 6 elections in Greece may demonstrate how fringe parties can gain control of nations in times of severe economic hardship -- hardship that, in the eyes of the local populace, has been induced by foreign-imposed austerity.

If voters see that the only consequence of the austerity from Brussels is to bind economies to further hardship, European politics will reject centrist solutions. With no growth in sight, we can expect to see fringe politicians flourish on a tide of anti-EU sentiment. This was evident in the rising turnout for extreme parties in last week's presidential elections in France.

This all may seem remote to readers in the U.S., but it is not. On the upside, U.S. stocks may benefit from a wall of money fleeing Europe looking for a safe haven. The dollar will get stronger on these flows. That will be bad for exporters, but good for importers, who will enjoy wider profit margins. U.S. companies and banks may be able to steal business from hobbled euro-zone banks, both in Europe and around the world.

Fund managers can expect continued increases in yields in Europe. Even safe-haven securities, like German government bonds, are not safe: Germany's public finances are vulnerable to its obligation to be the biggest player in any euro-zone bailout.

U.S. government money is not going to be a part of the solution. The Obama administration cannot contemplate using U.S. cash to help woebegone Europeans out, and it refused to participate in the IMF's latest request for new resources. Europe's troubles will not be a big issue for the U.S. election, as long as the Treasury does not add cash to the euro zone's "firepower" or to the IMF's resources. Americans will vote on their own bellies, not on the woes of foreigners.

For Barron's subscription information call 1-888-BARRONS ext. 685 or inquire online at <http://www.barronsmag.com/subscription/subscription.html>.

Dow Jones & Company, Inc.

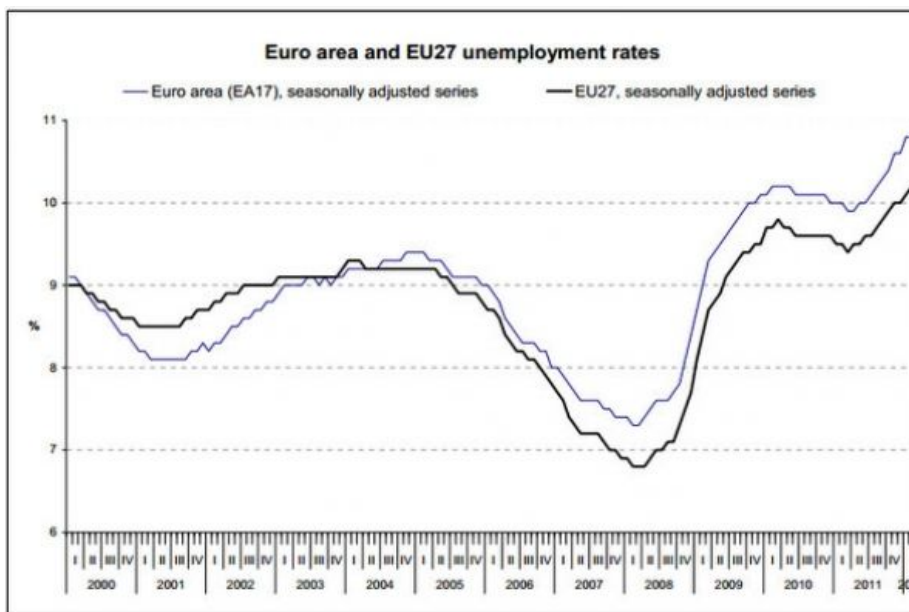
The euro-zone crisis

Call it a depression

The Economist Free Exchange May 2nd 2012, 15:21 by R.A. | WASHINGTON

IN DECEMBER, *The Economist* [warned](#) that without dramatic intervention the euro zone could face a new depression. Soon after, the European Central Bank sprang into action, averting an immediate financial meltdown through heavy lending to banks. The resulting calm looked like an opportunity for euro-area leaders to seize the moment and escape, once and for all, from crisis. Instead, complacency set in. The ECB's financial anaesthetic has not prevented a steady economic deterioration that now threatens to engulf—and perhaps end—the euro zone.

Across the euro area, unemployment is worsening. The [unemployment rate](#) touched a new record high in March: 10.9%, up a full percentage point from the prior year.



Of course, the pain is not evenly distributed. It is low and reasonably steady in the north but high and climbing in the south. Youth unemployment rates are staggering—over 50% in Greece and Spain, 36% in Portugal and Italy, rising sharply in all four.

There is worse to come. Manufacturing activity is [slowing sharply](#) across the euro area, and the core is no longer immune:

Countries ranked by Manufacturing PMI® (Apr.)

Austria	51.2	4-month low
Ireland	50.1	2-month low
Netherlands	49.0	3-month low
France	46.9	2-month high
Germany	46.2	33-month low
Italy	43.8	6-month low
Spain	43.5	34-month low
Greece	40.7	2-month low

The details of these reports are most worrying. April's decline was stunning, but new order inflows tumbled at the fastest pace since December. The job decline in manufacturing is now impacting Germany and France.

The picture is distressing. It is not surprising. The euro-zone economy is large and overwhelmingly driven by domestic demand. That demand has been steadily squeezed by a broad, sustained fiscal tightening. Monetary policy is providing almost no relief. The ECB raised rates last year, and while it has since unwound the 50-basis-point increase from 2011, it shows no interest in cutting rates further below the present 1% level. Quantitative easing looks out of the question. The ECB's extraordinary lending to banks seems to have stabilised bank-financing conditions; it does not appear to have prevented a sharp slowdown in lending to the private sector. There was no way to avoid a return to recession amid such circumstances.

Ordinarily, of course, policymakers would react to this deterioration by taking steps to stabilise the economy. What is most frightening about the euro-area picture is that this is not happening. For now, austerity remains the rule. Despite the nastiness of the economic picture, the ECB is widely expected to take no action at its meeting tomorrow. The euro area is walking, eyes wide open, into depression. Led by its periphery, which is already there.

Most everyone seems to have convinced themselves that this sort of thing isn't so bad, so long as a Lehman-like financial collapse is avoided. It isn't. Nothing good will come of a euro-zone depression.

If, when all of this is said and done, the euro zone descends into a chaotic, costly break-up, many people will write that such a thing was inevitable, unavoidable. They'll be wrong. We are watching causation this very moment: institutions that know how and why to prevent things from falling apart and which nonetheless sit back and do nothing.

Alter Mann, junge Frau

Verjüngst du mich, beschütz' ich dich

FAS 02.05.2012 · Nicht nur Prominente leben es, das Modell „Älterer Mann sucht sich jüngere Frau“. Der Tausch verspricht einen neuen Anfang, eine zweite Jugend. Aber hält der Traum?

Von [Katrin Hummel](#)



© Kat Menschik

Er ist Ende vierzig, Mitte fünfzig oder vielleicht auch jenseits der sechzig. Und er wird jetzt unruhig, der Mann. Eine erste Familie hat er bereits gegründet, im Beruf ein gewisses Plateau der Sättigung erreicht. Die Zuversicht seiner Jugendjahre ist ihm abhandengekommen, zugegeben, er ist älter geworden - obwohl, er sagt lieber: reifer.

Doch so alt er auch sein mag, er ist nicht so alt wie seine Frau. Oh, ganz gewiss nicht! Und nun ist da seit neuestem auch noch diese Kollegin aus dem Vertrieb oder die Nachtschwester aus der Chirurgie oder diese Neue im Tennisclub, und die hat so was Unverbrauchtes, klar, mit 28 oder 36, und eine Menge Bewunderung für ihn noch dazu. In ihren Armen könnte er noch mal neu anfangen, denkt er, die hohen emotionalen Kosten für seine aktuelle Gefährtin und seine Kinder beiseitewischend. Es ist wie ein Versprechen: Eine junge Liebe ist wie ein neues Leben.

Und warum auch nicht? Sie machen es doch vor, die Prominenten - die Politiker, die Wirtschaftsführer, die Schauspieler. Oskar Lafontaine, 68, in dritter Ehe verheiratet mit Christa Müller, 55, liebt nun Sahra Wagenknecht, 42. Christian Wulff tauschte, damals 46, seine 45 Jahre alte Christiane gegen Bettina, 32. Ähnlich verfuhr Gerhard Schröder, Sigmar Gabriel, Joschka Fischer oder Schauspieler wie Bruce Willis und Sky du Mont. Von Fritz Wepper wollen wir gar nicht reden. Er ist 70, seine Frau in seinem Alter, seine Freundin 35.



© dpa Franz Müntefering (72) und seine Frau Michelle (32)

Natürlich ist der Wechsel zur jungen, zweiten Frau für Prominente einfacher. Sie haben mehr von dem, was zu dieser Art Umtausch gehört: gesellschaftliche Stellung, Kapital, Gelegenheit, oft eine gewisse Unerschrockenheit. Zugleich aber scheint das Modell auch für den Mann von nebenan machbar. Knapp

340.000 Paare gibt es in Deutschland, bei denen der Mann mindestens 16 Jahre älter ist als die Frau, aber nur 35.000 Paare, bei denen die Frau ihrem Mann mindestens ebenso viele Jahre voraushat.

Ob Prominenter/Bewunderin, Chef/Sekretärin, Professor/Studentin oder Angestellter/Praktikantin: Das Gefälle in Alter und Status liefert eine Menge Konfliktstoff. Denn die Partner befinden sich an unterschiedlichen Stellen ihrer Biographie: Was ist mit Kindern - wenn sie welche will, er aber schon welche hat? Wie stark sind materielle Anreize? Was, wenn er älter wird und Pflege braucht, sie aber noch zu viel Leben vor sich hat, um als Krankenschwester enden zu wollen? Dennoch scheint die junge Frau, die zu ihm aufblickt, manchem Mann das probate Mittel, um den Traum von einer zweiten Jugend wahr werden zu lassen.

„Mein Mädchen macht mich stolz“

52 war etwa der Chemielaborant Horst Wilkens*, als er ein Verhältnis mit seiner 33 Jahre alten Mitarbeiterin Fracasia* anfing. Heute ist er 84 und sitzt neben ihr an dem mit Häkeltischdecke und künstlichen Rosen dekorierten Esstisch in der Eigentumswohnung in Frankfurt-Höchst, und beide erinnern sich gut daran, wie Jugend und Alter aufeinanderprallen. „Diese Uunnterrhosen!“ ruft Fracasia, inzwischen 65, sie dehnt das U und rollt das R, sie rümpft die Nase und breitet die Arme aus: „Soooo groß waren die!“ Horst, klein und schlank im karierten Hemd, das weiße Haar zum Seitenscheitel gekämmt, schüttelt leicht irritiert den Kopf. Die Theatralik seiner Frau liegt ihm fern. „So schlimm waren die doch wirklich nicht.“

Dennoch: Die Jugend setzte sich durch. Fast vierzig Jahre ist es her, dass Fracasia „diese Unterhosen“ weggeworfen und ihm „moderne Slips“ gekauft hat. Und ebenso lange, dass Wilkens sich scheiden ließ und die ihm kalt und bockig erscheinende Mutter seiner Kinder gegen die jüngere Mitarbeiterin mit sizilianischem Temperament eintauschte. Geblieben ist dieses Gefühl, das Wilkens schon damals hatte, als er nach der Wäsche zum ersten Mal seine neuen Slips auf die Leine hängte: „Modern und jung kam ich mir vor.“ Auch die Haare trägt er seitdem so, wie Fracasia sie ihm schneidet, und statt Rippchen mit Sauerkraut isst er nun Olivenöl und Gemüse. „Es war wie eine zweite Geburt, das alles entdecken zu dürfen und so frei leben zu können“, schwärmt er, und in seinem Blick mischen sich Bewunderung und Dankbarkeit. Ein Wunder ist sie noch immer für ihn, seine junge zweite Frau: „Mein Mädchen macht mich stolz. Ich möchte mit niemandem tauschen.“

Doch warum lässt sich eine jüngere Frau auf so etwas ein? Ferdinand Fellmann, Autor des Buches „Das Paar. Eine erotische Rechtfertigung des Menschen“, ist sich sicher, dass es dabei um „menschliche Gier“ geht: „Die Frau verkauft ihre biologische Liebenswürdigkeit und bekommt dafür Geld oder Ruhm. Anders als der Mann legt sie nämlich auf Sexualität gar nicht so viel Wert, weil sie genetisch auf die Aufzucht programmiert ist, während der Mann nur seine Samen rumstreuen möchte.“ Wenn Fellmann, Emeritus für philosophische Anthropologie, Paare mit großem Altersunterschied sieht und dann auch noch beobachtet, wie der Mann der Frau ein Pöstchen zuschustert, findet er das „in gewisser Weise auch abstoßend, das stört mein Bild der Humanität. Wenn Sie auf einen fremden Planeten kommen und sich fragen, ob die dort lebenden Menschen aus Fleisch und Blut sind, wissen Sie das erst, wenn sie einen jungen Mann und eine junge Frau sehen. Alles andere sind Konstrukte.“

„Für den älteren Mann kann gerade die Erotik heilsam wirken“

Der Eheberater und Psychotherapeut Hans Jellouschek, 73, sieht das Ganze viel weniger kritisch. Er heiratete nach dem Tod seiner ersten Frau selbst ein zweites Mal; seine jetzige Frau ist 17 Jahre jünger als er. „Wenn der ältere Mann für die jüngere Frau auch ein Stück weit die Vater-Rolle übernimmt, sie seine Fürsorglichkeit genießt und von seinem größeren Erfahrungshorizont profitiert“, könne das „eine wichtige Erfahrung für sie“ sein, und „meist schadet solch väterliche Beziehung der Erotik keineswegs“, schreibt er in seinem Buch „Wenn Paare älter werden“. Für den älteren Mann wiederum „kann gerade die

erotische Erfahrung sehr heilend wirken, wenn er zum Beispiel in der früheren Beziehung als Mann in diesem Bereich Kränkungen erlitten hat“.

Der ältere Ehemann als Vaterersatz? Eine Altbauwohnung in Stuttgarter Hanglage, hohe Decken, Parkett, Bücherwände und zwei Katzen, von denen eine aus dem Tierheim ist und sich noch nicht anfassen lässt. Aus dem iPod-Dockinglautsprecher tönt klassische Musik. Martin Wanjura, 60, groß, riesige Hände, Kapitänspatent, hat Möhrensuppe gekocht und wischt am Ärmel seines Hemds herum, das beim Pürieren ein paar Spritzer abgekriegt hat. Auf dem Küchentisch liegt ein Buch über Männer, deren Ehe zerbrochen ist. Er hat daraus vorgelesen, mit seiner sanften Stimme, die immer leicht erstaunt klingt: „Es gibt unzählige Töchter alleinerziehender Mütter, die beschützt und getröstet werden wollen von älteren Männern.“

Auch Wanjura hat eine jüngere zweite Frau, Anke. 43 ist sie und damit 17 Jahre jünger als er, von Beruf Direktionssekretärin; ihr Vater war viel älter als die Mutter und starb, als sie 16 war. Wanjura hat sie ein Jahr nach seiner Scheidung bei einer Partneragentur kennengelernt und nach vier Wochen geheiratet. „Die älteren Frauen, die ich bei ‚Parship‘ kennenlernte, hatten alle schon schlechte Erfahrungen gemacht. Anke nicht. Sie hatte noch nie mit einem Mann zusammengelebt, war unbefangen, unbelastet, unkompliziert und neugierig, das faszinierte mich.“

„Ihre Tochter kann ruhig mitkommen“

Dass sie, die junge Frau, ihn auch wollte, empfindet er noch im zehnten Ehejahr als „großes Geschenk: Ich hab kein Sexappeal, keinen tollen Beruf, keine wichtigen Freunde oder guten Beziehungen. Ich finde so ihr Interesse, wie ich bin.“ Er genießt die Blicke, die er auffängt, wenn sie durch die Stadt gehen: „Das gefällt mir schon. Ich schmücke mich mit ihr.“ Oder als sie ihn zur Seetauglichkeitsprüfung begleitete. Da sagte der Arzt, als er ihn ins Sprechzimmer bat: „Ihre Tochter kann ruhig mitkommen.“ Es schmeichelte ihm.

Nicht nur gut fürs Ego ist die jüngere Frau indes, sondern auch für die Lebenserwartung. Der Altersforscher Sven Drefahl von der Universität Stockholm untersuchte die Daten von zwei Millionen Paaren und fand heraus, dass Männer, die eine jüngere Frau haben, länger leben. Dabei gelte die Formel: Je jünger die Frau im Vergleich zu ihrem Partner ist, desto länger lebt ihr Mann. Das Sterblichkeitsrisiko eines Ehemannes zum Beispiel, der sieben bis neun Jahre älter ist als seine Frau, ist um elf Prozent reduziert im Vergleich zu Paaren, bei denen die Partner gleich alt sind. Die Ursachen dafür sind nicht bekannt, sagt Drefahl.

Pikantes Detail: Während ältere Männer Lebenszeit hinzugewinnen, sterben ihre jüngeren Frauen früher, als wenn sie einen gleichaltrigen Mann gewählt hätten. Die Ursachen sind ebenfalls noch nicht geklärt. Noch überraschender aber - zumindest auf den ersten Blick: Auch wenn ihr Mann deutlich jünger als sie selbst ist, stirbt eine Frau statistisch gesehen früher, als hätte sie einen gleichaltrigen Mann gewählt. „Frauen, deren Partner sieben bis neun Jahre jünger ist als sie selbst, haben ein um zwanzig Prozent erhöhtes Sterblichkeitsrisiko“, so Drefahl. Auf den zweiten Blick bieten sich Erklärungen an. Drefahl jedenfalls führt diese erhöhte Sterblichkeit auf den Stress zurück, der aus dem Leben dieser Frauen außerhalb der sozialen Norm resultiere. Generell lebten verheiratete Menschen gleich welchen Alters aber länger als Singles.

Necken, eine Dienstreise, dann war „der Drops gelutscht“

Das gilt auch für zweite Ehen, die oft mit schlechtem Gewissen eingegangen werden. „Anfangs war ich am Hadern: Was soll ich tun?“, sagt Andreas Strobel*, 46, Betriebswirt, Anzug, Krawatte, dicke Uhr und hohe Stirn. Zehn Jahre lang war er verheiratet, die Kinder waren vier und acht, und in seinen Augen hatte seine Frau alle guten Eigenschaften im Zuge ihrer neuen Rolle als Mutter und Hausfrau verloren. „Sie

hatte kein Interesse mehr an mir, wir hatten keine gemeinsamen Themen mehr, sie hatte keine Unternehmungslust und auch allgemein keine Lust mehr. Sie hörte hr 4, ich Planet Radio.“

Dann stellte Strobel eine Assistentin ein, „die genau das Gegenteil zu meiner ersten Frau war: Sie wollte neue Dinge erleben und nicht nur zu Hause rumglucken.“ Sie war Mitte zwanzig, er vierzig, aus Wortspielen wurde ein gegenseitiges Necken, nach acht Wochen kam die erste gemeinsame Dienstreise, und dann war „der Drops gelutscht“. Für ihn war es „ein Riesen-Höhenflug“ - aber „ein bisschen weh tut es schon, dass ich die Kinder nicht mehr ständig um mich herum habe“.

Dennoch: Als „Verjüngung“ erlebt Strobel die neue Beziehung. Den Familien-Van hat er eingetauscht gegen ein Cabrio, und am Wochenende fährt er mit der Frau nach München, Hamburg oder Dresden. „Ich bin wieder der, der ich von Natur aus bin: offen, frisch, interessiert, neugierig und ehrgeizig“, sagt er. Sogar Vater wird er wieder, im Juli ist es so weit. Ein bisschen Sorge hat er, dass seine neue Frau so werden könnte wie seine alte Frau, wenn das Kind erst da ist. Doch dann beruhigt er sich selbst: „Mir ist wichtig, dass sie nach einem Jahr wieder in ihren Job zurückgeht, denn nur Windelnwechseln vernebelt die Sicht.“

Wenigstens die zweite Ehe soll dann auf jeden Fall halten. Manche Männer, die eine deutlich jüngere Partnerin haben, tun auf einmal Dinge, die sie für ihre erste Frau nicht getan hätten. Martin Wanjura zum Beispiel wird von seiner Frau scherzhaft „Sherpa“ genannt. Zweimal im Jahr fahren sie mit dem Zug nach Paris zum Shoppen, und er trägt ihre Taschen. Im heimischen Wohnungsflur stehen sechs Birkin-Bags von Hermès in verschiedenen Farbtönen.

„Der 70-Jährige darf nicht 30 sein wollen“

Auch seinen Beruf hat Wanjura aufgegeben, um seiner Anke jederzeit ein guter Mann sein zu können. Als zweiter Offizier fuhr er jahrelang zur See, leistete Schichtdienst die ganze Zeit, anstrengend war das, und „weil sie nicht einen alten Mann haben will, wenn ich mit 65 in Rente gehe“, hat er vor kurzem gekündigt. Jetzt steht er morgens um halb sechs mit ihr auf, und wenn sie abends nach Hause kommt, ist das Essen fertig, die Katzen gefüttert und die Wohnung geputzt. Dann erzählt sie ihre Bürogeschichten und er hört zu, und das geht nur, weil er alt genug ist, „um das zu akzeptieren, dass das so herum läuft“.

Instinktiv richtig macht er da etwas, das nicht selbstverständlich ist: Er achtet die Autonomie seiner jüngeren Partnerin, die es naturgemäß „meist mehr als ihn in die Welt hinauszieht“, so Jellouschek. SPD-Mann Müntefering, der vierzig Jahre älter als seine zweite Frau Michelle ist, hat das ebenfalls erkannt. In einem Interview sagte er, so etwas könne nur funktionieren, „wenn der 70-Jährige nicht 30 sein will und die 30-Jährige 30 ist und nicht 70 sein muss. Da geht auch jeder seine eigenen Wege.“ Münte weiß zwar jetzt, wer Michael Jackson ist, hört sich seine Musik aber trotzdem nicht an.

So mancher Mann tut aus Liebe aber auch Dinge, die er besser nicht getan hätte. Heiner Wolf* etwa, ein 59 Jahre alter Professor, kaufte seiner 24 Jahre jüngeren zweiten Frau und ehemaligen Doktorandin zuliebe ein Haus. Ins Grundbuch wurde auch ihr Name eingetragen, obwohl sie keinen Cent beigetragen hatte. Im Alltag war es ebenso: „Ich hatte immer mein Portemonnaie in der Tasche und sie ihres nie, und wenn es was zu bezahlen gab, habe ich es immer rausgeholt, egal ob das Restaurantbesuche waren oder Urlaube.“

„Na, wirst du heute von deinem Opa abgeholt?“

Dann wollte sie ein Kind; sie bekam es, als er gerade 49 geworden war. Drei Jahre später trennte man sich wieder, die Tochter blieb bei Wolf, der seitdem alleinerziehend ist und seine Arbeitszeiten an den Grundschul- und Hortalltag anpasst. Einmal hat die Großmutter eines anderen Kindes seine Tochter gefragt: „Na, wirst du heute auch von deinem Opa abgeholt?“ Er sagt, es habe ihn amüsiert. Streit um Geld immerhin gibt es nicht mit seiner Exfrau. Allerdings ist er doch recht froh, dass sie auf den

Zugewinnausgleich verzichtet hat und auch nichts von seiner Rente will: „Sonst hätte mich das in den Ruin getrieben, weil ja auch meine erste Frau da noch Ansprüche hat. Da wäre ich echt in die Altersarmut reingerutscht.“

Und warum ist seine zweite Ehe nun gescheitert? Wolf sagt, seine zweite Frau habe seine drei großen Töchter aus erster Ehe nicht akzeptiert. Die älteste ist fünf Jahre jünger als seine zweite Frau, und Wolf wusste nie, mit wem er feiern sollte. „Ich sollte mich zwischen ihr und meinen Töchtern entscheiden, es war ein permanenter Streit, der sich dann auch auf alle anderen Lebensbereiche ausdehnte.“

Hans Jellouschek kennt solche Konflikte sehr gut. Als Therapeut rät er Menschen, die mit den Kindern ihres neuen Partners konfrontiert sind, zu äußerster Zurückhaltung: „Man sollte akzeptieren, dass dies eine Beziehung ist, mit der man selbst nichts oder wenig zu tun hat.“ Wenn das gelingt und wenn der Ältere darüber hinaus die Autonomie der Jüngeren achtet, dann kann eine Beziehung mit großem Altersunterschied sogar einen Reiz haben, der Beziehungen zwischen gleichaltrigen Partnern nicht automatisch innewohnt. Das meint zumindest Jellouschek: „Die Jugend des einen belebt und verjüngt den Älteren, und das Alter des anderen gibt dem Jüngeren ein Gefühl von Geborgenheit, Stabilität und Verlässlichkeit.“ Die Zahl der Ehepaare mit mehr als zehn Jahren Altersunterschied in Deutschland liegt dann auch seit Jahren stabil bei neun Prozent.

Er freut sich, dass Anke alleine kein Loch bohren kann

Martin Wanjura etwa fühlt sich zu Recht als Beschützer seiner Frau: „Bis sie 34 war, hat Anke davon geträumt, einen Hermès-Laden zu betreten und etwas zu kaufen - ich habe ihr Mut gemacht, über die Schwelle zu gehen, ich bin vorangegangen, sie blieb in meinem Windschatten.“ Das ist ein Merkmal ihrer Beziehung: dass er sich traut, wenn sie unsicher ist. Manchmal, wenn es eng ist in Menschenversammlungen, steht sie hinter ihm und hält sich an seinem Gürtel fest. „Sie beschützen und da bestehen zu können - das tut mir gut.“ Seine erste Frau hingegen war sehr vermögend und auch handwerklich begabt, „alles, was ich machte, war nicht gut genug“, erinnert er sich. Nun freut er sich geradezu, dass Anke alleine kein Loch in die Wand bohren kann.

Auch Horst Wilkens, der Mann von 84, hofft, bis an sein Lebensende von seiner jüngeren italienischen Frau etwas zu haben. Angst davor, dass er ein Pflegefall werden könnte, hat sie nicht. Und selbst wenn: „Ich würde ihn bis zu seinem Tod pflegen und nicht in ein Heim geben!“, ruft sie aus. Natürlich habe sie vor der Hochzeit darüber nachgedacht, was passieren könnte, wenn ihr Horst alt werde. Aber das war auch schon alles: „Ich habe mir gedacht, dass ich das Risiko eingehen muss. Die Liebe war so groß“, sagt sie mit charmantem italienischen Akzent.

Und so wird sie ihrem Horst morgens weiterhin die Brötchen schmieren, eins mit Kräuterfrischkäse, das andere halb mit Feigenmarmelade aus Italien und halb mit Rapshonig aus Fehmarn. Er soll sich auf andere Dinge konzentrieren, soll sich fit halten. Mit achtzig hat sie ihn noch ins „Café Mausclick“ geschickt, wo er „Internet gelernt“ hat. Nun senden die beiden E-Mails zwischen Küche und Wohnzimmer hin und her.

* Namen wurden geändert.

Quelle: F.A.S.

Kommentar

Wachstum aus Brüssel

F.A.Z. 02.05.2012 · Aus einer Strukturkrise führt keine bequeme Abkürzung heraus. Wer nun nach Ausgabeprogrammen als Weg aus der Eurokrise ruft, der unterschlägt, dass der Irrglaube, der Staat könne Wachstum auf Pump kaufen, die Länder in den Schuldensumpf geführt hat.

Von [Holger Steltzner](#)

Die europäischen Arbeitsmärkte entwickeln sich wie die Struktur und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften - immer weiter auseinander. Deutschland feiert mit weniger als drei Millionen Arbeitslosen sein im Ausland bestauntes Wirtschafts- und Beschäftigungswunder. Auch in Österreich, Luxemburg und in den Niederlanden liegt die Arbeitslosenquote nach europäischer Messmethode bei etwa fünf Prozent. Unterdessen kämpft Südeuropa mit der Geißel Massenarbeitslosigkeit. Am schlimmsten sieht es in Spanien aus, wo fast jeder Vierte ohne Arbeit ist, gefolgt von Griechenland, Portugal und Italien. Bedrückend ist die hohe Arbeitslosigkeit junger Leute, von denen in Italien mehr als ein Drittel und in Spanien rund die Hälfte Arbeit suchen.

Kaum Aussicht auf schnelle Abhilfe

Sorgen macht, dass die Arbeitslosigkeit rasch zunimmt (in Euroland in nur einem Jahr um zehn Prozent) und dass es kaum Aussicht auf schnelle Abhilfe gibt. Denn Reformen auf verkrusteten Arbeitsmärkten brauchen Zeit, bis sie wirken. Zuerst aber müssen sie auch gewollt, angepackt und durchgesetzt werden. Noch will Spaniens neue Regierung diesen Weg gehen, doch in Italien ist die Übergangsregierung schon vor der kommunistischen Gewerkschaft eingeknickt. Flexible Arbeitsmärkte allein sorgen nicht für mehr Wachstum. Daneben müssen die Steuer- und Sozialsysteme so gestaltet werden, dass sie Anreize zur Produktion schaffen. Nur wenn die Wirtschaft von Hemmnissen befreit wird, entfaltet sie Dynamik.

Aus einer Strukturkrise führt keine bequeme Abkürzung heraus. Das haben die Deutschen als Arbeitnehmer (Mehrarbeit zum selben Lohn) und als Wähler (Agenda 2010) in zehn quälenden Jahren Reformdebatte gelernt. Wer nun nach Ausgabeprogrammen als Weg aus der Eurokrise ruft, der unterschlägt, dass der Irrglaube, der Staat könne Wachstum auf Pump kaufen, die Länder in den Schuldensumpf geführt hat.

Wie sollen überschuldete Staaten, die am Markt kaum noch Kredit bekommen, neue Konjunkturpakete finanzieren? Brüssel weiß, woher das Geld kommen und wofür man es ausgeben könnte. Dort wird gern über Wachstum geredet - der letzte Zehnjahresplan sollte Europa zur wettbewerbsfähigsten Region der Erde machen. Doch mit den Milliarden aus den Struktur- und Agrartöpfen ist Europa nicht vorangekommen, sondern zurückgefallen.

Quelle: F.A.Z.

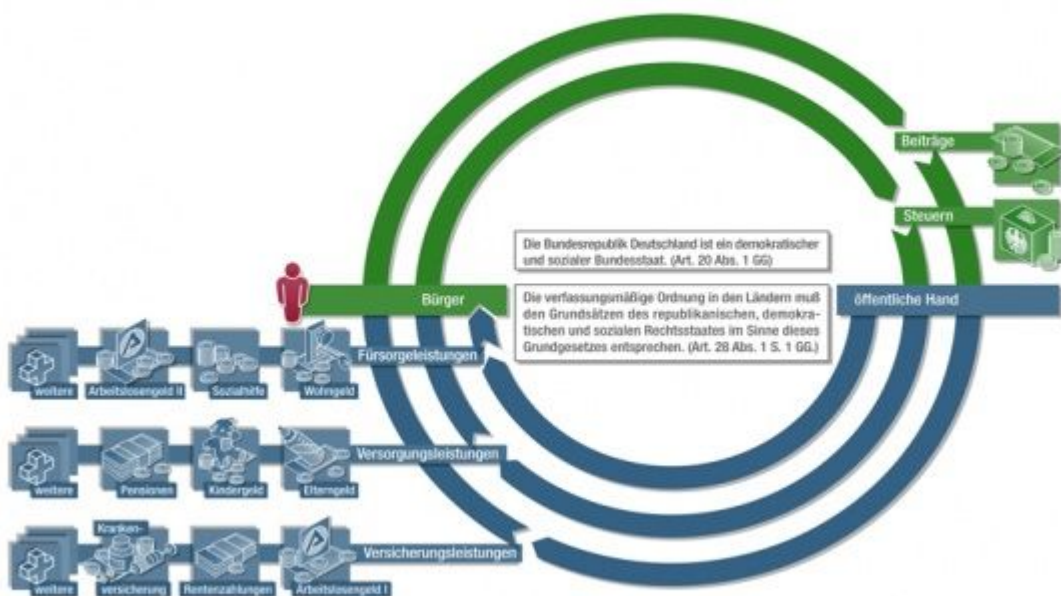
Der deutsche Sozialstaat

Bundeszentrale für Politische Bildung

Wohngeld, Sozialhilfe, Renten: die Grundlage für das Prinzip des Sozialstaates schafft Artikel 20 des Grundgesetzes: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat."

Der deutsche Sozialstaat

Beispiele des Leistungsspektrums



Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

CC BY-NC-ND Der

deutsche Sozialstaat: Beispiele des Leistungsspektrums Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

Artikel 20 bildet - zusammen mit dem Auftrag an die Länder, in ihrer Ordnung dem Prinzip des "sozialen Rechtsstaates" zu folgen (Art. 28 Abs. 1 GG) - die verfassungsmäßige Grundlage für das Sozialstaatsprinzip. Dieses Prinzip genießt wie die Grund- und Menschenrechte den Schutz des Art. 79 Abs. 3 GG und kann nicht abgeschafft werden. Allerdings besteht ein gewisser Interpretationsspielraum.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik sind nur wenige **soziale Grundrechte** direkt verankert. Art. 6 Abs. 4 GG garantiert zum Beispiel Müttern den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft. Andere Grundgesetzartikel können dagegen so interpretiert werden, dass sich aus ihnen die Aufforderung zum staatlichen Handeln ablesen lässt. So kann man zum Beispiel aus der Garantie der Menschenwürde (Art. 1 GG) und dem Diskriminierungsverbot (Art. 3 GG) eine Aufgabe des Staates ableiten, durch eine aktive Rolle in der Steuerung wirtschaftlicher Abläufe den Menschen in Deutschland Chancengleichheit und ein Existenzminimum zuzusichern.

Das **Sozialstaatsprinzip** der Bundesrepublik hat sich geschichtlich insbesondere aus der Sozialgesetzgebung des Kaiserreiches unter dem Reichskanzler Otto von Bismarck entwickelt. Dieser plante, mit einer positiven staatlichen Sozialpolitik die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern und so den Einfluss der Sozialdemokratie zurückzudrängen. So wurden in den 1880er Jahren unter Bismarcks Führung eine erste Krankenversicherung, eine Unfallversicherung und eine Alters- und Invalidenrente eingeführt. Zur gleichen Zeit wurden auch in anderen Ländern Sozialgesetze eingeführt. Das Kaiserreich war geprägt durch ein Versicherungssystem, in dem den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern jeweils annähernd gleich große Beiträge abverlangt wurden. Auf diesem Prinzip ruht der deutsche Sozialstaat noch heute.

Das hauptsächliche Ziel des modernen Sozialstaates ist es, Menschen in **Notlagen** zu helfen und diesen Notlagen, wenn möglich, aktiv vorzubeugen. Dessen Verwirklichung vollzieht sich in vielen einzelnen Politikfeldern und umfasst die eigentliche Sozialpolitik genauso wie die Steuerpolitik, die Arbeitsmarktpolitik oder die Bildungspolitik.

Das **Leistungsspektrum** des deutschen Sozialstaates lässt sich in drei Kategorien einteilen: die Fürsorgeleistungen, die Versorgungsleistungen und die Versicherungsleistungen. Das [Fürsorgeprinzip](#) umfasst staatliche Hilfe für bedürftige Bürger, wie z.B. Wohngeld, Arbeitslosengeld II oder auch Sozialhilfe. Unter [Versorgungsleistungen](#) fallen die staatlichen Leistungen für Bürger, die entweder Opfer oder besondere Leistungen für die Gemeinschaft erbracht haben. Dazu gehören sowohl Entschädigungszahlungen an Hinterbliebene von Kriegsopfern wie auch das Kindergeld oder die Beamtenversorgung. Die [Versicherungsleistungen](#) dienen der Vorsorge von Einkommensausfall durch z. B. Alter, Arbeitslosigkeit, Invalidität, Krankheit, Mutterschaft, Pflegeabhängigkeit oder durch den Tod des Ernährers.

Darüber hinaus sind noch weitere **grundlegende Prinzipien** kennzeichnend für den deutschen Sozialstaat. So unterliegen heute große Teile der Bevölkerung einer Versicherungspflicht, d.h. sie müssen gegen bestimmte Risiken versichert sein. Für nicht Pflichtversicherte existiert die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung. Die Pflichtversicherung basiert auf dem [Prinzip der Solidarität](#). Unabhängig von der Inanspruchnahme der Leistungen zahlen alle Versicherten in die Versicherung ein. So werden diejenigen, die mehr Leistungen in Anspruch nehmen müssen, durch die anderen Mitglieder abgesichert.

Die Beiträge richten sich nach dem **Einkommen** des Versicherten. Nur im Falle der [Rentenversicherung](#) gilt das sogenannte Äquivalenzprinzip, welches besagt, dass die Leistungen von den eingezahlten Beiträgen abhängig sind. In den anderen Sozialversicherungssystemen werden die Leistungen durch einen solidarischen Ausgleich verteilt und die Risiken abgesichert.

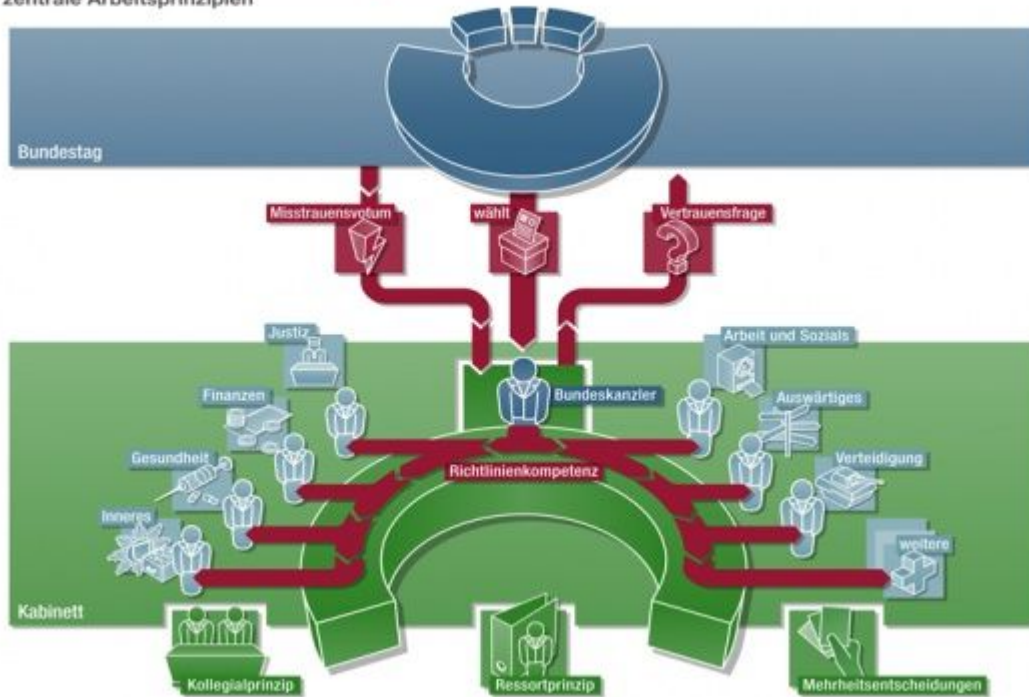
Bundeskanzler und Bundesregierung

Bundeszentrale für Politische Bildung

Der Bundeskanzler wird in Deutschland nicht direkt vom Volk, sondern vom Bundestag gewählt. Gemeinsam mit den Bundesministern bildet er oder sie die Bundesregierung.

■ Bundeskanzler und Bundesregierung

Wahl und zentrale Arbeitsprinzipien



Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Bundeskanzler und Bundesregierung: Wahl und zentrale Arbeitsprinzipien Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

In der deutschen parlamentarischen Demokratie haben die gewählten Volksvertreter eine starke Rolle bei der Gestaltung der Politik. Anders als in Ländern, in denen das Staatsoberhaupt auch der Regierungschef ist und direkt vom Volk gewählt wird, wählen in Deutschland die Mitglieder des Bundestages den [Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin](#) für vier Jahre. In der Regel ist dieses der Kandidat der stärksten Fraktion des Bundestages.

Der **Kanzler wird ohne Aussprache vom Bundestag gewählt**. Die Wahl erfolgt auf Vorschlag des [Bundespräsidenten](#). Im ersten Wahlgang muss die absolute Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erreicht werden. Ist sie erreicht, muss der Bundespräsident den Gewählten zum Kanzler ernennen. Verfehlt der Kandidat die absolute Mehrheit, können innerhalb von 14 Tagen beliebig viele Wahlvorgänge vorgenommen werden. Gewählt ist immer nur derjenige, der die absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigt. Erst nach Ablauf dieser Frist genügt bei einem neuen Wahlgang die relative Mehrheit. Bisher wurden jedoch alle Bundeskanzler seit 1949 bereits im ersten Wahlgang gewählt.

Der Bundeskanzler plus die von ihm vorgeschlagenen und durch den Bundespräsidenten ernannten Bundesminister bilden die [Bundesregierung](#). Die Minister führen ihre [Ressorts](#) eigenverantwortlich. Dieses nennt man das Ressortprinzip. Bei Konflikten zwischen den Mitgliedern der Bundesregierung entscheiden die Regierungsmitglieder durch Mehrheitsbeschluss, was man als Kollegialprinzip bezeichnet.

Dem Bundeskanzler kommt in diesem Kollegium allerdings eine besondere Rolle zu. Nicht nur verfügt er im Verteidigungsfall über die Befehls- und Kommandogewalt des Militärs, ihm steht im politischen Alltagsgeschäft

auch die so genannte **Richtlinienkompetenz** zu (Art. 65 GG). Nur er ist demokratisch legitimiert und dem Parlament gegenüber direkt verantwortlich. Daraus begründet sich seine Stellung als *primus inter pares* (Erster unter Gleichen). Die [Richtlinienkompetenz](#) besagt, dass der Bundeskanzler die Grundlinien der Innen- und Außenpolitik festlegt.

Die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers ist im sogenannten **konstruktiven Misstrauensvotum** geregelt (Art. 67 GG). In der Weimarer Reichsverfassung war vorgesehen, dass der Reichskanzler, nachdem ihm der Reichstag das Vertrauen entzogen hat, zurücktreten musste, ohne dass eine Alternative vorliegen oder Mehrheiten für eine stabile Regierungsbildung vorhanden sein mussten. Dieses hat zur Instabilität der Weimarer Republik beigetragen. Aus diesem Grund sieht das Grundgesetz vor, dass der Bundestag dem Bundeskanzler das [Misstrauen](#) nur dadurch aussprechen kann, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt. Auf diese Weise ist eine Regierungskontinuität gewährleistet.

Umgekehrt kann der Bundeskanzler im Bundestag die **Vertrauensfrage** stellen (Art. 68 GG). Findet der Antrag des Bundeskanzlers, sich das Vertrauen aussprechen zu lassen, bei der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages keine Zustimmung, so kann der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestages vorschlagen. Die [Vertrauensfrage](#) kann auch mit einer Sachentscheidung verknüpft werden, also einem konkreten Gesetzentwurf oder einem anderen Antrag.

Den Bundesministern steht durch die [Ministerien](#) eine große Zahl von Mitarbeitern zur Verfügung. Dem Bundeskanzler arbeitet das Bundeskanzleramt zu. Seine Struktur der "Spiegelreferate" bildet die Ressortverteilung der Bundesregierung ab und dient dem reibungslosen Informationsfluss. Über das Bundeskanzleramt wird der Bundeskanzler über die Arbeit der Ministerien auf dem Laufenden gehalten. In den Sitzungen des wöchentlich tagenden [Bundeskabinetts](#) wird der Bundeskanzler so auf die Diskussion vorbereitet.

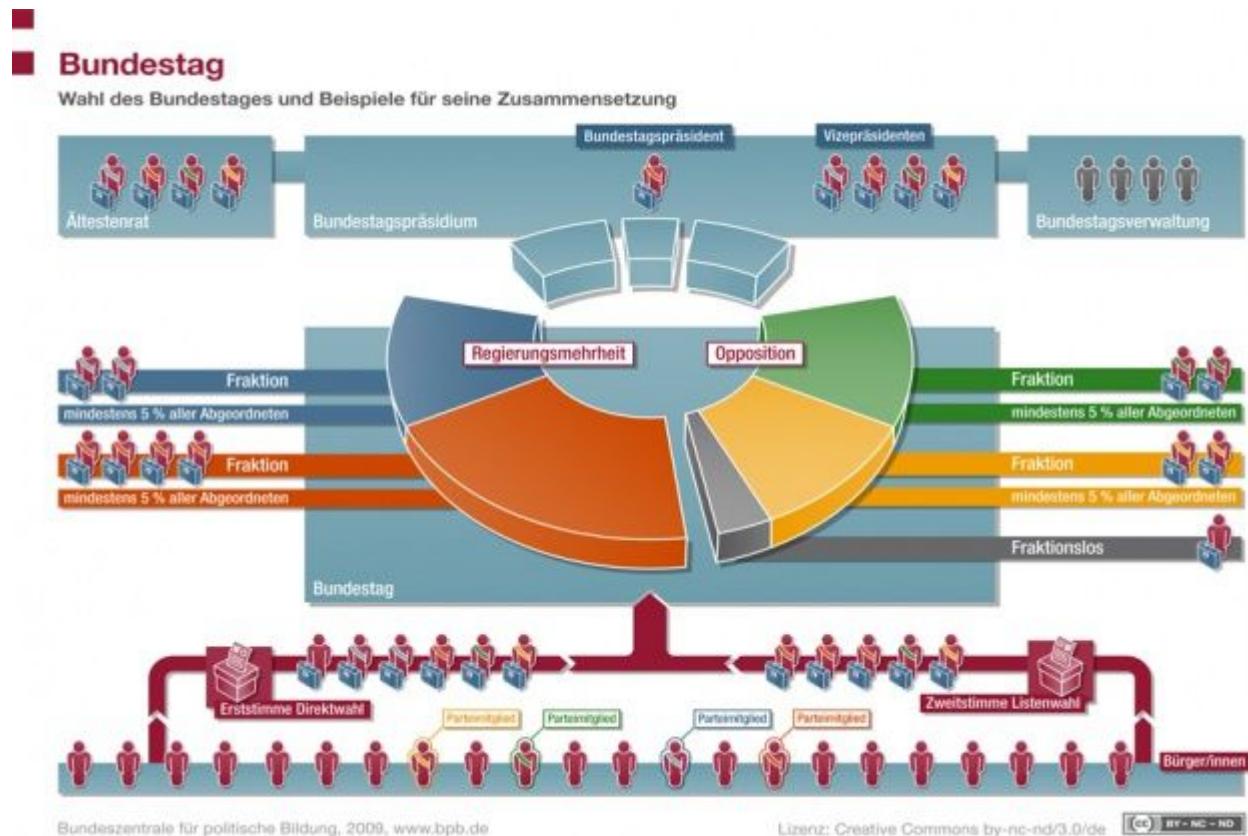
Wahl des Bundestages

Bundeszentrale für Politische Bildung

Bei der Wahl zum Bundestag hat jeder Wähler zwei Stimmen: Mit der Erststimme kann ein Direktkandidat gewählt werden. Die Zweitstimme entscheidet, wie viele Sitze eine Partei im Bundestag erhält.

Filme zum Artikel:

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40438/wahl-bundestag>



Bundestag: Wahl des Bundestages und Beispiele für seine Zusammensetzung Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

Insgesamt besteht der Bundestag aus mindestens 598 [Abgeordneten](#). 299 von ihnen werden direkt gewählt. Dafür stellen sich in jedem Wahlkreis sogenannte Direktkandidaten zur Wahl. Diese können einer Partei angehören oder als Parteilose kandidieren.

Mit der **Erststimme** entscheiden sich die Wähler für einen der Kandidaten. Der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt und bekommt einen Sitz im Bundestag. Das System der Erststimme stellt sicher, dass alle Regionen in Deutschland im Bundestag vertreten sind.

Mit der **Zweitstimme** können die Wähler für die Liste einer in ihrem Bundesland zugelassenen Partei stimmen. Auf dieser sind die Kandidaten der jeweiligen Partei in einer festen Reihenfolge aufgelistet. Der Anteil an Zweitstimmen für eine Partei entscheidet, ob und wie viele Sitze der Partei im Bundestag zustehen. Denn nur Parteien, die mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinigen konnten, erhalten überhaupt einen Sitz im Parlament. Diese Fünf-Prozent-Hürde gilt jedoch nicht, wenn eine Partei mindestens drei Direktmandate erringen konnte. Die Aufteilung der Sitze geschieht nach dem Proporz – die Parteien erhalten also entsprechend ihrem Anteil an Zweitstimmen eine bestimmte Anzahl an Sitzen. Diese Sitze werden zunächst an die Direktkandidaten vergeben. Sind dann noch Sitze übrig, werden diese mit den Kandidaten der Parteilisten entsprechend ihres Listenplatzes besetzt.

Erreicht eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate als ihr dort insgesamt anhand der Ergebnisse der Zweitstimmen an Proporzmandaten zustehen, entstehen für diese Partei sogenannte Überhangmandate und die Gesamtzahl der Mitglieder des Bundestages erhöht sich. Dem 17. Deutschen Bundestag (seit 27. Oktober 2009) gehören zum Beispiel 622 Mitglieder an, d.h. es gab nach der Wahl 24 Überhangmandate.

Eine besondere Rolle im Bundestag haben die Fraktionen. Zu diesen können sich Gruppen von Abgeordneten zusammenschließen, wenn sie mehr als fünf Prozent aller Mitglieder des Bundestages ausmachen. Voraussetzung für die Bildung einer [Fraktion](#) ist, dass die Mitglieder entweder einer Partei angehören oder verschiedenen Parteien, die sich in keinem Bundesland gegenseitig Konkurrenz machen. Seit 1949 sitzen so CDU und CSU als eine gemeinsame Fraktion im Bundestag, wobei die CSU nur in Bayern zur Wahl antritt und die CDU in allen übrigen Bundesländern.

Mit dem Fraktionsstatus gehen bestimmte Rechte einher. So haben die Fraktionen ein Anrecht auf einen der Posten der stellvertretenden Parlamentspräsidenten, eine Vertretung im Ältestenrat, ein Sitzungszimmer im Reichstagsgebäude sowie eine finanzielle Entschädigung zur Führung der laufenden Geschäfte. Zudem haben Fraktionen ein Anrecht auf eine Vertretung in den Ausschüssen gemäß ihrer Mitgliederstärke. In vielen Fällen ist das Antragsrecht an ein [Quorum](#) gebunden, das der Mindestgröße einer Fraktion entspricht. Auch die Redezeiten sind nach der Größe der Fraktionen geregelt. Der Zusammenschluss als Fraktion bietet also viele Vorteile. Scheidet ein Abgeordneter aus einer Fraktion aus, ist er als unabhängiger Kandidat gewählt oder schließt ihn eine Fraktion aus, so ist seine parlamentarische Arbeit in der Praxis gegenüber den Mitgliedern einer Fraktion erschwert.

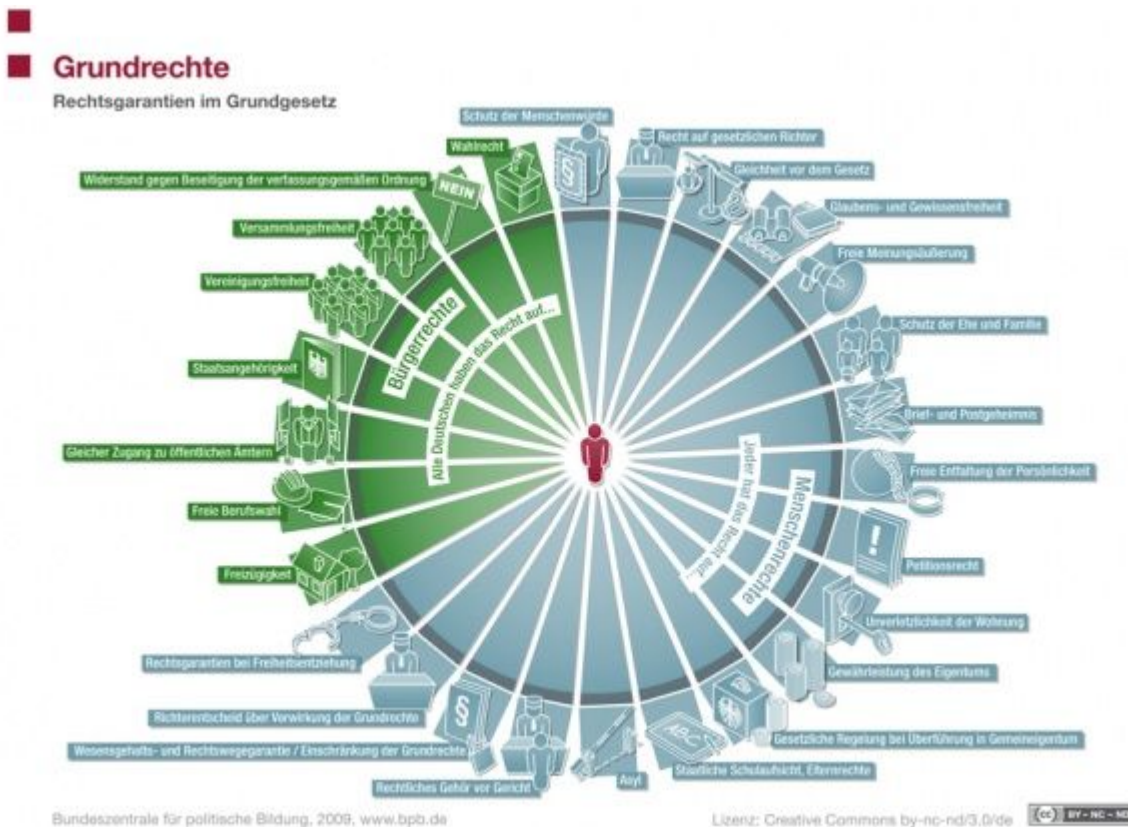
Die Abgeordneten wählen den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin und bestimmen so die [Regierung](#). Im Idealfall hat die Regierung eine Mehrheit der Abgeordneten hinter sich. Es ist aber auch denkbar, dass eine Regierung über keine Mehrheit verfügt und sich von einer Fraktion, die nicht in der Regierung vertreten ist, bei Gesetzesvorlagen und Abstimmungen unterstützen lässt. Dieses nennt man dann Duldung einer Minderheitsregierung – eine Konstellation, die es in der Bundesrepublik Deutschland auf Bundesebene noch nicht gab.

Die Sitzungen und Abstimmungen des Bundestages werden vom Bundestagspräsidenten oder einem der Stellvertreter geleitet. Dem Präsidium steht ein Apparat an Fachkräften, die Bundestagsverwaltung, zur Seite, um diese Aufgabe zu bewältigen. Eine wichtige Rolle für das reibungslose Funktionieren des beschriebenen parlamentarischen Prozesses spielt der [Ältestenrat](#). Er besteht aus dem Bundestagspräsidenten, seinen Stellvertretern und 23 weiteren erfahrenen Abgeordneten. Der Ältestenrat hilft dem Bundestagspräsidenten zum Beispiel bei der Festlegung der Termine für die Sitzungswochen und der Bestimmung der Tagesordnungen. In ihm werden auch eventuell auftretende Streitigkeiten über die Arbeitsweise besprochen und geschlichtet.

Grundrechte

Bundeszentrale für Politische Bildung

Menschenwürde, Wahlrecht, Asyl und das Recht auf freie Berufswahl: Das Grundgesetz schreibt zahlreiche Menschen- und Bürgerrechte fest, zu deren Einhaltung der Staat verpflichtet ist.



Grundrechte: Rechtsgarantien im Grundgesetz Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

Mit dem Begriff "Grundrechte" werden meist die ersten 19 Artikel des Grundgesetz (GG) und die dort geschaffenen **Rechtsgarantien** bezeichnet. Weitere wichtige Grundrechte finden sich aber auch in anderen Artikeln des Grundgesetzes. So ist zum Beispiel das Recht auf einen gesetzlichen Richter und rechtliches Gehör vor einem Gericht in den Artikeln 101 und 103 GG festgeschrieben. Grundrechte, die in anderen als den ersten 19 Artikeln des Grundgesetzes behandelt werden, bezeichnet man oft als "grundrechtsgleiche" Rechte.

Oft wird unterschieden zwischen Menschenrechten, die jedem Menschen zustehen, und Bürgerrechten, die nur Bürgern der Bundesrepublik in vollem Umfang zustehen.

Zu den **Menschenrechten** gehören zum Beispiel das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Glaubens- und Gewissensfreiheit oder das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz. Oft beginnen die Menschenrechtsartikel mit den Worten "Jeder hat das Recht...". Diese Grundrechte haben alle Menschen von Geburt an. Weitere Menschenrechte sind der besondere Schutz der Freiheit der Person, der Ehe und der Familie, der Unversehrtheit der Wohnung und des persönlichen Eigentums ebenso wie der Schutz des Brief- und Postgeheimnisses oder das Petitionsrecht. Zu den Menschenrechten zählen auch die Rechtsnormen, die sich aus den eben genannten ableiten lassen. Dazu gehören die Rechtsgarantien bei Freiheitsentzug, Elternrechte und die staatliche Schulaufsicht, das Recht auf Asyl und die Regelung von Entschädigungen nach Eigentumsverlust durch Vergesellschaftung. Zementiert werden die Menschenrechte in Artikel 1 GG. Er bekennt sich zu den "unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten" (Art. 1 Abs. 2 GG). Dieser Artikel gehört zum unveränderlichen Teil des Grundgesetzes und darf in seinen Grundsätzen auch durch entsprechende Mehrheiten

in Bundestag und Bundesrat nicht geändert werden (Art. 79 Abs. 3 GG).

Als **Bürgerrechte** bezeichnet man hingegen die Grundrechte, die nur deutschen [Staatsbürgern](#) zubilligt werden. Hierzu zählen zum Beispiel das Wahlrecht, die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf freie Berufswahl. Die entsprechenden Grundgesetzartikel beginnen häufig mit den Worten "Alle Deutschen haben das Recht...". Weitere Bürgerrechte sind das Recht auf [Freizügigkeit](#), das Widerstandsrecht bei Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, das Recht auf den gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern, das Recht auf Versammlungsfreiheit oder das Recht auf die eigene deutsche Staatsangehörigkeit.

Die Grundrechte gehören zum Kern der [freiheitlichen demokratischen Grundordnung](#). Sie genießen daher einen besonderen Schutz. Sie dürfen zwar unter ausdrücklicher Nennung des Artikels durch ein Gesetz eingeschränkt, jedoch nicht in ihrem Wesensgehalt angetastet werden (Art. 19 GG). Auch die grundrechtsgleichen Rechte genießen eine Sonderstellung und können - wie die Grundrechte - von jedem vor dem Bundesverfassungsgericht eingeklagt werden (Art. 93 GG).

Strukturprinzipien des Grundgesetzes

Bundeszentrale für Politische Bildung

Die "Verfassung in Kurzform": Die ersten drei Absätze des Artikel 20 GG legen Demokratie, Bundesstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit als Grundsätze der Verfassung fest.

■ Strukturprinzipien des Grundgesetzes

Grundsätze der Verfassung



Strukturprinzipien des Grundgesetzes Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

"Die [Bundesrepublik Deutschland](#) ist ein demokratischer und sozialer [Bundesstaat](#). Alle [Staatsgewalt](#) geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in [Wahlen](#) und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden [Gewalt](#) und der Rechtsprechung ausgeübt. Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an [Gesetz](#) und [Recht](#) gebunden."

Diese Sätze sind in den ersten drei Absätzen des Artikels 20 des [Grundgesetzes \(GG\)](#) für die Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben. Sie werden als "[Verfassung](#) in Kurzform" bezeichnet, denn sie enthalten deren wichtigste **Strukturprinzipien**: [Demokratie](#), Bundesstaatlichkeit sowie Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Diese werden in Artikel 79 als unveränderlicher Teil des Grundgesetzes festgelegt und in anderen Artikeln des Grundgesetzes weiter ausformuliert. Da diese Prinzipien so wichtig sind, wurden sie auch in die Präambel des [Einigungsvertrages](#) übernommen.

Das **Demokratieprinzip** besagt, dass alle Gewalt vom Volk ausgeht, dieses also der [Souverän](#) ist. In der [repräsentativen Demokratie](#) der Bundesrepublik werden die [Interessen](#) der Bürgerinnen und [Bürger](#) durch die gewählten Vertreter in den [Parlamenten](#) wahrgenommen, die nach dem [Mehrheitsprinzip](#) entscheiden.

Die deutschen Länder blicken auf eine lange Geschichte der Unabhängigkeit zurück. Über weite Strecken der deutschen Geschichte waren sie eine nur lose durch Institutionen oder Herrscher verbundene Sammlung verschiedenster Einheiten. Darauf aufbauend haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes für eine **bundesstaatliche Republik** entschieden. In dieser stehen den Bundesländern, die aus diesen alten Territorien

hervorgegangen sind, viele Befugnisse im [föderalen System](#) zu. Nicht zuletzt trug die Erfahrung des totalitären Staates der Nationalsozialisten dazu bei, dieses [System](#) als Sicherung gegen eine erneute Machtkonzentration in den Händen einer Person oder des Zentralstaates zu installieren. Das [Grundgesetz](#) regelt die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern sehr genau. Eine Vielzahl von Gesetzen, die der [Bundestag](#) verabschiedet, bedarf der Zustimmung durch die Vertretung der Länder, des [Bundesrates](#). Sie sind also in entscheidender Weise an der Gesetzgebung beteiligt. Zudem sind ihnen viele Aufgaben der öffentlichen [Verwaltung](#) zugeordnet.

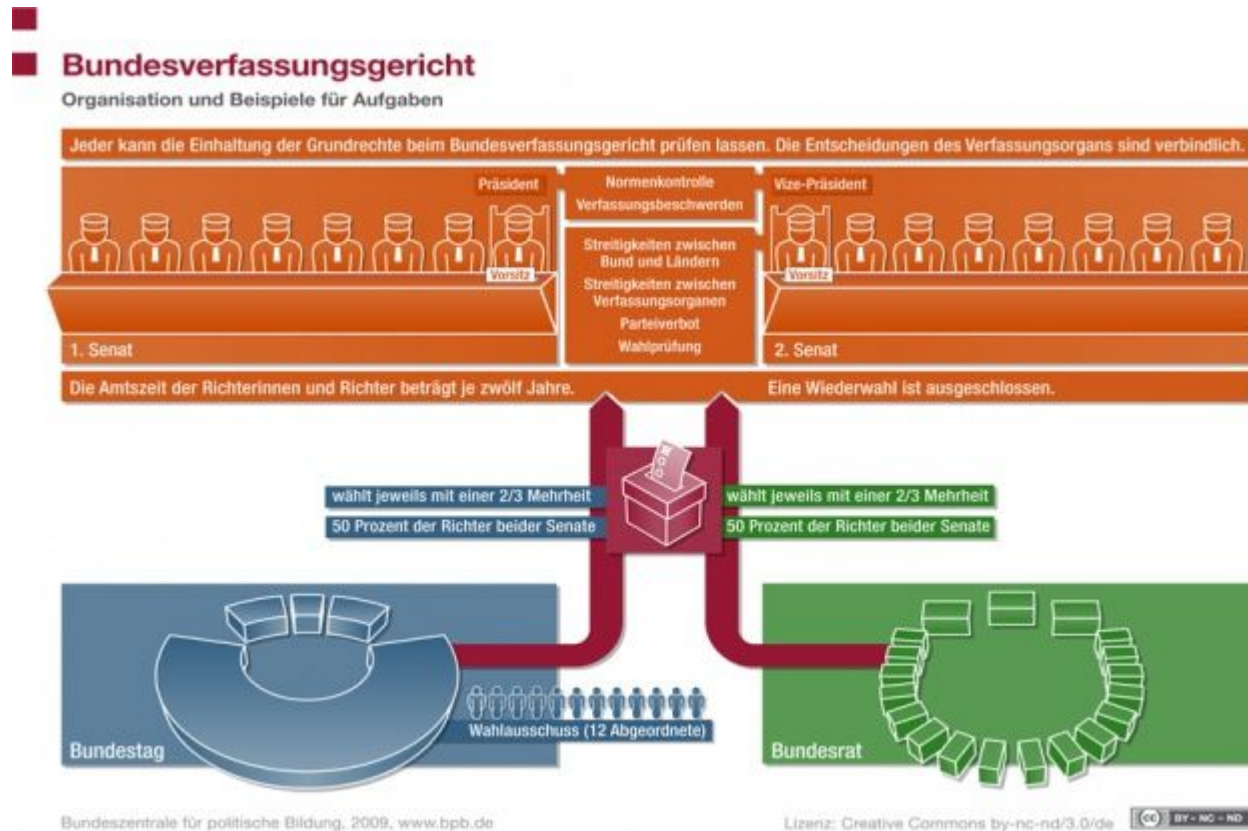
Das Strukturprinzip der **Rechtsstaatlichkeit** bedeutet, dass die [Gesetzgebung](#) an die [Verfassung](#) gebunden ist und Gesetze nicht willkürlich verabschiedet werden dürfen. Auch die [Politik](#) ist an das Recht gebunden und steht nicht über ihm. Die nationalsozialistische [Doktrin](#) eines dem Recht übergeordneten Führerwillens oder Gesetze, die die Verfassung brechen, sind in der Bundesrepublik durch das Grundgesetz ausgeschlossen. Auch die vollziehende Gewalt, die Verwaltung und die Rechtsprechung sind an das geltende Recht gebunden. Dieses schützt die Bürger vor Willkürakten und garantiert zugleich auch die [Gleichheit](#) eines jeden Bürgers vor dem Gesetz. In einem [Rechtsstaat](#) wachen unabhängige [Richter](#) über die Einhaltung der Gesetze. Der Rechtsweg zu ihnen steht jedem Bürger offen.

Dem **Sozialstaatsprinzip** sind im Grundgesetz nur wenige Worte gewidmet, durch die Erwähnung in Artikel 20 [GG](#) aber kommt ihm Verfassungsrang zu. Zusammen mit Artikel 1 GG, der die [Würde des Menschen](#) als unantastbar garantiert und deren Schutz zu einer Verpflichtung der staatlichen Gewalt erklärt, lassen sich für den [Sozialstaat](#) bestimmte Prinzipien ableiten. So geht man allgemein davon aus, dass sich daraus die Garantie eines bestimmten [Existenzminimums](#) ableiten lässt und dass bestimmte Gruppen des besonderen Schutzes bedürfen. Diese Verpflichtung führt zusammen mit Artikel 3 GG, welcher das [Diskriminierungsverbot](#) enthält, auch dazu, dass der [Staat](#) für eine Angleichung der Lebenschancen aller Bürger Sorge zu tragen hat. Das Ziel der [Sozialpolitik](#) ist die Schaffung von sozialer [Gerechtigkeit](#).

Bundesverfassungsgericht

Bundeszentrale für Politische Bildung

"Der Schutz des Grundgesetzes" - das ist die wichtigste Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts. Aber auch in Streitfällen zwischen den Ländern oder den Ländern mit dem Bund entscheidet Karlsruhe.



Bundesverfassungsgericht: Organisation und Beispiele für Aufgaben Lizenz: [cc by-nc-sa/3.0/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/)

Das in Karlsruhe sitzende und in Grundgesetzfragen höchste Gericht besteht aus zwei so genannten **Senaten**, die jeweils mit acht Richtern besetzt sind. Die **Wahl der Richter** erfolgt laut Artikel 94 Grundgesetz durch Bundesrat und Bundestag. Jeweils die Hälfte der Richter in beiden Senaten wird vom Bundesrat gewählt, die andere Hälfte von einem aus zwölf Mitgliedern bestehenden Wahlausschuss des Bundestages. Zur Richter-Wahl ist in den Gremien eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Um diese Mehrheit zu erlangen, haben sich in der Vergangenheit CDU/CSU und SPD meist ein gegenseitiges Vorschlagsrecht eingeräumt und im Vorfeld auf eine Frau oder einen Mann als Kandidaten geeinigt. Innerhalb einer Regierungskoalition ist es ebenfalls üblich, dass die größere Partei dem kleineren Koalitionspartner das Vorschlagsrecht für einen Richter einräumt. Die Amtszeit der Richter beträgt zwölf Jahre und eine Wiederwahl ist ausgeschlossen.

Eine wichtige Aufgabe des Bundesverfassungsgerichtes ist es, bestehende Gesetze auf ihre Übereinstimmung mit dem Grundgesetz zu prüfen. Das maßgebliche Instrument hierzu ist die **Normenkontrolle**. In der sogenannten **abstrakten Normenkontrolle** wird auf Antrag des Bundestages, der Bundesregierung oder einer Landesregierung die Vereinbarkeit eines Landesgesetzes oder Bundesgesetzes mit dem Grundgesetz oder einem anderen Bundesgesetz überprüft. In der **konkreten Normenkontrolle** hingegen legt ein Gericht ein Gesetz zur Prüfung vor, von dessen Unvereinbarkeit mit der Verfassung es überzeugt ist.

Zudem kann jeder Bürger, der sich durch die öffentliche Gewalt in seinen Grundrechten verletzt fühlt, **Verfassungsbeschwerde** beim Bundesverfassungsgericht erheben. Eine **Verfassungsbeschwerde** kann sich gegen ein Gesetz, ein Gerichtsurteil oder eine behördliche Maßnahme richten. Das Bundesverfassungsgericht kann nach

einer Prüfung auf deren Verfassungsmäßigkeit die Entscheidungen aller anderen Gerichte aufheben und Gesetze für ungültig erklären.

Des Weiteren entscheidet das Bundesverfassungsgericht bei **Verfassungsstreitigkeiten zwischen staatlichen Organen** – also in Streitfällen zwischen den Ländern oder zwischen den Ländern und dem Bund sowie zwischen Bundesorganen. Unter anderem werden die Karlsruher Richter angerufen bei Meinungsverschiedenheiten über Rechte und Pflichten des Bundes und der Länder, etwa bei der Ausführung von Bundesrecht durch die Länder.

Als einziges Organ kann das Bundesverfassungsgericht eine Partei verbieten. Ein solches **Partei-Verbot** muss von der Regierung, dem Bundestag oder dem Bundesrat beantragt werden und kann nur ausgesprochen werden, wenn die Ziele der Partei oder die Handlungen ihrer Mitglieder gegen die [freiheitliche demokratische Grundordnung](#) verstoßen. Damit schützt das Bundesverfassungsgericht die besondere Rolle der Parteien im demokratischen Willensbildungsprozess.

Bei einem Verdacht auf Unregelmäßigkeiten kann vom Bundesverfassungsgericht auch die **Prüfung einer erfolgten Wahl** durchgeführt werden. Bei festgestellten Fehlern kann es eine Wiederholung der Wahl in dem betroffenen Wahlkreis anordnen.

In seinen Entscheidungen und Urteilen nimmt das Bundesverfassungsgericht die Aufgabe wahr, das Grundgesetz rechtsverbindlich auszulegen. Da dieses nur allgemeine Grundsätze enthält, muss es immer wieder neu interpretiert werden, um den sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnissen gerecht zu werden.

Externe Links

- Internetseite des Bundesverfassungsgerichts: [»www.bundesverfassungsgericht.de«](http://www.bundesverfassungsgericht.de)

02. Mai 2012, 07:49 Uhr

SPIEGEL ONLINE

Schuldenkrise

EZB sieht Anzeichen für Spaltung der Euro-Zone

Allein im März haben ausländische Investoren spanische Staatsanleihen im Wert von 20 Milliarden Euro abgestoßen, heimische Anleger dagegen kaufen zu. In Italien gibt es einen ähnlichen Trend. Experten sehen darin ein Zeichen, dass der Kitt zwischen den Euro-Zonen-Ländern bröckelt.

Madrid - In Spanien und Italien zeichnet sich ein bedenklicher Trend ab: Wie aktuelle Daten zeigen, verkaufen ausländische Investoren in großem Stil ihre Staatsanleihen dieser Länder - während heimische Banken sie aufkaufen. Experten fürchten nun, dass sich die nationalen Finanzmärkte in der Euro-Zone zunehmend voneinander isolieren. Die EZB sieht die Integration im Währungsraum deutlich zurückgeworfen.

Beispiel Spanien: Dort haben internationale Anleger allein im März Staatspapiere im Wert von 20 Milliarden Euro abgestoßen. Sie haben ihr Engagement damit um 9,3 Prozent reduziert, wie aus der jüngsten Statistik des Finanzministeriums hervorgeht.

Gleichzeitig stockten inländische Banken ihre Bestände fast in gleicher Größenordnung auf. Spanische Banken halten inzwischen spanische Staatsanleihen im Wert von rund 263 Milliarden Euro, [berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg](#); im November 2011 waren es noch 178 Milliarden.

Am italienischen Anleihemarkt zeichnet sich ein ähnlicher Trend ab. Dort stiegen die Investments der heimischen Banken zuletzt auf fast 324 Milliarden Euro; im November 2011 waren es noch 247 Milliarden.

Drohende Desintegration der Euro-Zone

Treibende Kraft hinter der Umverteilung ist die Liquiditätsoffensive der Europäischen Zentralbank (EZB) - ein massiver Eingriff in den Geldmarkt, der zwar gut gemeint war, aber offenbar nicht nur Gutes bewirkt.

Seit Dezember hat die Notenbank den europäischen Finanzsektor mit zwei riesigen Geldspritzen über insgesamt eine Billion Euro geflutet. Banken können das Zentralbankgeld, das sie von der EZB gegen Sicherheiten zum Mini-Zins von derzeit einem Prozent erhalten, drei Jahre lang verwenden. Sie investieren es offenbar zu einem guten Teil in höher verzinste Staatstitel.

Allerdings scheinen meist nur die Banken eines hochverschuldeten Staates dessen Anleihen zu kaufen. Ausländische Institute dagegen ziehen sich aus den Krisenländern weiter zurück. Das alarmiert Experten. "Wenn sich die Anleihen ausschließlich in der Hand nationaler Investoren befinden, wird der Anreiz, Unterstützung zu liefern, für die anderen Länder immer geringer", sagte Stéphane Monier, Experte der Investmentgesellschaft Lombard Odier. Man bereite so den Boden für die Desintegration der Euro-Zone.

Die EZB stellte in ihrem vergangene Woche veröffentlichten Jahresbericht zur Finanzmarktintegration im Euro-Raum ebenfalls fest, dass die grenzüberschreitenden Transaktionen zunehmend unter den Problemen im Währungsraum leiden. Das sei ein deutlicher Rückschlag für die Integration des Finanzsektors im Euro-Raum.

Mord an Arzu Ö.

Bruder gesteht tödliche Schüsse

30.04.2012 · Im vergangenen Jahr wurde Arzu Ö. entführt und erschossen. Vor Gericht hat nun einer ihrer Brüder gestanden, die junge Kurdin getötet zu haben. Zwei weitere Geschwister gaben zu, an der Entführung beteiligt gewesen zu sein. Der Richter äußerte Zweifel an den Schilderungen.

Im Prozess um den gewaltsamen Tod der jungen Kurdin Arzu Ö. aus Detmold haben drei ihrer Geschwister weitgehende Geständnisse abgelegt. Zum Auftakt vor dem Landgericht Detmold sagte der 22 Jahre alte Osman Ö. am Montag aus, die Kontrolle verloren und seine Schwester Arzu erschossen zu haben. Ebenso wie die Schwester Sirin (27) und der Bruder Kirer (25) gestand er auch die Entführung der damals 18 Jahre alten Arzu Ö. im November 2011.

Bislang hatten die Geschwister zu der Tat geschwiegen. Der Vorsitzende Richter Michael Reineke verwies darauf, dass im weiteren Verfahren zu klären sei, ob sich Osman Ö. eventuell fälschlicherweise zu der Tat bekennt, um die Strafe als jüngster der wegen Mordes angeklagten Geschwister auf sich zu nehmen. Nach seiner Ansicht gibt es Widersprüche, unter anderem zu der mit dem Auto zurückgelegten Strecke.

Als Tatmotiv gilt für die Anklage, dass Arzus Familie deren Liebesbeziehung zu einem deutschen Bäckergehilfen aus religiösen Gründen nicht dulden wollte.

Arzu war im November plötzlich spurlos aus Detmold verschwunden. Zehn Wochen lang suchte die Polizei nach ihr, im Januar wurde ihre Leiche in Schleswig-Holstein entdeckt. Arzu wurde erschossen.

Eigentlich hätten sie ihrer jüngeren Schwester nur „den Kopf waschen wollen“, um sie zur Vernunft zu bringen, sagte Sirin vor Gericht. Doch dann sei alles anders gekommen. Bei einer Rast in einem Waldstück bei Lübeck seien plötzlich zwei Schüsse gefallen, schilderte Sirin. Sie sei zu Osman gelaufen und habe ihn geschüttelt. Er habe etwas in der Hand gehalten, „auf dem Boden lag Arzu“.

Zuvor hatte Sirin berichtet, dass Arzu getrunken und Drogen genommen und sich immer mehr von ihrer Familie entfernt habe. Dann sei Arzu von der Familie verprügelt worden und kurz darauf weggelaufen. Sirin sagte, sie habe ihre verstoßene Schwester mit aller Macht in die Familie zurückholen wollen.

Die Staatsanwaltschaft vermutet einen religiösen Hintergrund

Wegen der Entführung Arzus sind noch zwei weitere Brüder mitangeklagt. Die Staatsanwaltschaft geht von einem religiösen Hintergrund der Tat aus. Jesiden dürfen nach strenger Auslegung nur untereinander heiraten. In der Anklageschrift ist von „ehrbezogenen Motiven“ die Rede. Derartige niedrige Beweggründe seien nach den in Deutschland geltenden Maßstäben und den hier herrschenden sittlichen und rechtlichen Auffassungen besonders verachtenswert.

Zunächst sind fünf Verhandlungstage angesetzt. Das Gericht in Detmold hat 30 Zeugen geladen. Der Vater des Opfers ist nicht darunter. Er gilt zwar als Beschuldigter, das Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde aber abgetrennt.

Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten Menschenrechtsvereine gegen sogenannte Ehrenmorde. Vertreter von Terre des Femmes und Peri forderten gerechte Strafen. Es dürfe keinen „Kulturbonus“ für Ehrenmorde geben.

Quelle: DPA/AP

Europapolitik

Frankreich wird ein unbequemer Partner

30.04.2012 · Der Mehrheit der Franzosen bereitet „Europa“ Unbehagen. Jeder dritte Wahlberechtigte stimmte für eine extreme Partei. Der Wunsch nach einer Rückkehr zur heimeligen Mitterrand-Ära ist groß.

FAZ von [Michaela Wiegel](#), Paris

Frankreich wird ungeachtet des Ausgangs der Präsidentenwahlen am 6. Mai ein unbequemer europäischer Partner werden. Das Wählerverhalten im ersten Urnengang zeigt, dass sich ein Großteil der Franzosen nicht „mit Europa versöhnt“ hat. Diese „Versöhnung“ hatte Nicolas Sarkozy vor fünf Jahren in Aussicht gestellt, als er im Schulterschluss mit der Bundeskanzlerin den Vertrag von Lissabon aushandelte. Auch sieben Jahre nach dem Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag ist das Unbehagen über den Zustand der EU nicht verschwunden.

Es hat sich unter dem Eindruck der Staatsschuldenkrise vertieft und ist bis in die Regierungsparteien hinein verankert. Die Lesart, dass die Franzosen in der Volksbefragung Ende Mai 2005 vor allem Jacques Chirac abstrafte, ist rückblickend haltlos geworden. Es war tatsächlich ein „Non“ zur EU. Den Franzosen ist gewiss keine pauschale Ablehnung Europas zu unterstellen. Die meisten verbinden mit dem Begriff noch etwas Positives. Aber das Missvergnügen einer Mehrheit an der erlebten EU hat zugenommen.

Jeder Dritte stimmte für eine extreme Partei

Jeder dritte französische Wahlberechtigte hat am 22. April seine Stimme einer extremen Partei gegeben, die offen mit dem Ende der existierenden EU inklusive Währungsunion wirbt. Am weitesten geht die Vorsitzende der rechtsextremen Partei Front National, Marine Le Pen, in ihrer Europakritik. Sie plädiert für den geordneten Ausstieg aus der Eurozone und eine Rückkehr zum Franc, für die Wiedereinführung von Zollgrenzen und die Aufgabe des Freizügigkeitsprinzips. Mit diesem Programm vereinte sie 17,9 Prozent der Wähler auf sich, das sind knapp sechseinhalb Millionen Franzosen. Darunter sind besonders viele Arbeiter, laut Meinungsforschungserhebungen 35 Prozent. Auch einfache Angestellte, Kleinhändler, Handwerker, Selbstständige und Arbeitslose entschieden sich massiv für Marine Le Pen. Ihre Wählerschaft zählt zu den Globalisierungsverlierern. Auffällig ist, dass Marine Le Pen sogar bei den von europäischen Agrarsubventionen lange verwöhnten französischen Landwirten hohe Zuwächse erzielte. Zu den Europaaussteigern von rechts hinzuzuzählen ist der „Souveränist“ Nicolas Dupont-Aignan mit 1,79 Prozent der Stimmen.

Die „Front de Gauche“ Jean-Luc Mélenchon, die auf elf Prozent der Stimmen kam, predigt ebenfalls eine radikale Umkehr in Europa. Er behauptet dabei, „aus Liebe zu Europa“ zu agieren. „Aus Liebe zu Europa müssen wir die Merkozy-Verträge ablehnen, die uns den Interessen der Banken unterwerfen wollen“, schrieb Mélenchon. Der Linkspopulist träumt von einer EU unbegrenzter „Solidarität“ und Finanztransfers. Dass der Euro eine Fortsetzung der Verschuldungspolitik nicht überleben könnte, nimmt Mélenchon in Kauf. Unter seinen Wählern sind viele ehemalige Kommunisten, die in der EU den verlängerten Arm des Großkapitals sehen. Aber Mélenchon ist auch besonders stark bei den jungen Franzosen zwischen 18 und 24 Jahren, die seinen Kampf gegen die Globalisierung unterstützen. Für eine ähnliche Mischung aus Kapitalismuskritik, Europafeindlichkeit und Ablehnung der Globalisierung stehen auch die beiden trotzkistischen Kandidaten Philippe Poutou und Nathalie Artaud, die zusammen auf 1,7 Prozent der Wählerstimmen kommen.

Kräfte messen mit der Bundesregierung

Längst sind es aber nicht nur die extremen Parteien, die Wähler mit dem Versprechen eines „anderen Europas“ anzulocken versuchen. François Hollande war als sozialistischer Parteivorsitzender bei dem Versuch gescheitert, seine Partei 2005 auf proeuropäischem Kurs zu halten. Jetzt hat er die einstigen Wortführer des „Non“, Laurent Fabius und Arnaud Montebourg, in seine Kampagne eingebunden.

Letzterer hat einen antideutschen Unterton gepflegt, der den meisten Genossen nicht behagt. Aber Unterstützer der Europapolitik der Bundeskanzlerin finden sich bei den Sozialisten nicht. Hollande will den noch nicht ratifizierten europäischen Fiskalpakt neu verhandeln. Er lehnt es ab, in Frankreich eine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse einzuführen. Er verlangt über gemeinsame Kredite finanzierte europäische Ausgabenprogramme. Dahinter steht mehr als nur ein Kräftemessen mit der Bundesregierung.

Hollande lehnt den Grundgedanken einer sich durch Verfassungsregeln selbstauferlegten Einschränkung der politischen Gestaltungsmacht ab. Auf genauso starken Widerstand stößt bei ihm die Vorstellung, dass die Nationalversammlung ihr Hoheitsrecht über die Haushaltsplanung mit europäischen Institutionen teilen könnte. Souveränitätseinschränkungen, die eine politische Vertiefung der Währungsunion nach sich ziehen würden, will er nicht zulassen.

Nicolas Sarkozy hat im Wahlkampf einen europäischen Zickzackkurs eingeschlagen, zunächst rühmte er die gute Zusammenarbeit mit Angela Merkel, zeigte sich als Verfechter einer eisernen Haushaltsdisziplin, um dann zum Sprachrohr der Europakritiker aufzutreten und Wachstumsinitiativen der Europäischen Zentralbank einzufordern. Sarkozy plädiert für eine Schutzburg Europa und bedient damit den protektionistischen Reflex seiner Landsleute. Europa sei „ein Sieb“ mit durchlässigen Grenzen, beklagte er. Auch die Handelsfreiheit geht ihm zu weit, er will Zollbarrieren gegen die Konkurrenz aus Billiglohnländern errichten. Das ist mehr als nur Wahlkampfgetöse. Frankreich sehnt sich nach dem heimeligen Europa der Mitterrand-Ära zurück.

Disunion: Why Europe's Best Chance for Survival Is to Break Apart

The Atlantic, 27th April, 2012 By Gideon Rachman

The post-World War Two era of an "ever closer union" are coming to an end.



The 38 members of the European Democratic union meet in Paris in 1996. AP

Europe's debt crisis is threatening a political order that has been built up over the course of more than a half century. It is still entirely possible--indeed likely--that the European single currency will not survive the crisis. Angela Merkel, the German chancellor, has predicted that if the euro collapses, the European Union will crumble with it. The destruction of the EU would, in turn, remove the organization around which postwar European politics has been constructed.

Even if both the EU and the single currency survive, the current crisis is likely to extract an economic and political price that makes a mockery of many of the original hopes invested in the European Union. The founding fathers of the EU--men such as Jean Monnet and Robert Schuman--built their project around a brilliant and simple proposition. The purpose of the European project when it got going in the 1950s was explicitly political. The idea was to move Europe beyond the terrible wars that had disfigured the Continent during the first half of the twentieth century. But, while the goal was political, the means were economic. The founding fathers aimed to build a new Europe by initially concentrating on small, practical steps that brought tangible economic benefits. The idea was that economic cooperation would create shared prosperity and foster the habit of cooperation. The old national rivalries would be replaced by a win-win logic built around economic integration. As Europeans got used to working together and saw the benefits, further and bolder steps could be taken toward the "ever closer union" spoken of in the 1957 Treaty of Rome.

For more than fifty years, this vision worked beautifully. Europe prospered and grew--and hugely expanded its powers. By 2007, the year before the financial crisis hit, the European Union encompassed twenty-seven members. The simple coal-and-steel community of the 1950s had been transformed into a European Union with a single market, a single currency, common borders, and a common foreign and security policy.

Then came the global financial crisis. A sharp economic downturn in Europe exposed important weaknesses within the Union. Above all, it became clear that many countries had been running up unsustainable debts. In the new economic climate, Greece, Portugal and Ireland proved unable to fund themselves through the markets and had to apply for bailouts from the rest of the European Union. The borrowing costs of Italy and Spain soared, raising the prospect that they too might have to apply for financial help. Given the size of the Italian and Spanish economies and the level of their debts, bailouts for Italy and Spain might simply be unaffordable for the rest of Europe.

The debt crisis within the European Union is a lot more than a transient economic difficulty. In fact, it directly threatens the underlying logic of the European project. In good times, building Europe was all about creating a win-win dynamic based on sharing the fruits of prosperity. But in bad economic times, this positive logic has gone into reverse. Rather than sharing the gains of prosperity, Europeans are now

arguing about who should bear the losses associated with recession and the debt crisis. Win-win logic has been replaced by zero-sum logic in which one country's gain is another's loss.

The political consequences of this have been dire. A European project created to bring nations together is now driving them apart. There is real bitterness in Germany at the idea that hardworking German taxpayers are having to subsidize the bankrupt economies of southern Europe. Semiracist stereotypes about lazy Greeks and law-breaking Italians are now common currency in the German press. These insults are being repaid with interest (unlike Greek bonds). In much of southern Europe, there is an explicit sense that the domineering German is back. Wartime images that the European Union was meant to have consigned safely to history are now bandied about again. Angela Merkel has been portrayed in Nazi uniform in cartoons in the Greek papers, and Nazi-era references are also rife in Italy and Spain.

TO UNDERSTAND how all this is likely to develop, it is important to make an accurate diagnosis of the origins of the crisis. Part of the problem is that the much-vaunted "European social model" is costly--and becoming more so as the population ages. The increase in debt and the fall in tax revenues, caused by the financial crisis and the resulting loss of investor confidence, exposed many dormant weaknesses of European welfare states.

But what might have been a series of national crises has become a European-wide crisis because of the existence of the European single currency. In retrospect, the decision to create the euro--made in the early 1990s and brought to fruition in 2001--was a fateful one.

The euro was swiftly and correctly recognized as the most dramatic single step yet taken toward European unity. As with the foundation of the original European project in the 1950s, the motive was primarily political. The fall of the Berlin Wall and the reunification of Germany had altered the balance of power within Western Europe--and revived British and French fears of German power. Initially, the leaders of both Britain and France, Margaret Thatcher and Francois Mitterrand, sought to block German unification. When it became clear that this wasn't possible, the French threw their weight behind the idea of a European single currency (an idea Thatcher strongly opposed). Both the French and German leaders at the time--strongly backed by Jacques Delors, the powerful president of the European Commission--argued that the solution to the new "German problem" was to bind Germany even more tightly into Europe, thus negating any prospect that a powerful reunified Germany could become troublesome on the Continent. The means to do this was the creation of the European single currency.

Today, now that the euro is in deep trouble, there are many in Germany who argue that their country was essentially forced to give up its beloved Deutsche mark as the "price for unity." But this is a misreading of history. In fact, some of the most articulate and impassioned advocates of the European single-currency project were German statesmen such as Chancellor Helmut Kohl and Joschka Fischer, Germany's foreign minister and author of the famous 2000 Humboldt speech extolling political union in Europe.

Even as the European single currency was being dreamed up and launched, skeptical economists warned that the European Union was not an "optimal currency area." They argued that levels of productivity and indebtedness within Europe differed too widely. As a result, they maintained, relatively unproductive countries, deprived of the chance to devalue or inflate their debts away, might find themselves in an economic trap. More broadly, many Euroskeptics noted that there had never been an example of a successful and durable currency union that was not backed up by a political union--otherwise known as a nation.

The response to this Euroskeptical critique was threefold. First, many pro-euro economists argued that the very creation of the euro would foster economic convergence--creating an optimal currency area. Second, on the political front, some argued that a common currency could work without a political union on the basis of the rules and regulations of the Maastricht Treaty, drafted and signed in the Netherlands in the early 1990s. Third, some committed European federalists argued that political union would prove irresistible in due course. The mere existence of a single currency, they averred, would foster the

expansive federal-budget growth and fiscal transfers within the EU that would be necessary to make the single currency work over the long term. This was how the European project had always worked in the past--with one step toward unity provoking the next. As Javier Solana, the EU's foreign-policy chief, once colorfully put it in conversation with me: "Our philosophy in Europe is, 'Jump in the pool, there is always water there.'"

It is tempting to respond that, in the current crisis, Europe has discovered that somebody forgot to fill up the pool. **In reality, the Euroskept analysis of the flaws of the European single-currency project has proved to be much more accurate than the predictions of those who created the euro.**

The single currency has not, in fact, fostered the economic convergence needed to make it work well. On the contrary, as Germany acted to restrain wages and public spending in the first years of the new century, countries in southern Europe went on a spending splurge: the minimum wage doubled in Greece over the course of a decade; Spain experienced a wild housing boom; and Italy's national debt shot back up toward 120 percent of GDP. The result was that, by the time the economic and financial crisis hit in late 2008, the supercompetitive German economy was booming--while many of the economies of southern Europe were structurally uncompetitive.

The political assumptions behind the creation of the European single currency have also failed to be realized. The rules and regulations meant to ensure the smooth operation of the euro were swiftly violated. In particular, the Stability and Growth Pact, designed to prevent countries from running excessive budget deficits by threatening them with automatic fines, was essentially junked in 2003, when it became clear that France, Germany, Italy and Portugal all faced fines. Rather than the euro leading to deeper political union, it became apparent that European leaders were unable and unwilling to live with even the minimal common budgetary rules they had created.

European federalists argue the game is far from over. In Brussels, it is common to note that European unity has only advanced in moments of crisis. According to this theory, the current debt imbroglio within the euro area is finally forcing European countries to take decisive steps toward political union. The agreement of a new fiscal pact at a Brussels summit earlier this year is cited as evidence that the drive toward political union has resumed under the pressure of the crisis. The pact once again commits European nations to balancing their budgets, under pain of fines. But this time, the necessary provisions are to be written into domestic law--and to be policed much more efficiently by the European Union.

Believers in "ever closer union" argue the steps outlined in the fiscal pact are just the beginning. Over the next decade, they hope and believe Europe will finally agree to the issuance of common debt--otherwise known as Eurobonds. In return for agreeing to this step, the most powerful economies in Europe--particularly Germany--would demand decisive steps toward political union. In effect, the likes of Greece and Italy would trade sovereign control over their national budgets for the full backing of Germany's economic might.

It could happen. But it seems very unlikely. **This federalist analysis of how Europe will escape its debt crisis through the creation of a political union repeats and magnifies the original error made in the development of the European single currency. This mistake is to underestimate grievously the strength of national identity in the countries that make up the European single currency. Under economic and political pressure, these nationalist sentiments are actually rising--making it harder and harder for European politicians to agree to profound steps toward political union.**

In domestic politics across Europe--in both creditor and debtor nations--leaders are experiencing a backlash against the European project and the further sacrifices of national sovereignty it is demanding. In Greece, parties of the Far Left and the nationalist Right have been gaining ground at the expense of the mainstream parties that led the country into its current parlous state. Even in Spain, where mainstream centrist parties continue to hold power, the traditionally pro-European Popular Party, now that it is in

government, is taking an increasingly defiant attitude toward the budgetary strictures emanating from Brussels.

The trend toward less "pro-European" national politics is also visible in the creditor countries--those mainly northern European nations that have been called upon to bail out the southern Europeans. In the Netherlands, polls indicate a slump in support for the traditional mainstream, pro-European parties and a surge in support for the much more Euroskeptic parties of the Far Left and Far Right. This is hardly surprising, given that the Netherlands is under pressure to cut its own budget--even as it comes to the financial aid of Greece, Portugal and the others. In Finland, the nationalist True Finns have exerted enormous pressure on the government to take a hard line in European negotiations.

And in Germany--which is central to any resolution of the crisis--the government is very wary of committing itself to further bailouts or Eurobonds. Despite coming under intense international pressure to concede on these issues--from the United States as well as from the rest of Europe and the IMF--the Merkel government knows it is vulnerable to a public backlash, as well as to a challenge in Germany's constitutional court. It turns out that German taxpayers, who were willing to pay huge subsidies to support the reconstruction of eastern Germany, are much less willing to subsidize Greeks or Italians. **It is not just that southern Europeans are not fellow countrymen. It is also that there is no way of ensuring the German taxpayers' money is spent properly.** When a leaked German paper suggested that Greek economic and budgetary reforms should be overseen by a supervisor from Brussels (or Berlin), the very idea provoked an angry political backlash in Greece.

In this negative political climate, it is entirely likely that Europe's new fiscal pact will not be ratified and will never come into force. Even if it does, many economists regard it as ineffective and possibly counterproductive. The hopes of European federalists that it will be the foundation for a much deeper political union also seem delusory and utopian, given the backlash against the whole European project across the EU.

If European political union is not a practical way out of this crisis, what is likely to happen? Two possible futures beckon. The first is that, like an unhappy marriage, the union persists--even though it is clearly not working. In this scenario, southern Europe undergoes years of austerity, which drives the economies of countries like Greece, Spain and Italy into a depression. While there can be no doubt that all three countries might ultimately benefit from the labor- and product-market reforms being forced through, the transition to a new economy could be long and painful. Youth unemployment in Spain has already reached 45 percent. Although the official figures may mask a lot of employment in the black economy, prospects for young people across southern Europe are bleak. Given these realities, the potential for political radicalization is obvious.

This leads to the second possible scenario. Under these circumstances, new political parties come to power across Europe--and break with the European project as currently constituted. To function, the European Union has required a political consensus among the governments of the major European countries (and frequently the minor ones as well, given the need for unanimity on many subjects). Consensus has been achieved through peer pressure and because almost all governments were in the hands of the Center-Left or the Center-Right.

In a new political climate, this pro-European consensus could well shatter, and core policies of the EU could be challenged and begin to unravel. The most obvious and important pressure point is the euro. A prolonged depression in southern Europe could lead to some countries deciding to pull out of the euro--and to repudiate their debts. Such a course would severely threaten the financial systems of the countries involved and risk a banking crisis across Europe. But desperate times may lead to desperate measures.

It is also likely that other agreed aspects of the European project (the *acquis*, in Brussels-speak) will come under challenge. Immigration, particularly from the Muslim world, has become a hot-button issue for many of the parties that also are hostile to the European Union. If the crisis spurs an increase in migrant

flows within Europe at a time of rising unemployment, that would probably increase pressure on governments to withdraw from the EU agreement on the free movement of labor. Since the right to live and work anywhere within the EU is one of the Union's cherished "four freedoms," such a political attack would be a severe blow.

Another blow could come from the challenge financial pressure poses to free-market orthodoxy. This threat is likely to gather force in a depressed EU, which was constructed upon the foundational philosophy of a single market. If the French begin to subsidize basic industries again or restrict the activities of investment banks based in London--both of which are entirely plausible scenarios--the EU's powers would be under direct challenge.

What is unfolding in Europe is a tragedy of good intentions. For entirely honorable reasons, European leaders attempted to construct a political and currency union. For many years, this project advanced steadily, to the benefit of Europe and the world. But, faced with a severe economic crisis, the inherent flaws in the European project have been brutally exposed. Above all, the extremely fragile political legitimacy of the European Union has become apparent. Pace Chancellor Merkel, something called the EU will probably survive the current crisis. But even if it does, it will be a shrunken, diminished and chastened organization.

This article originally appeared at [The National Interest](#), an Atlantic partner site. Follow [@TheNatlInterest](#) on Twitter.

This article available online at:

<http://www.theatlantic.com/international/archive/2012/04/disunion-why-europes-best-chance-for-survival-is-to-break-apart/256440/>

Copyright © 2012 by The Atlantic Monthly Group. All Rights Reserved.

Why the Euro Isn't Worth Saving

The Atlantic, 20th April, 2012 By Matthew O'Brien

A currency union for states this wildly different turns the most important economic lessons from the 20th century on its head.



Pop quiz, hotshot. You're the prime minister of Spain. It's 2005. Unemployment is at a [two-decades low](#). Housing prices are booming. You're worried that they might be booming too much. You want to put a brake on the economy. You also hope to build up a rainy day fund for any possible bust. How big a budget surplus should you run?

If you've been following the biggest economic debate the past half century, you might think this question is besides the point. Haven't we learned that monetary policy, not fiscal policy, is the best way to manage the economy -- with the possible exception of when short-term rates are at zero? We have. But the irony of Europe is that a defective currency union reverses this logic. When one central bank sets interest rates for different countries with different economic needs and different budgets, it's fiscal policy that matters most. There's no other way to stabilize the economy.

Welcome to life in a suboptimal currency area. After all, countries that share a currency also share monetary policy. If they don't share fiscal policy too -- that is, there is no centralized treasury -- they can get into trouble. Just ask Europe. But as [Christian Odendahl](#) at *The Economist* points out, this also means that each *individual* country's fiscal policy becomes a much, much more important economic tool than it would otherwise be. Let's think about why this is, and what it says about the future of the euro.

As previously mentioned, monetary policy is usually the first, best, and only policy tool to stabilize the economy. It's quicker and more efficient than government spending. (Anything that cuts out Congress is usually a good idea). But all of that changes when it comes to the ECB. At best, the ECB runs a one-size-fits-one policy. Interest rates make sense for Germany, but not really for anybody else. At worst, the ECB runs a one-size-fits-none policy. Interest rates don't make sense for anybody: They're too low for Germany, but too high for Spain. So, rather than stabilizing the economy, monetary policy actually *destabilizes* the economy. The booms and busts both get bigger. It's left to each country to use government spending to temper both.

Which brings us back to our original question: How big should Spain's surpluses have been during its housing bubble days? In retrospect, they should have been huge. The logic is that less government spending would have helped cool its overheated economy. The bubble might not have been quite as bad. But only quite. And, again,

this was necessary *because* of the euro. Spain couldn't just raise interest rates to slow down its economy because Spain couldn't raise interest rates.

It shows us how unworkable the euro is in its current form. Not that the crisis hasn't already shown us that many times over. It would have required something approaching inhuman clairvoyance -- or at least [Michael Burry](#)-level clairvoyance -- for Spain to have run "big enough" surpluses in the mid-aughts. If Spain's government had been that prescient, they may as well have shorted themselves. Now, I'm being a bit facetious, but let's remember: this wouldn't have "saved" Spain. Even counter-cyclical fiscal policy during the boom only would have ameliorated the subsequent slump. Spain would still have a competitiveness problem today. Unemployment would almost certainly still be disastrously high.

I'm not breaking news when I tell you that Europe doesn't have the institutions it needs to make the euro work. If it did, there wouldn't be a crisis. Unfortunately, Europe's leaders aren't making much progress on these larger issues. People often say that the costs of a euro breakup would be astronomically high. They are certainly right. But the costs of living with the euro? They're already [astronomical](#).

This article available online at:

<http://www.theatlantic.com/business/archive/2012/04/why-the-euro-isnt-worth-saving/256006/>

Copyright © 2012 by The Atlantic Monthly Group. All Rights Reserved.

Vera Lengsfeld : Wund fürs Leben

Kürzlich starb Knud Wollenberger. Damit endet eine der letzten großen Stasi-Tragödien der untergegangenen DDR: Die Geschichte des Mannes, der seine Frau Vera Lengsfeld verriet. Kann diese ihm verzeihen?

- Von: Christoph Dieckmann
- 28.04.2012 - 16:16 Uhr



© Uwe Zucchi/dpa Vera Lengsfeld

Anfang Februar erschien in der *Berliner Zeitung* eine Todesanzeige. Im Alter von 59 Jahren sei Knud Wollenberger seiner schweren Krankheit erlegen. Das Begräbnis habe in Irland stattgefunden, auf einem Naturfriedhof, im Freundes- und Familienkreis. »Und eine schwarze Sonne leckt die letzten Strahlen.«

Der Reporter hat dem Toten etwas zu verdanken: den Entschluss zur Ignoranz der eigenen Stasi-Akte. Der Fall Wollenberger bewegte 1992 Ost und West. Er illustrierte die Warnung von Jürgen Fuchs, die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit enthielten ein »Auschwitz der Seelen«. Knud Wollenberger alias »IM Donald« hatte die eigene Frau bespitzelt. Fortan stand die DDR-Widerständlerin Vera Wollenberger, nunmehr bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete, im Rampenlicht des medialen Stasi-Theaters. Hier war ausnahmsweise das Opfer, nicht der Täter, prominent. Das Ehepaar wurde sofort geschieden; ein Trennungsjahr sei nicht zuzumuten. Die beiden Söhne verblieben bei der Mutter. Vera Wollenberger nahm ihren Mädchennamen Lengsfeld wieder an. Bald, hieß es, verfilme Hollywood die Geschichte – mit Meryl Streep.

Wie für ein Drehbuch beschrieb im Spiegel Jürgen Leinemann den Schurken, der »sich, seinen Hut tief ins Gesicht gedrückt, an den Hauswänden entlangdrückt – armes Schwein. Knud Wollenberger ist ein sanfter, zerbrechlich wirkender Mann. Ein struppiger Vollbart verbirgt sein jugenhaftes Gesicht. Seine braunen Augen starren dem Frager stets gerade ins Gesicht. Aber wer dem Blick standhält, blickt in tote Knöpfe, gruselig.« Grusel erzeugte auch Leinemanns Gebaren. In ihrer Autobiografie Von nun an ging's bergauf erinnert sich Vera Lengsfeld an »das Glänzen in den Augen, die plötzliche Spannung in seinem Körper, als er sich vorbeugte und mit bedeutungsvollem Unterton fragte: ›Ist es möglich, dass Ihr Sohn IM gewesen ist?‹ Leinemann konnte nicht ahnen, wie nahe er in diesem Moment einer Ermordung war.«

Das ist nun zwanzig Jahre her. 1996 registrierte man Vera Lengsfelds Übertritt zur CDU, danach ihr Ja zur bewaffneten Außenpolitik. 2005 schied sie nach 16 Jahren aus dem Bundestag. Im Wahlkampf 2009 drohten die Parteifreundinnen Lengsfeld und Merkel mit offensiven Oberweiten: »Wir haben mehr zu bieten.« Das reichte nicht. Die parteisoldatische Fügsamkeit der Christdemokratin Lengsfeld war ohnehin unterentwickelt. Derzeit ist sie freischaffende Autorin. Jüngst focht sie für Joachim Gauck. Oft schien es, als bekämpfe hier ein ideologisches Naturell bis zum jüngsten Tag die tote DDR. Vielleicht, so dachte man, blieb das die nötige Konstante nach dem großen Verrat.

Lässt der sich je verwinden? Gar verzeihen? Fragen wir doch selbst.

Vera Lengsfeld empfängt freundlich in ihrem Pankower Dachgeschoss. Ringsum Licht, Kunst, Harmonie. Sie kocht Kaffee. Lebendig erzählt sie von Thüringen, von Sondershausen, wo sie 1952 geboren wurde und noch heute das Anwesen der Familie bewohnt. Aufgewachsen ist sie in Berlin-Lichtenberg, am Hendrichplatz. Jüngst zeigte das der MDR, in Thomas Grimms Film Stasikinder: Vera vor sozialistischen

Neubaublocks. Vera spielt Hopse. Vera bei der Jugendweihe, vom Vater gefilmt. Das Nein zur SED-Macht wurde ihr nicht an der Wiege gesungen. Vater Lengsfeld war Major der Staatssicherheit, wie die Tochter spät erfuhr. Mein Vater sprach nie über seinen Beruf, sagt Vera Lengsfeld. Es gab ein Dogma: Stell keine Fragen.

Aber das lässt sich ein Kind doch nicht bieten.

Doch. Bei meinen Freundinnen war es auch so.

Franz Lengsfeld unterstand zwei Mächten. Er gehörte zum militärischen Abwehrdienst, der zunächst der Nationalen Volksarmee, später dem Ministerium für Staatssicherheit eingegliedert wurde. Vera war 17, als sie die Wahrheit erfuhr. Ich sehe mich noch heute im Schlafzimmer meiner Eltern stehen, sagt sie. Die Sonne scheint herein, ich bürste Vaters Uniform aus. Ein Klappausweis fällt mir entgegen ... Der totale Schock.

Was war die Stasi für Sie? Schmutzdelig?

Ja. Ja. Und ich bin bis heute froh, dass mein Vater bei der militärischen Abwehr war. Da weiß ich wenigstens, dass er mit den Typen, die mich drangsalierten, nichts zu tun hatte.

Bei Knud glaubte sich Vera der DDR schon halb entkommen

Es gibt ein Foto vom 7. Oktober 1969, dem 20. Jahrestag der DDR: Vera mit Freundin Nadia auf dem Berliner Alexanderplatz, umarmt von einem Eisbären. Die beiden Teenie-Perlen lächeln listig in die Kamera. Nadias Vater war stellvertretender Berliner Stadtkommandant, ein doppelmoraliger Genosse von Weib & Trunk. In seinem Keller befanden sich Kühlschränke voller Bananen: Nahrung für etliche Affen, die der Kommandant bei einem Vietnam-Besuch geschenkt bekommen hatte. Die Mädchen bedienten sich, doch Vera fand es unanständig, dass Affen bekämen, was DDR-Bürgern vorenthalten blieb. Derlei unsozialistische Impressionen erzählte sie daheim und bekam zur Antwort: untypisch. Einzelfall.

Gab es Konflikte?

Wahnsinnig. Als ich mit 17 begann, mich von der DDR abzuwenden, hatten wir ganz schreckliche Diskussionen. Trotzistin! hieß das schlimmste Schimpfwort meines Vaters. Du weißt doch, was mit Trotzisten passiert: Rübe runter! Meine Mutter war Lehrerin und viel früher kritisch als mein Vater. Die sagte: Mit diesem Bildungssystem von Frau Honecker züchten wir uns Idioten heran.

Zwecks sozialistischer Festigung der Tochter reisten die Eltern mit ihr 1969 nach Moskau und Leningrad. Diese Sowjet-Exkursion bewirkte das Gegenteil. Vera erlebte die himmelweite Distanz des realen vom gepredigten Sozialismus und erfuhr von 17 Millionen Toten des Stalinschen Terrors. 17 Millionen – so viele Menschen lebten in der DDR. Sie stellte sich vor, die alle wären tot. Und fragte sich, warum die Arbeiterklasse, an die Macht gekommen, ihre eigenen Freiheitsforderungen missachtete. Dennoch wurde Vera als Geschichtsstudentin SED-Mitglied. Halb zog man sie, halb sank sie hin, aus Karrieregründen. Aber sie maß die DDR-Realität an der Ursprungsvision. Allmählich geriet sie in dissidente Kreise. Im Februar 1980, nach gescheiterter erster Ehe, lernte sie Knud Wollenberger kennen und mit ihm eine andere Welt. Bei Wollenbergers, sagt Vera Lengsfeld, war man der DDR schon halb entkommen.

Das Villengrundstück in Berlin-Buch. Und was für eine Familie, verstreut von Amerika bis Israel. Die Mutter Dänin, der Vater Albert Wollenberger ein Biochemiker von Weltrang, Jude, Kommunist. 1937 floh er in die Schweiz und emigrierte in die USA. Seine Tante Helen Ducas war die Sekretärin Albert Einsteins, der für den Einwanderer bürgte. Anfang der fünfziger Jahre, in der McCarthy-Ära, verließ Wollenberger das Land und ging in die DDR – via Dänemark. In Kopenhagen wurde 1952 sein Sohn Knud geboren, der somit dänischer Staatsbürger war und als DDR-Bewohner Reisefreiheit genoss. Auf väterliches Verlangen studierte er Mathematik, doch eigentlich sah er sich als Dichter. Die Schattenseiten

des Regimes blieben ihm erspart. Als er Vera Lengsfeld traf, war sie diplomierte Philosophin und SED-Genossin. Beide arbeiteten an der Akademie der Wissenschaften und wurden zwecks Kinderbetreuung ins Ferienlager Boltenhagen entsandt. An der Ostsee kamen sie sich näher. Knuds Heiratsantrag folgte alsbald.

Wir hatten einen Dissens, sagt Vera Lengsfeld. Ich wäre gern weggegangen aus der DDR, Knud als Jude sah sie als nötige Antwort auf Auschwitz. Seine jüdische Identität war ihm sehr wichtig. Ich sagte: Knud, ich heirate dich nur, wenn wir auf gleicher Ebene leben. Entweder wir gehen in den Westen, wo ich auch reisen kann. Oder du lebst mit mir wie ein DDR-Bürger in der DDR.

Sie haben ihm das Westreisen verboten?

Er hätte mich ja nicht zu heiraten brauchen. Ich wollte nicht mit jemandem leben, der Sachen machen kann, an denen ich keinen Anteil habe.

Am 6. Dezember 1980 wurde die Ehe geschlossen. Was Vera nicht wusste: Die Stasi hatte Knud Wollenberger bereits 1972 rekrutiert und zum internationalen »Kundschafter des Friedens« auserkoren. Nun wurde aus dem Auslands- ein Inlandsspion. Vera Wollenbergers Dissidenz verstärkte sich. Sie wollte das System nicht stürzen, sie weichte es von unten auf. Sie zählte zu den Begründern des Pankower Friedenskreises, sie engagierte sich gegen Rüstung, in Umwelt- und Menschenrechtsgruppen und für die »Kirche von unten« – Gatte Knud stets an ihrer Seite. Vera verlor ihre Arbeit, flog aus der SED und begann 1985 ein Theologiestudium am Ostberliner Sprachenkonvikt. Knud wurde Imker.

Es kam der 17. Januar 1988, die sagenumwobene Liebknecht-Luxemburg-Demonstration. Alljährlich gedachten Hunderttausend der 1919 ermordeten Sozialistenführer mit einem Gedenkzug von der Berliner Innenstadt zum Friedhof Friedrichsfelde. 1988 verunreinigten Dissidenten und Ausreisewillige diese Märtyrer-Wallfahrt der SED mit einem Spruchband-Zitat von Rosa Luxemburg: »Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.« Dutzende Oppositionelle wurden wegen »Landesverrats« angeklagt, so auch Vera Wollenberger. Die Staatsmacht offerierte langjährige Haftstrafen oder West-Ausreise. Letzteres wählten Stephan Krawczyk und Freya Klier. Bärbel Bohley und Werner Fischer verschwanden für ein halbes Jahr nach England, dann durften sie zurück. Vera Wollenberger ging mit ihren beiden jüngeren Söhnen als Studentin nach Cambridge. Am Morgen des 9. November 1989 kehrten Vera und die Söhne heim, im Winter besucht vom Gatten, der sommers in Berlin-Buch die 120 Bienenvölker betreute. Ich wäre in England geblieben, sagte sie. Aber Philipp, mein Ältester, wollte unbedingt zurück ...

Die DDR ging unter. Ursula Lengsfeld, die Lehrerin, trauerte ihr nach – nicht Veras Vater. Der war 1986 »aus gesundheitlichen Gründen« pensioniert worden. Ungesunderweise hatte er einen Dienstbefehl verweigert: den Bruch mit der Tochter. Als 1988 das *Neue Deutschland* Vera zur Staatsfeindin ausrief, kündigte Franz Lengsfeld dem SED-Regime seine Liebe und erklärte: Meine Tochter ist keine Kriminelle. Schwiegervater Albert Wollenberger schrieb ihr ins Gefängnis und gestand, einst sei er gegen diese Ehe gewesen, weil Knud eine Jüdin heiraten sollte. Später gab er sich schockiert über die Stasi-Zuarbeit seines Sohns. Solche Perversionen sei der Sozialismus nicht wert.

Frau Wollenberger, wurde Knud auf Sie angesetzt? Kamen Sie auf Betreiben der Stasi zusammen?

Das ist völlig ungeklärt, dazu hat er sich nie geäußert. Mit seiner Enttarnung wusste ich gar nicht mehr, warum er mich geheiratet hatte. Gewiss blieb mir nur, dass er ein hinreißender Vater war.

Wie hat er über Sie berichtet? Und wie generell?

Man merkt eine Tendenz, mich von Aktionen fernzuhalten. Das Irre ist, dass es kaum Sachen von Knud gibt. Seine IM-Akte ist weg. Er stand auf einer Liste von Leuten, deren Akte noch im Dezember 1989 vernichtet wurde. Knud wusste nicht, dass eine zweite Akte existierte. Als ich ein Fall für die Stasi-

Zentrale wurde, bekam Knud einen zweiten Führungsoffizier. Der ließ sich eine Handakte kopieren und verriet ihn nach der Wende.

»Seine Krankheit brach meine Versteinerung auf«

Hatten Sie nie einen Verdacht?

Ich fand in den Akten 49 IMs. Bei 48 hatte ich was gespürt. Es gab nur eine Überraschung: Knud.

Hätte er Ihre Ehe retten können?

Nach der Enthüllung? Dazu kannte er mich zu gut. Er sagte: Nun müssen wir uns wohl trennen.

Und wenn er zu DDR-Zeiten gestanden hätte?

Dann hätte ich dafür gesorgt, dass er's öffentlich macht. Ich kannte das Erpressungspotenzial.

Was wäre dann mit ihm passiert?

Keine Ahnung. Ich musste meinen Mitstreitern ja auch beibringen, dass ich 'ne Stasi-Tochter bin. Gestreute Verdächtigungen gegen mich kursierten, manche haben sie geglaubt, Bärbel Bohley bis zur Aktenöffnung. Dann konnte ich ihr sagen: Siehste, Bärbel, dicht daneben ist auch vorbei. Wütend war ich auf Freunde, die im Herbst 1991 vom »IM Donald« wussten und mich ahnungslos ließen.

Und dann rollte die Medienlawine. Ein Tsunami des öffentlichen Interesses, sagt Vera Lengsfeld. Was hatten die für einen Anspruch auf mich? Knud besaß kein Amt, kein Mandat. Das einzig Interessante war ich, doch ich wollte kein leidenspathetisches Opfer sein. Rita Süßmuth als Bundestagspräsidentin musste einen Bann um mein Grundstück verhängen und untersagen, dass man sich meinen Kindern nähert. Meine größte Angst war, dass ich sie verliere. Knud hatte sie ja betreut. Aber Jacob und Jonas entschieden sich für mich.

Knud Wollenberger fiel aus allen Bezügen. Er wurde entwurzelt, die Schande sein Ruf. Fotos zeigen einen durchgeistigten Poeten, der wie ein Luftgänger wirkt. Bei Slam-Poetry-Wettbewerben sei er ein geschätzter Autor geworden, sagt Vera Lengsfeld. Leider habe sie sein Dichten nie würdigen können; für sie ende die Lyrik mit Lenau. Knud habe außerdem Millionen verdient mit einem Startup-Unternehmen und Cyber Knife, einem Patent zur punktgenauen Operation von Krebs.

1998 erkrankte er schwer. MSA, multiple System-Atrophie. Allgemeines Systemversagen, eine Art galoppierender Parkinson. Die Ärzte prophezeiten Knud, binnen eines halben Jahres werde er im Rollstuhl sitzen. Es dauerte länger.

Ziehen Sie eine Verbindung zwischen Krankheit und Spitzelei?

Davon bin ich fest überzeugt. Organische Ursachen wurden nie gefunden, es gibt da auch keine familiäre Tradition.

Waren Sie bei seiner Beerdigung?

Nein. Unsere Söhne waren dabei.

Wann sahen Sie Knud zum letzten Mal?

2009, bevor er nach Irland ging. Seine zweite Frau wollte ihn in einem anderen Land.

Was ist aus dem Hollywood-Projekt geworden?

Das habe ich abgeblasen. Das lief in Richtung absoluter Kitsch. Was geht die Öffentlichkeit meine Ehe an? Ich muss das schleppen, wie einen Buckel.

Im Jahr 2000 sandte Knud Wollenberger einen Brief, in dem er Reue zeigte und um Verzeihung bat. Sie wurde ihm gewährt. »Seine Krankheit brach meine Versteinerung ihm gegenüber auf«, schrieb Vera Lengsfeld 2002. »Er war ein Stasi-Spitzel, jetzt ist er der hilfsbedürftige Vater meiner Kinder.« Der Brief ist privat und soll es bleiben. Er enthält Versuche der Klärung: Knud bekannte, er habe Angst um seine Frau gehabt und sie durch Zusammenarbeit mit der Stasi schützen wollen. Das glaube sie ihm, sagt Vera. Außerdem sei Hass kein gutes Gefühl. Jonas Lengsfeld will nicht über seinen Vater reden, ist jedoch froh, dass er ihn noch wiederfand.

Frau Lengsfeld, können Sie je wieder vertrauen?

Natürlich, sonst hätte ja die Stasi gesiegt. Man soll weniger über die IM-Spitzel reden als über das System. In einer Demokratie ist es leichter, sich anständig zu verhalten. Aber ...

Aber?

Aber nicht jeder nutzt diese Chance.

- **Quelle:** [DIE ZEIT, 26.4.2012 Nr. 18](#)
- **Adresse:** <http://www.zeit.de/2012/18/S-Lengsfeld/komplettansicht>

Schuldenkrise

Frankreich vor dem Abstieg

F.A.S. 28.04.2012 · Die Wirtschaft ist zentrales Thema des Wahlkampfes in Frankreich: Die jungen Franzosen finden keine Jobs, die Industrie produziert zu teuer, das Staatsdefizit läuft aus dem Ruder: Unter den Ländern der ersten Liga in Europa ist Frankreich das Sorgenkind.

Von Ralph Bollmann und [Christian Siedenbiedel](#)



Beim wahren Luxus setzt Frankreich noch immer die Maßstäbe.

Es gab einmal eine Zeit, da war Frankreich das Land der großen Sehnsucht. Wer von gutem Essen sprach, der dachte an Gänsestopfleber aus dem Périgord und an Austern von der Atlantikküste, und als Weinbegleitung für ein solches Essen kamen ausschließlich französische Etiketten von der Champagne bis zum Bordelais in Frage. Die Mode wurde auf Französisch buchstabiert, ob es sich nun um Louis Vuitton handelte oder um Yves Saint Laurent.

Sorgenkind der ersten Liga

Auch technologisch schien das Land an der Spitze des Kontinentes, wenn nicht der Welt zu marschieren. Der TGV raste schon von Paris nach Lyon, als in Deutschland noch lokbespannte Intercity-Züge durchs enge Rheintal zuckelten. Und niemand dachte hierzulande ans Internet, als die meisten Franzosen bereits den Vorläufer Minitel nutzten.

Eine Woche vor der zweiten Runde der Präsidentenwahl ist von Bewunderung im europäischen Ausland wenig zu spüren. Unter den Ländern der ersten Liga in Europa gilt Frankreich schon als das Sorgenkind. Als der sozialistische Kandidat François Hollande im ersten Wahlgang besser abschnitt als Konkurrent Nicolas Sarkozy, da reagierten am nächsten Tag viele Anleger mit Verkäufen von Aktien und Anleihen. Bis zur Stichwahl am nächsten Sonntag sagen Analysten den Finanzmärkten eine „holprige Zeit“ voraus.

Wider den Spar-Taliban?

Hollande hat angekündigt, die Verträge zum europäischen Fiskalpakt neu verhandeln zu wollen. In den Statuten der Europäischen Zentralbank will er neben dem Ziel der Geldwertstabilität auch das der Wachstumsförderung etablieren - und über Eurobonds nachdenken, also über gemeinsame Staatsanleihen aller Euroländer, zumindest für einzelne Projekte in Europa.

Schon frohlockt man in Italien, unter Hollande werde Frankreich sich von der Seite Deutschlands lösen und ins Lager der südeuropäischen Länder vorstoßen. Lässt sich aus den Vorschlägen des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten wirklich ablesen, dass Frankreich dem deutschen „Spar-Taliban“, wie es ein Politiker formulierte, die Harke zeigen wird?

Klare Absage von Merkel

Bundeskanzlerin Angela Merkel reagierte auf jeden Fall verschnupft. „Es wird beim Fiskalpakt keine Neuverhandlungen geben“, wettete sie. Neue Schulden zu machen, um mit dem Geld das Wachstum zu

fördern, das halte sie für grundfalsch. Ein „Wachstum auf Pump“ werde es mit Deutschland nicht geben. Stattdessen sei eine Politik notwendig, die „Staaten wieder wettbewerbsfähig macht“ und so „Wachstum und Beschäftigung fördert“. Eine klare Absage.

Ist Frankreichs wirtschaftliche Lage wirklich so desolat, dass man sich jetzt schon im Kreis der Südländer besser aufgehoben fühlt als an der Seite des exportstarken und austeritätsverliebten Krisengewinners Deutschland?

Es stimmt: Vom alten Glanz ist wenig geblieben. Schnelle Züge fahren inzwischen auch andernorts in Europa, das Internet wird von amerikanischen Firmen dominiert. Internationale Weinfans decken sich längst auch mit spanischem Tempranillo und deutschem Riesling ein, der europaweit bekannteste Fernsehkoch Jamie Oliver ist - Gott bewahre! - ein Engländer. Und Leute, die „Liberté toujours“ früher über den Dächern von Paris suchten, finden sie heute eher in den Hinterhöfen der deutschen Hauptstadt, aus der auch die jüngeren Modetrends kommen.

Im internationalen Vergleich zu teuer

Tatsache ist aber auch: Frankreich ist immer noch die fünftstärkste Industrienation der Erde, in Europa steht es nach Deutschland klar an zweiter Stelle, sagt Henrik Uterwedde, Wirtschaftsprofessor und Vizechef des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg. Allerdings hat das Land seit der Euro-Einführung an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Das zeigt eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey, die Gewinner und Verlierer der Euro-Krise analysiert hat: Viele französische Produkte sind im internationalen Vergleich zu teuer geworden, das schwächt die französische Wirtschaft. Das Gegenteil dessen ist eingetreten, was sich der frühere Staatspräsident François Mitterrand von der Einheitswährung erhofft hatte.

„Frankreich hat eine starke Automobilindustrie und viele erfolgreiche Großunternehmen“, sagt Uterwedde. Mit ihren Kleinwagen sind Peugeot-Citroën und Renault-Nissan erfolgreich - auch wenn sie zuletzt besonders stark unter der Krise in Südeuropa litten. Minus sieben Prozent meldeten Peugeot und Citroën für den Absatz im ersten Quartal, minus 8,6 Prozent Renault. In Südeuropa liegt schließlich der klassische Exportmarkt der französischen Industrie, die dagegen in den dynamischen Schwellenländern Asiens und Südamerikas weniger präsent ist. Im Außenhandel erwirtschaftete das Land zuletzt 89 Milliarden Euro Defizit.

„Im Vergleich zu Deutschland fehlen große mittelständische Unternehmen, die Kärchers, Würths oder Stihls dieser Welt“, sagt Ökonom Uterwedde. Es mangle in Frankreich nicht an Unternehmensgründungen, wohl aber an Aufstiegsgeschichten „von der Klitsche zum Weltmarktführer“ - und an exportorientierten Betrieben jenseits der Großkonzerne oder gar auf dem flachen Land. „Die französische Wirtschaftspolitik ist nach wie vor von einer zentralistischen Staatsauffassung geprägt“, sagt Ökonom Uterwedde.

Mit 62 Jahren in die Rente

Anders als etwa im deutschen Streit um Opel steht es für französische Politiker aller politischen Richtungen außer Frage, dass der Staat aktive Industriepolitik im nationalen Interesse betreibt. Profitiert haben davon vor allem staatsnahe Branchen von der Atomindustrie bis zur Infrastruktur. Wo europäisches Wettbewerbsrecht im Weg steht, wird nach kreativen Lösungen gesucht. Während etwa der französische Veolia-Konzern der Deutschen Bahn östlich des Rheins eifrig Konkurrenz macht, hält sich die französische Staatsbahn SNCF Wettbewerber lieber vom Hals.

Egal, wie die Präsidentenwahl ausgeht: An dieser Idee wird sich nicht viel ändern. „Es gibt zwar eine Debatte über die Krise des französischen Modells“, sagt Cornelia Woll, Professorin an der französischen Kaderschmiede Sciences Po. „Aber die Rolle des Staates wird von niemandem grundsätzlich in Frage gestellt.“ Eine strikte Trennung der Karrieren wie in Deutschland gibt es nicht, sagt Woll, die auch am

Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung arbeitet. „Man wechselt regelmäßig zwischen Ministerien und Unternehmen hin und her.“ So ist es, seit der Sonnenkönig Ludwig XIV. vor dreihundert Jahren Chausseen und Manufakturen bauen ließ. Diese Rolle messen die Franzosen auch ihrem republikanischen Staatspräsidenten zu.

Den akuten Reformbedarf sieht Woll auf anderen Feldern, bei den Arbeitskosten und der Staatsverschuldung. Nach einer hartumkämpften Anhebung des Rentenalters um zwei Jahre können sich die Franzosen noch immer mit 62 Jahren zur Ruhe setzen. Auch viele Bereiche der Verwaltung sind überbesetzt, bei weniger Einwohnern leistet sich das Land einen größeren öffentlichen Dienst als Deutschland.

Hohe Neuverschuldung

Mit zuletzt 86 Prozent des Sozialprodukts ist die Gesamtverschuldung des französischen Staates kaum höher als in Deutschland, und das Bevölkerungswachstum lässt die künftige Pro-Kopf-Belastung eher sinken. Aber die Neuverschuldung war voriges Jahr mit 5,2 Prozent des Sozialprodukts enorm. Weil die französische Wirtschaft in der Finanzkrise nicht so stark einbrach wie die deutsche, legt sie nun keinen so dynamischen Wiederaufstieg hin. Und die Großbanken des Landes, die vom amerikanischen Crash weniger getroffen wurden, leiden unter der europäischen Schuldenkrise umso mehr - aufgrund ihres starken Engagements in Griechenland.

Reformen nach deutschem Muster wären dringend erforderlich, findet auch Ökonom Uterwedde: „Die Staatsquote ist in Frankreich sehr hoch.“ Während Deutschland in den vergangenen zehn Jahren durch Lohnzurückhaltung und Pakte für Wettbewerbsfähigkeit in den Unternehmen seine Position verbessert habe, fehle in Frankreich eine solche Entwicklung. „Die Unternehmensteuern und die Lohnnebenkosten gehören zu den höchsten in Europa.“

Besser nicht mit Merkel sehen lassen

Vom deutschen Vorbild will allerdings auch Amtsinhaber Nicolas Sarkozy nicht mehr viel wissen. Nachdem er zum Jahreswechsel den Hartz-Reformer Gerhard Schröder ins Elysée lud und mit Angela Merkel in den Wahlkampf ziehen wollte, mag er sich mit der Kanzlerin im Inland nicht mehr sehen lassen.

Als ein Land, das kurz vor dem Abgrund steht, wollen sich die Franzosen trotz allem nicht sehen. Mit einem gewissen Recht, sagt Christian Melzer, Frankreich-Experte der Dekabank in Frankfurt: „Die Franzosen sind nicht die Griechen.“ Es gebe in Frankreich strukturelle Probleme, aber die Lage sei nicht vergleichbar mit den Peripheriestaaten: „Das Geschäftsmodell Frankreichs muss verbessert, aber nicht grundsätzlich neu aufgestellt werden.“

„Frankreich schafft das schon“

Dass Frankreich viel besser dasteht als Italien, Spanien, Portugal oder gar Griechenland, zeige auch der Blick auf die Beschäftigungslage. „Die Arbeitslosigkeit in Frankreich liegt bei 10 Prozent – in Spanien aber bei 24 Prozent“, sagt Bankenvolkswirt Melzer. „Das ist eine ganz andere Welt.“ Ein großes Problem sei allerdings die hohe Jugendarbeitslosigkeit. „Anders als in Deutschland spielt die duale Ausbildung keine große Rolle, nach Schule und Ausbildung haben die jungen Leute noch kein Unternehmen von innen gesehen - das erschwert den Einstieg.“ Trotzdem: „Frankreich schafft das schon“, sagt Melzer. Das Land habe „genug Potential zum Konsolidieren“. Um die Neuverschuldung in zwei bis drei Jahren unter die Grenze von drei Prozent des Sozialprodukts zu drücken, müsse der künftige Präsident rund 50 Milliarden Euro zusammenkratzen. „Das ist für eine große Volkswirtschaft ein realistisches Ziel.“

Selbst dann wird Frankreich vermutlich immer noch Frankreich sein. Und beim wahren Luxus die Maßstäbe setzen: Da ist der französische Konzern LVMH noch immer Weltmarktführer.

The French reaction to our cover

Is The Economist anti-France?

The Economist Elysée Apr 27th 2012, 12:44 by S.P. | PARIS

ON FRENCH radio this morning, Michel Sapin, François Hollande's head of policy, accused *The Economist* of being “anti-French and anti-Socialist”, after this week’s cover.

A few quick thoughts. The first is to wonder what Mr Hollande would have made of an *Economist* cover that called him the best thing for France. To be associated with an economically liberal newspaper is not an obvious vote-winner for a candidate in a market-hostile country like France.

For example, I'm not sure that Manuel Valls appreciated being [singled out](#), among the Socialist presidential candidates, for having the courage to say how tough things are likely to be for the new president in an article I wrote last August ahead of the party primary.

I would also point out to French readers that, as far as I know (these things get decided in London), the reason that the editor chose to put the word "dangerous" on the cover was as a humorous *clin d'oeil* at the first words that Mr Hollande [pronounced](#) when he turned up in London on the campaign trail: “I am not dangerous”.

Our [leader](#) gives Mr Hollande credit where it is due, stating:

With a Socialist president, France would get one big thing right. Mr Hollande opposes the harsh German-enforced fiscal tightening which is strangling the euro zone’s chances of recovery.

It goes on to argue that the danger is not that Mr Hollande is pushing a growth agenda in Europe, which *The Economist* has also called for. It is rather that:

...unlike, say, Italy’s Mario Monti, Mr Hollande’s objection to the compact is not just about such macroeconomic niceties as the pace of fiscal tightening. It is chiefly resistance to change and a determination to preserve the French social model at all costs. Mr Hollande is not suggesting slower fiscal adjustment to smooth the path of reform.

Finally, it is worth recalling that *The Economist* has run some pretty harsh covers about non-Socialists in France, including both Nicolas Sarkozy ([The incredible shrinking president](#)) and his predecessor, Jacques Chirac ([Liberty, equality, impunity?](#)).

Thanks to a dig into the archives by an intern in London, I’ve been taking a look at what we have said ahead of previous presidential French elections (of which more, I hope, in another post). In 1981, we endorsed Valéry Giscard d’Estaing, the conservative incumbent, against François Mitterrand, his Socialist challenger, chiefly out of worries about Communists and the “Marchais connection”.

But in 1988, *The Economist* strongly backed Mitterrand for re-election, over both Mr Chirac and Raymond Barre. We “would welcome another spell of Mr Mitterrand”, we said, adding that he was “the best of a good bunch for France”

April 26, 2012, 4:40 p.m. ET

Elections Shift Tone on Euro

By **STEPHEN FIDLER**

The political complexion of the euro zone is changing. Countries are peeling away from the German-led coalition promoting the austerity agenda that has so far dominated the euro zone's approach to its debt crisis.



Associated Press

Italy's Mario Monti, left, receives a bell from Silvio Berlusconi after Mr. Monti's November swearing-in.

The austerity coalition lost a strong supporter this week with the collapse of Mark Rutte's government in the Netherlands. Last month, junior partner Slovakia stepped out after a Socialist election victory. Germany is left with Finland (and tiny Slovenia) on its shrinking team.

On the other side, the deterioration in the euro-zone economy has provided ammunition for those arguing that a shift in course is needed. The dissidents have also found a voice with the replacement in November of Silvio Berlusconi by Mario Monti as Italian prime minister. Mr. Monti, a respected economist, can lecture his counterparts about the drawbacks of a diet of austerity without being suspected, as his predecessor was, of shirking on his commitments.

Euro Zone by the Numbers

The 17-nation euro zone is a collection of countries with vastly different economic profiles. See how they stack up on the major measures.



Life in the Euro Zone

Hear six families—from Greece, Spain, France, Germany, Italy and the Netherlands—tell their stories.



Euro Zone Crisis Tracker

See economic, political and markets news from across Europe as governments and financial institutions deal with the continuing debt crisis.

Election after election over the past 15 months has thrown out incumbents. In France, next month socialist François Hollande is favored to succeed Nicolas Sarkozy in the Élysée Palace. On key decisions, Mr. Sarkozy has usually followed the line of German Chancellor Angela Merkel.

"The periphery has been strengthened at a time when the north has been weakened," says Mujtaba Rahman, an analyst with Eurasia Group in New York. "Monti has proven capable of credibly articulating the difficulties of pro-cyclical adjustment in the south, while the German alliance has been weakened by developments in the Netherlands and the emergence of Hollande."

These developments have already shifted the rhetoric of the euro-zone economic debate. A host of luminaries, including Ms. Merkel and European Central Bank President Mario Draghi, have begun to sing from the growth song sheet in an apparent effort to reduce the rhetorical divide between them and Mr. Hollande.

"Germany can't decide alone for the whole of Europe," Mr Hollande said in a TV show. "Many countries are waiting for France's decision...the election will mark a turnaround in Europe."

The big question though is whether this change in tone will lead to a fundamental change in euro-zone policy. And there are a lot of reasons to suggest it won't, or, if it does, only very slowly.

In the first place, how would policy change? In a speech in Brussels on Thursday, Mr. Monti emphasized that the current prescription—budget cuts with structural reforms aimed at easing the way for more jobs and investment—"will never deliver growth."

"All the reforms that we are putting in place are not creating growth, they are deflationary," he said, adding "we need demand to be there." He said he wasn't proposing "old-style Keynesian" deficit spending that would provide an "ephemeral" spur to demand, but instead an increase of "private, private-public or just public" investment, for example, in infrastructure.

It isn't clear how this would occur in practice. Germany may be losing allies but it remains the euro zone's political and economic hegemon. Growth rhetoric aside, Ms. Merkel has shown no sign she intends to shift the current course.

Beyond that, German policy has already hard-wired austerity into the euro-zone structures and into legislation across the bloc in changes introduced since the debt crisis's onset. Slovakia and the Netherlands may change governments but their pledges to keep to the new budget rules remain.

Germany may, at some point, be so confident about the new fiscal rules that it will be willing to contemplate more radical measures, such as the common issuance of euro-zone bonds. But it won't do that if the new fiscal framework it has fought for melts down in its first year of existence.

National governments could also boost investment spending. But not many governments have room to expand overall expenditures. And shifting spending to investment from other programs has not proved easy.

Germany has the budget capacity to raise spending, but has shown no will to use it. The signals from Mr. Hollande's camp suggest that he wouldn't embark on a spending spree either—and would risk paying the price in sharply higher government borrowing costs if he did.

Swept Away

Voters have brought new leaders to power over the past year

IRELAND February 2011: The coalition government of Enda Kenny takes over from coalition government led by Fianna Fáil's Brian Cowen

PORTUGAL June: Center-right government of Pedro Passos Coelho takes over from Socialist José Sócrates

GREECE November: Lucas Papademos, a technocrat who had served as governor of the Bank of Greece and the vice president of the European Central Bank, takes over from Socialist George Papandreu

ITALY November: Mario Monti, a technocrat who had formerly served as a European Union commissioner, takes over from Silvio Berlusconi

SPAIN December: Center-right government of Mariano Rajoy takes over from Socialist José Luis Rodríguez Zapatero

SLOVAKIA March 2012: Socialists led by Robert Fico overturn center-right coalition

NETHERLANDS April: Center-right coalition of Mark Rutte falls

FRANCE May 6: Socialist François Hollande leads in polls over incumbent Nicolas Sarkozy in second round of presidential election

GREECE May 6: Parliamentary elections are to be held to choose a successor to Papademos

WSJ research

The issue is not whether Mr. Hollande "will make a sharp leftward turn in economic policy," said Nicholas Spiro of Spiro Sovereign Strategy. "He almost certainly won't—and can't. Rather, it is how emboldened he will feel to challenge Germany and the ECB at the cost of fanning concerns about France's credit-worthiness."

There's another possibility: Boost EU investment spending.

But the scope for that also appears limited. European Commission proposals to boost its own budget have been shouted down by big national contributors. Reorganizing spending so it spends less, say, on farm subsidies and more on infrastructure looks politically impossible.

Commission proposals to boost the capital of the EU's own European Investment Bank so it can lend more will first have to overcome resistance from countries like Germany and the U.K. that guarantee most of the lending. In any case, it's unlikely to be large enough to change the euro zone's economic trajectory.

Bottom line: Policy changes seem unlikely soon. The changing political constellation "will only change the tone, not the content, of crisis management," says Mr. Rahman of Eurasia Group. "But it will make crisis management more acrimonious."

—*Matina Stevis contributed to this article.*

Write to Stephen Fidler at stephen.fidler@wsj.com

A version of this article appeared April 27, 2012, on page A10 in some U.S. editions of The Wall Street Journal, with the headline: Elections Shift Tone on Euro.

Hollandes scharfe Töne

FAZ Kommentar 27.04.2012 ·

Der französische Präsidentschaftskandidat François Hollande stichelt eine Woche vor der Wahl gegen Deutschland. Er will das Rad der Zeit zurückdrehen.

Von [Holger Steltzner](#)



© dpa

„Es ist nicht Deutschland, das für die Gesamtheit Europas entscheiden wird“: François Hollande will über den Fiskalpakt neu verhandeln

Die scharfen Töne des wahrscheinlich nächsten französischen Staatspräsidenten zum Fiskalpakt sind mehr als nur Wahlkampf. **Dazu macht François Hollande zu klar, dass ihm in Europa die ganze Richtung nicht passt. Er will das Rad der Zeit zurückdrehen. Anpassungen von Strukturen und Verhaltensweisen unter dem Druck einer globalisierten Wirtschaftswelt lehnt er ebenso ab wie den Freihandel.**

Der Sozialist suggeriert dem Wahlvolk, dass Frankreich unter seiner Führung von den Stürmen der Globalisierung verschont bliebe. Die Schulden, die Jugendarbeitslosigkeit, die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie, der fehlende Mittelstand, die Schwächen in der betrieblichen Ausbildung, die höchste Staatsquote aller Euroländer, die hohen Steuern und Sozialabgaben sowie der aufgeblähte Staatsapparat waren kaum ein Thema im Wahlkampf. Um so mehr Hollandes Pläne für eine Einkommensteuer von 75 Prozent für hohe Einkommen und die Rückkehr zur Rente mit 60.

Als Präsident wird sich Hollande wie sein Vorgänger um ein gutes Arbeitsverhältnis zur Bundeskanzlerin bemühen - wie auch umgekehrt. Aber nach Merckels offener Wahlkampfhilfe für den Präsidenten Nicolas Sarkozy (das gepriesene Vorbild Deutschland hat wohl mehr geschadet als genutzt) wird künftig das deutsch-französische Verhältnis weniger harmonisch sein und das Konfliktpotential größer.

Hollande will den gerade erst von den Staats- und Regierungschefs beschlossenen Fiskalpakt neu verhandeln; er droht sogar mit Blockade (was Frankreich allein nicht vermag). Mit seinem Ruf nach mehr Wachstum trifft er aber einen Nerv.

Manche Politiker wollen den Leuten noch immer weismachen, mit Eurobonds zur Finanzierung von Autobahnbrücken ins Nirgendwo könne man dauerhaft Arbeitsplätze schaffen. Dabei hat Euroland doch erlebt, dass künstliches Wachstum auf Pump ins Verderben führt. Auch ist es nicht so, dass wegen des Fiskalpakts in Europa die Sparwut ausgebrochen wäre. Durch ihn soll nur das Ausmaß der Neuverschuldung sinken. Hinter dem nur scheinbaren Gegensatz von Austerität und Wachstum verbirgt sich eine mechanistische Vorstellung von der Wirtschaft. Als könnten Politiker wie auf einer Menükarte den gewünschten Wachstumswinkel und den dazu passenden Verschuldungsgrad auswählen.

In der Eurokrise fehlt es nicht an Geld, das spendet überreichlich die Notenbank. Es fehlt an Vertrauen. Da kommt Ludwig Erhard ins Spiel, denn der wusste: Wirtschaft ist zur Hälfte Psychologie.

France's presidency

The man of the moment

François Hollande looks very likely to become France's next president. What will he bring to the job?

The Economist Apr 28th 2012 | *PARIS* | from the print edition

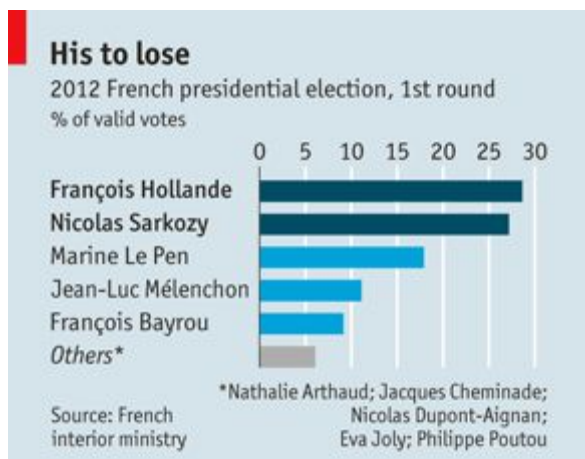


MOST of François Hollande's political career has been marked by disappointment. He did not get a ministerial job under François Mitterrand, in 1981-95, nor when the Socialists ran the legislature in 1997-2002. As party leader, he oversaw two presidential defeats on the trot: in 2002 Lionel Jospin failed even to make it into the second-round run-off; five years later, Ségolène Royal, his own partner at the time, was trounced by Nicolas Sarkozy.

Now, however, barring a spectacular upset, Mr Hollande looks set to become president himself. It is a remarkable moment, both for the man and his party. Since the second world war, the Socialists have put only one other leader in the Elysée palace. Last time they won a presidential election Ronald Reagan was in the White House and Mikhail Gorbachev in the Kremlin. Although a disconcerting number of Mr Hollande's associates date from that time, the younger members of his campaign staff were in primary school. They have never danced the streets in victory, and their feet itch.

For Mr Hollande, winning would bring an end to three decades of lurking in the shadows of power, from his early days as a staffer at the Elysée for Mitterrand to his 11 years at the head of the Socialist Party. Since leaving that post in 2008 he has been chairing local-government meetings in Corrèze, a tiny department of 249,000 people in the rural heart of France (and, coincidentally, the one-time fief of a former president, Jacques Chirac). When Mr Hollande launched his own bid for the presidency last year no one took it seriously.

But last May Dominique Strauss-Kahn, the former finance minister and presumptive Socialist candidate, was ruled out by a sex scandal. And on April 22nd Mr Hollande chalked up 28.6% of the vote in the first round of the presidential election, pushing Mr Sarkozy, the right-wing incumbent, into second place. Mr Sarkozy is striving to court supporters of the National Front's Marine Le Pen, who came third with a record 18%, but his prospects for the second round, on May 6th, do not look good. Ms Le Pen's support is highly diverse, including the working-class communist left as well as the xenophobic far right. Polls suggest that although half of her vote will go to Mr Sarkozy in the second round, a third will go to Mr Hollande. Meanwhile Mr Hollande will get the votes that went to a left-wing firebrand, Jean-Luc Mélenchon, as well as some of those garnered by a centrist, François Bayrou. Opinion polls, which have favoured Mr Hollande for the second round throughout the campaign, now do so by a margin that no previous candidate in the history of the Fifth Republic has managed to overturn.



If things go his way, Mr Hollande will have little chance to savour the moment. After inauguration on May 16th, he plans to make Berlin his first foreign trip—he has never met Angela Merkel, the chancellor—before taking the presidential Airbus to a meeting of the G8 at Camp David on May 18th-19th, followed on May 20th-21st by a NATO summit in Chicago.

Mr Hollande will arrive at these crucial first meetings not just as a stranger, but as one bringing bad tidings. He will tell Mrs Merkel that he wants to “renegotiate” the fiscal compact which she cherishes as the cornerstone of euro-zone stability. He will tell Barack Obama that France is going to withdraw its troops from Afghanistan by the end of 2012, a year ahead of schedule. The French deployment is relatively small, but the symbolism will be unwelcome.

Mr Hollande will not only be quickly introduced to his fellow leaders. He may also be quickly, and brusquely, introduced to the bond markets. At a time of renewed economic turmoil in the euro zone, the markets are unsettled over Spain and the Netherlands, where the government fell on April 23rd (see [article](#)). And—like Mrs Merkel, Mr Obama and, indeed, the French people—traders will want to know what to make of Mr Hollande. Is he really a Mitterrand-in-waiting, as his campaign rhetoric suggests? Or could he turn out to be a Gerhard Schröder *à la française*, a leader from the left ready to confront his country’s lack of competitiveness and break with the tax-and-spend creed that has pushed France’s overall tax take higher than Germany’s and French public spending, at 56% of GDP, above Sweden’s?

For now, the Schröder option looks unlikely. Mr Hollande promises to stick to France’s 3% deficit-reduction target next year, and to balance the budget by 2017 (which would be the first time since 1974). But his manifesto is a wish list of tax-and-spend policies. By his own calculations, his extra spending plans amount to €20 billion over five years. This is only a small fraction of the country’s spending, but it is still a step in the wrong direction. The IMF says the 2013 deficit will be 3.9%. On that basis meeting the 3% objective may mean an extra €18 billion in cuts next year alone.

The riddle of a new sphinx

At his campaign rallies Mr Hollande talks much about fairness, justice and equality. There are nostalgia-inducing nods to Leon Blum and Jean Jaurès, the party’s historic champions, but he dwells much more on Mitterrand, seen as embodying calm authority, social progress and, above all, victory. The evocation is not merely rhetorical; it is physical. Mr Hollande has become an accomplished mimic of his former boss’s gestures, arm movements and ponderous walk. You would search in vain for any such echoes of Jacques Delors, the champion of European integration, who was a much closer mentor to the young Hollande; at a time of deep French ambivalence about Europe, the candidate has no interest in flaunting his federalist disposition, at least not until he makes progress on the rest of his agenda.

Apart from deficit-reduction, the language of the modern social democratic European left is almost entirely absent from Mr Hollande’s speeches. There is plenty about social justice, but little about the need to create wealth or improve competitiveness—and nothing about cuts. Mr Hollande sums himself up as

“seriously left-wing, but for a serious left”. He was “shocked”, he said recently, when Tony Blair, Britain’s former prime minister, said that he did not care if a policy was of the left or the right.

Mr Hollande’s background—the son of a doctor and a social worker—and lifetime spent on the public-sector payroll, as either an elected representative or a civil servant, suit him perfectly to the modern Socialist Party, which is heavily reliant on the support of state employees, in particular teachers. They see questioning the role of the state as betrayal, and they have no sympathy for businesses, as industrial workers might. They are delighted to hear Mr Hollande declare war on “the world of finance” and denounce the new super-rich as “grasping and arrogant”.

“We are not disciples of savage spending cuts or tax cuts, but nor are we tax maniacs,” insists Pierre Moscovici, Mr Hollande’s campaign director. He says that the Socialist candidate would make savings by increasing public spending at a rate below inflation. Nicolas Baverez, a lawyer and well-known commentator, calls such plans “falsely reasonable”, since Mr Hollande relies heavily on tax increases (and optimistic growth forecasts) to achieve the fiscal discipline he aspires to. By Mr Hollande’s own projections, the overall tax take in the economy would rise from 45% today to 47% by 2017.

One of Mr Hollande’s first, and possibly most revealing, steps will be to appoint a new government. Front-runners for the prime ministership are Jean-Marc Ayrault, the leader of the parliamentary party, a loyal party man who has good links with Germany, and Martine Aubry, the party leader responsible for France’s 35-hour working week, who has more credibility with the party’s left (and is the daughter of Mr Delors). According to plans drawn up for Mr Hollande by Laurent Fabius, a former prime minister, the new team will pass by decree in May and June: a 30% reduction in pay for the president and all ministers; a 25% rise in the welfare benefit paid to families at the start of the school year in September; a three-month cap on petrol prices; the right to retire at 60 for some workers; and a limit of 20-to-1 on the ratio of bosses’ to workers’ pay in state-controlled companies. This could cap their pay at roughly €330,000. With these baubles dispensed, the team will head into June’s parliamentary elections.

Mr Hollande also aspires to use this interim period to lead the fight against austerity within Europe (see [article](#)). From his first trip to Berlin onwards, Mr Hollande will argue for a greater emphasis on growth either written into Europe’s fiscal treaty or as an addition to it. He also wants a broader mandate for the European Central Bank, and the creation of European “project bonds” to finance investment and infrastructure. Mr Hollande has threatened to “block” the treaty if he does not get his way. In order to strengthen his credibility with Germany, say aides, he will pass a balanced-budget rule at home.

The fierce urgency of peut-être

This is not all. In July Mr Hollande plans to pass a supplementary budget with a range of fiscal measures during an extraordinary session of parliament. This will include a new top 75% tax rate on households earning over €1m, of which there are thought to be about 3,000; an extra inheritance tax on big estates; higher taxes on big firms; a tougher annual wealth tax on assets; new banking rules; and the recruitment of the first batch of the 60,000 new teachers he has promised.

How much of this does Mr Hollande actually intend to push? Some of his friends argue that much of his campaign has been gesture politics. Olivier Ferrand, head of Terra-Nova, a Socialist-linked think-tank, says that Mr Hollande knows full well how serious France’s public finances and competitiveness problems are, and that the 75% tax rate is just a “symbolic measure”. Mr Hollande himself took this message to London on a campaign stop, declaring: “I am not dangerous.” As part of his efforts to balance the books in Corrèze, which is deep in debt, he has cut free school buses as well as raising taxes.

The detail of some of the measures proposed is less dramatic than the campaign sought to suggest. The rolling back of Mr Sarkozy’s retirement reform, for instance, will touch only those who started work at 18 and have made full pension contributions. The plan to break up French banks has quietly turned into something far less drastic than it once seemed. Mr Fabius has hinted that the 75% tax rate might be

temporary; if it were ruled “confiscatory”, and therefore unconstitutional, some of its purported proponents might not be too upset. Mr Hollande himself has said that the 60,000 new teaching jobs would not be net additions to the public-sector payroll, implying cuts elsewhere.

Do not conclude from this, though, that Mr Hollande will impose tough reforms and demanding sacrifices on an unwilling public without having his own arm twisted. For one thing, the victory-starved Socialist Party will be in no mood to retreat. Old-timers from the Mitterrand era and young aspirant deputies alike have been campaigning for months against a man they call “the president of the rich”. They have no intention of now presiding over the implementation of an austerity plan.

Nor will Mr Hollande be cowed by a strong opposition. June’s parliamentary election will probably give the Socialists a majority, if they can count on the support of the Greens and Communists. And the Socialists already have control of all but one of the 22 regions, all the big cities, and, since 2011, the Senate—an unprecedented position of power.



Under closer inspection

And Mr Hollande himself genuinely believes in the need to create a fairer society through tax policy. He joined Mitterrand’s staff shortly after graduating from the Ecole Nationale d’Administration (ENA), France’s top civil-service training college. He embraced the president’s programme of social progress—retirement at 60, the 39-hour working week—paid for by more taxes. As a young deputy, in 1990, Mr Hollande called for higher taxation of capital gains and inheritance. During the 2007 campaign, he declared simply: “I don’t like the rich.” In his years at the top of the party he had the chance to try and modernise it in line with the realignment on the rest of Europe’s centre-left. He didn’t take it.

Like some of the bank managers he resembles, Mr Hollande is a lot steelier than he looks. His image as a woolly consensus-seeker has been fixed in the public mind by “Les guignols de l’info”, a satirical television show, which portrays him as a gormless ditherer. But though he takes his time to assess a situation before moving, having done so he does not budge (in this, he is like Mrs Merkel). “He has the reassuring look of a Scandinavian prime minister,” says someone who knows him well. “But he’s a fiercely clinical politician.”

However if Mr Hollande will not voluntarily impose sacrifice on the restless French, he is quite likely to be forced in that direction under pressure from rattled markets and rising borrowing costs. One credit-rating agency stripped France of its AAA rating in January; another, Moody’s, has put it on a negative outlook. After the results of the first round of the election investors seemed to wake up to the uncertainty ahead; the French stockmarket fell and French bond yields began to inch up.

1981 and all that

There are hints that Mr Hollande’s team has begun to think through a response, should the markets turn against them. They will not draw up their July budget before the *Cour des Comptes*, the public audit office (where Mr Hollande once worked) completes a special audit of the public accounts in late June. That report could serve as a pretext for adopting harsher budget measures, all the more credibly since the

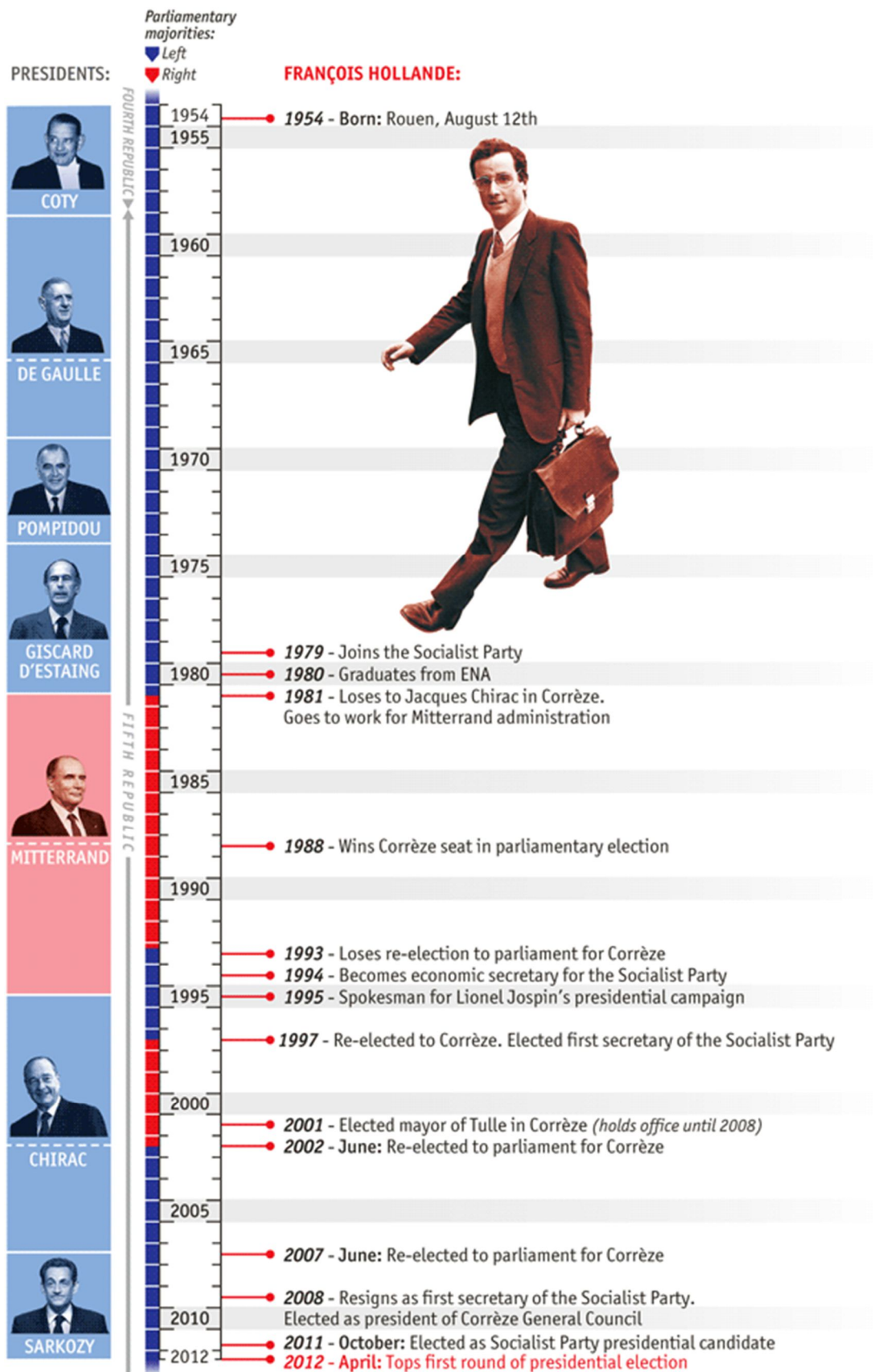
Cour is presided over by a former Socialist deputy, Didier Migaud. “If the situation is volatile, he will do what it takes, including spending cuts,” says Stéphane Boujnah, an investment banker in Paris and former adviser to Mr Strauss-Kahn.

The trouble is that, across Europe, leaders who are actually committed to spending cuts and structural reform have been failing to take restless hard-pressed electorates with them. The French, who still romanticise their founding revolutionary myth, are more prone than most to take to the streets, and are particularly bad-tempered and dissatisfied right now. In the first round, fully 30% of the electorate voted for a protest anti-establishment candidate, on the left or the right. People are exasperated by harsh post-industrial realities, and long for a sweeter yesterday. The French are deeply distrustful of Europe. They would not tolerate austerity imposed from Brussels or Berlin, nor by a president clearly acting under duress. Nobody has prepared them for hard times. The only presidential candidate who tried to, Mr Bayrou, got just 9% of the vote.

The best one can say about Mr Hollande’s ability to take unpopular decisions and invent a narrative that could carry the public with him is that it is untested. After a career of compromises, so is he. The biggest crisis he has dealt with was when the party nearly split over whether to back the draft European constitution in 2005; it took him months before he sanctioned Mr Fabius, who led the breakaway faction. Various regional corruption scandals festered during his leadership; Mr Hollande did not deal with them, claiming ignorance. When asked if he can name a tough decision Mr Hollande has taken, somebody who has known him well for a long time pauses, then replies: “No.” His former partner and sometime rival Ms Royal has characterised his great weakness as inaction.

Mr Hollande has talked a lot about the need for unity, dignity and respect. But the few times that he has referred to the “effort” that awaits the French, it has been as a warning to the rich that they will have to pay more in taxes. When he says that he is “not dangerous”, he means that he will not nationalise industries or banks in the way that Mitterrand did in the early 1980s. The world has changed, he recognises; Socialist governments have in recent times privatised companies, liberalised the economy and managed the finances sensibly.

This may be true, but the danger lies elsewhere. If, as seems near certain, he fails to grapple with France’s public spending and competitiveness problems ahead of time, Mr Hollande will simply be postponing a day of reckoning. And thus he will increase the risk that, when it comes, he faces it not in the afterglow of a jubilant victory, but in the cauldron of a crisis.



France's election

The rather dangerous Monsieur Hollande

The Socialist who is likely to be the next French president would be bad for his country and Europe

The Economist Apr 28th 2012 | from the print edition



IT IS half of the Franco-German motor that drives the European Union. It has been the swing country in the euro crisis, poised between a prudent north and spendthrift south, and between creditors and debtors. And it is big. If France were the next euro-zone country to get into trouble, the single currency's very survival would be in doubt.

That is why the likely victory of the Socialist candidate, François Hollande, in France's presidential election matters so much. In the first round on April 22nd Mr Hollande came only just ahead of the incumbent, Nicolas Sarkozy. Yet he should win the second round on May 6th, because he will Hoover up all of the far-left vote that went to Jean-Luc Mélenchon and others and also win a sizeable chunk from the National Front's Marine Le Pen and the centrist François Bayrou.

Mr Sarkozy has a mountain to climb. Many French voters seem viscerally to dislike him. Neither Ms Le Pen (who, disturbingly, did well) nor Mr Bayrou (who, regrettably, did not) is likely to endorse him, as both will gain from his defeat. So, barring a shock, such as an implosion in next week's televised debate, Mr Hollande can be confident of winning in May, and then of seeing his party triumph in June's legislative election.

This newspaper endorsed Mr Sarkozy in 2007, when he bravely told French voters that they had no alternative but to change. He was unlucky to be hit by the global economic crisis a year later. He has also chalked up some achievements: softening the Socialists' 35-hour week, freeing universities, raising the retirement age. Yet Mr Sarkozy's policies have proved as unpredictable and unreliable as the man himself. The protectionist, anti-immigrant and increasingly anti-European tone he has recently adopted may be meant for National Front voters, but he seems to believe too much of it. For all that, if we had a vote on May 6th, we would give it to Mr Sarkozy—but not on his merits, so much as to keep out Mr Hollande.

With a Socialist president, France would get one big thing right. Mr Hollande opposes the harsh German-enforced fiscal tightening which is strangling the euro zone's chances of recovery. But he is doing this for the wrong reasons—and he looks likely to get so much else wrong that the prosperity of France (and the euro zone) would be at risk.

A Socialist from the left bank

Although you would never know it from the platforms the candidates campaigned on, France desperately needs reform. Public debt is high and rising, the government has not run a surplus in over 35 years, the

banks are undercapitalised, unemployment is persistent and corrosive and, at 56% of GDP, the French state is the biggest of any euro country.

Mr Hollande's programme seems a very poor answer to all this—especially given that France's neighbours have been undergoing genuine reforms. He talks a lot about social justice, but barely at all about the need to create wealth. Although he pledges to cut the budget deficit, he plans to do so by raising taxes, not cutting spending. Mr Hollande has promised to hire 60,000 new teachers. By his own calculations, his proposals would splurge an extra €20 billion over five years. The state would grow even bigger.

Optimists retort that compared with the French Socialist Party, Mr Hollande is a moderate who worked with both François Mitterrand, the only previous French Socialist president in the Fifth Republic, and Jacques Delors, Mitterrand's finance minister before he became president of the European Commission. He led the party during the 1997-2002 premiership of Lionel Jospin, who was often more reformist than the Gaullist president, Jacques Chirac. They dismiss as symbolic Mr Hollande's flashy promises to impose a 75% top income-tax rate and to reverse Mr Sarkozy's rise in the pension age from 60 to 62, arguing that the 75% would affect almost nobody and the pension rollback would benefit very few. They see a pragmatist who will be corralled into good behaviour by Germany and by investors worried about France's creditworthiness.

If so, no one would be happier than this newspaper. But it seems very optimistic to presume that somehow, despite what he has said, despite even what he intends, Mr Hollande will end up doing the right thing. Mr Hollande evinces a deep anti-business attitude. He will also be hamstrung by his own unreformed Socialist Party and steered by an electorate that has not yet heard the case for reform, least of all from him. Nothing in the past few months, or in his long career as a party fixer, suggests that Mr Hollande is brave enough to rip up his manifesto and change France (see [article](#)). And France is in a much more fragile state than when Mitterrand conducted his Socialist experiment in 1981-83. This time the response of the markets could be brutal—and hurt France's neighbours too.

Goodbye to Berlin

What about the rest of Europe? Here Mr Hollande's refusal to countenance any form of spending cut has had one fortunate short-term consequence: he wisely wants to recast the euro zone's "fiscal compact" so that it not only constrains government deficits and public debt, but also promotes growth. This echoes a chorus of complaint against German-inspired austerity now rising across the continent, from Ireland and the Netherlands to Italy and Spain (see [Charlemagne](#)).

The trouble is that unlike, say, Italy's Mario Monti, Mr Hollande's objection to the compact is not just about such macroeconomic niceties as the pace of fiscal tightening. It is chiefly resistance to change and a determination to preserve the French social model at all costs. Mr Hollande is not suggesting slower fiscal adjustment to smooth the path of reform: he is proposing not to reform at all. No wonder Germany's Angela Merkel said she would campaign against him.

Every German chancellor eventually learns to tame the president next door, and Mr Hollande would be a less mercurial partner than Mr Sarkozy. But his refusal to countenance structural reform of any sort would surely make it harder for him to persuade Mrs Merkel to tolerate more inflation or consider some form of debt mutualisation. Why should German voters accept unpalatable medicine when France's won't?

A rupture between France and Germany would come at a dangerous time. Until recently, voters in the euro zone seemed to have accepted the idea of austerity and reform. Technocratic prime ministers in Greece and Italy have been popular; voters in Spain, Portugal and Ireland have elected reforming governments. But nearly one in three French voters cast their first-round ballots for Ms Le Pen and Mr Mélenchon, running on anti-euro and anti-globalisation platforms. And now Geert Wilders, a far-right populist, has brought down the Dutch government over budget cuts. Although in principle the Dutch still

favour austerity, in practice they have not yet been able to agree on how to do it (see [article](#)). And these revolts are now being echoed in Spain and Italy.

It is conceivable that President Hollande might tip the balance in favour of a little less austerity now. Equally, he may scare the Germans in the opposite direction. Either way one thing seems certain: a French president so hostile to change would undermine Europe's willingness to pursue the painful reforms it must eventually embrace for the euro to survive. That makes him a rather dangerous man.

Charlemagne

Kicking against austerity

France and the Netherlands once again resist the European consensus

The Economist Apr 28th 2012 | from the print edition



IN 2005 the people of France and the Netherlands gave a stinging rebuke to the European Union by rejecting a new constitutional treaty. Seven years on, they are again causing alarm. To judge from the presidential race in France and the fall of the Dutch government this week, many are kicking against austerity. And a growing number support extremist parties of the left and right that reject the decades-old European project altogether.

Tempting as it is to conflate worries about France and the Netherlands, much separates them. France is big and protectionist by instinct; the Netherlands is a small, open trader. The French have long played fast and loose with public finances; the Dutch see themselves as models of fiscal discipline. France has a powerful presidency; the Netherlands muddles through with a kaleidoscopic parliamentary system. In Paris supranational EU bodies are seen as a fetter; in The Hague the European Commission is hailed as the protector of small countries.

Yet in some ways it is precisely these contrasts that are most worrying. If the flighty French and the dour Dutch are both disenchanted with the EU, the malaise is profound indeed. The euro zone's debt crisis is polarising the politics of austerity and economic pain. The sense of resentment has been building for years: the no votes in 2005 were not a passing aberration. French voters may have objected to the arrival of Polish plumbers under liberalisation pushed by a Dutch commissioner, Frits Bolkestein. But these days it is a former devotee of Mr Bolkestein's, Geert Wilders of the far-right Freedom Party, who runs a website for citizens to complain about Polish migrants.

In both countries it is the low-skilled and poorly educated—the supposed losers from globalisation—who are most openly in revolt. For them European integration is not the solution, but the problem. And the French and Dutch are by no means alone. Greece's election on May 6th will reveal deep resentment over the severe recession that austerity has brought. Ireland holds a referendum soon afterwards on the fiscal compact, which enshrines balanced-budget rules across the euro zone. Italy and Spain are both going to breach their deficit targets.

All this raises the question of whether Germany and the EU can hold the line on budget discipline. Germany's predilection for all-round austerity is a mistake, with financial markets now worried as much about deep recession as about deficits. But political instability and indecision may be more alarming. If Germany has been able to impose its views on fiscal discipline, it is not just because others need its

money, but because it has allies. President Nicolas Sarkozy of France has been an enforcer along with the German chancellor, Angela Merkel. The Dutch prime minister, Mark Rutte, has been her conscience, pulling her back towards rigour whenever she has seemed ready to yield to profligate Mediterranean governments.

Mr Sarkozy is now likely to be replaced by François Hollande, an old-style tax-and-spend Socialist who wants to change Mrs Merkel's fiscal compact and threatens not to ratify it if he fails. Mr Rutte is a lame duck after resigning when the budget negotiations broke down. With his country officially in recession, he is struggling to meet an April 30th deadline for plans to bring the deficit down from 4.6% of GDP to the EU-mandated target of 3% next year. There is an irony in Mr Rutte's predicament: his government was the most strident in demanding budget cuts and reforms elsewhere, and yet has fallen apart over a more modest adjustment than those imposed on Greece and Spain.

There is something else even more disturbing. In both France and the Netherlands, between one-fifth and one-third of voters support extremist parties that oppose European integration, globalisation or both. These forces are deemed to have brought wage-sapping, job-destroying competition. The far right adds that they have also brought welfare-grabbing immigrants, above all Muslims. With European leaders expressing alarm about the rise of extremists and populists, one German daily, *Handelsblatt*, asked in a front-page headline: "Is Europe failing?" In France both Mr Hollande and Mr Sarkozy are chasing voters for Marine Le Pen's far-right National Front ahead of the second round on May 6th. In the Netherlands Mr Rutte was brought down by Mr Wilders, who held the balance of power.

Mr Sarkozy has turned from a stout defender of the euro into a shrill critic of the EU. A Europe that opens its markets without counterparties, and which does not defend its enterprises and farmers, is finished, he says. Indeed, Mr Sarkozy seems ready to rip up much that is valuable in the EU. Mr Hollande, for his part, is discreetly telling Brussels and Berlin that he does not question fiscal discipline, but rather wants to complement it with growth-promoting measures. German officials also calculate that any signs of profligacy by Mr Hollande will be punished by the markets long before the EU has to intervene.

Not hailing Hollande?

The Franco-German relationship has often worked well when the two countries had leaders from opposite political persuasions (think of François Mitterrand and Helmut Kohl, or Valéry Giscard d'Estaing and Helmut Schmidt). Optimists in Brussels now suggest that the Hollande-Merkel relationship could also turn out better than expected. Yet in this election Mrs Merkel actively backed Mr Sarkozy. She will not yield much to Mr Hollande on the fiscal compact. And those who point to happy relations of earlier Franco-German leaders from different parties gloss over a much more uncomfortable precedent, set by Mr Sarkozy and his predecessor, Jacques Chirac, among others: that new French presidents become reconciled with German chancellors only after falling out with them—sometimes for years.

27. April 2012, 13:29 Uhr

SPIEGEL ONLINE

Hollandes Euro-Politik

Superhits der Achtziger

Eine Analyse von Wolfgang Kaden

François Hollande dürfte die Wahl in Frankreich gewinnen, was zunächst einmal nicht gut ist für den Fiskalpakt der Euro-Zone. Doch sofern Merkel hart bleibt, könnte es dem künftigen Präsidenten ebenso ergehen wie seinem Amtsvorgänger Mitterand: als Sozialist gestartet, als Pragmatiker gelandet.

Das Unheil nimmt seinen Lauf. Für [Angela Merkel](#), aber auch für all jene, die sich der Hoffnung hingaben, der schlimmste Teil von Europas Schuldenkrise sei überwunden.

Wenn die Demoskopen Recht behalten, wird [François Hollande auch den zweiten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen](#) am 6. Mai gewinnen - er wäre nach François Mitterand der zweite sozialistische Präsident der Fünften Französischen Republik.

Für Frankreichs Nachbarn und für den Kampf gegen die [Staatsverschuldung](#) in Europa wird das heißen: alles auf Anfang. Hollande will den mühsam ausgehandelten europäischen Fiskalpakt - den er abfällig den "Merkel-Sarkozy-Pakt" nennt - neu verhandeln, will ihn notfalls blockieren. Er verlangt, "die Sparpolitik durch Wachstum zu ergänzen". Möglichst in einem Aufwasch will er auch das Statut der [Europäischen Zentralbank](#) ändern und der Notenbank den amtlichen Auftrag erteilen, für mehr Wachstum zu sorgen.

"Die Europäer erwarten von uns", rief Hollande seinen Anhängern zu, " dass wir, das Volk Frankreichs, Europa eine andere Perspektive, eine andere Richtung, eine andere Orientierung geben".

Welche Orientierung soll das denn sein? Ganz gewiss nicht jene, die zu weniger Schulden und ein wenig Bescheidenheit führt.

Mehr Wachstum auf Pump

Mehr Wachstum, auch zur Überwindung der überbordenden Staatsverschuldung, wäre ja wünschenswert, wenn es auf natürliche Weise zustande käme: durch Innovation, durch mehr Investitionen in der Realwirtschaft. Doch Hollande (und seine Freunde hierzulande wie in anderen Ländern Europas) geht es um künstlich erzeugte Nachfrage, um Wachstum auf Pump. Um Autobahnen durch menschenleere Landstriche; um noch mehr Kongresshallen ohne Kongresse; um Provinz-Flughäfen, die keiner braucht.

Wie solches Wachstum finanziert werden soll, lässt sich dem Programm des zukünftigen französischen Regenten entnehmen. Die Wunderwaffe heißt "Eurobonds", mithin Anleihen, die von den Europäern gemeinschaftlich ausgegeben werden. Für die also auch wir Deutschen haften müssen. Die Forderung entbehrt durchaus nicht der Logik, denn auch Hollande weiß: Frankreich besitzt auf den Finanzmärkten nur noch eingeschränkte Kreditwürdigkeit.

Und um das ganze Vorhaben perfekt abzurunden, soll dann auch noch die [Europäische Zentralbank](#) (EZB) ihren Beitrag zu einer neuen Runde auf dem Schuldenkarussell leisten. Bislang ist die Notenbank laut Statut *allein* zur Bewahrung der Preisstabilität verpflichtet. Längst schon hat sie dieses Mandat "extrem gedehnt", so Jürgen Stark, ehemaliges EZB-Direktoriumsmitglied; hat für weit über 200 Milliarden Euro Anleihen wackliger Euro-Staaten aufgekauft und die Märkte jüngst mit einer Billion

billigem Notenbankgeld geflutet. Und soll jetzt nach dem Willen Hollandes auch noch per Statutänderung auf Wachstum, sprich: auf noch mehr Kreditfinanzierung, verpflichtet werden.

Nichts aus den Krisen der vergangenen fünfzehn Jahre gelernt

Dies alles ergibt eine Mischung, die davon kündigt, dass der mutmaßliche neue Staatspräsident von Deutschlands wichtigstem Euro-Partner nichts aus den immer häufiger auftretenden Krisen der vergangenen fünfzehn Jahre gelernt hat. Es waren dies alles Verwerfungen, die durch übermäßiges Schuldenmachen entstanden, privates wie staatliches. Doch für Zeitgenossen wie François Hollande soll die Party weitergehen. Wachstum soll weiter Ersatz bieten für dringend notwendige Reformen - eines französischen Rentensystems, das immer noch voll arbeitsfähigen Sechzigjährigen den Wechsel in den Ruhestand ermöglicht; eines weit überdimensionierten französischen Staatsapparats; eines französischen Arbeitsmarkts, der mit seinen hohen Löhnen und niedrigen Arbeitszeiten international immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit verliert.

Aber vielleicht sind das alles übertriebene Befürchtungen. Vielleicht wird die harte, raue Wirklichkeit auch einen Hollande schnell belehren, dass Wahlkampfrhetorik und europäische, globale Wirklichkeit nicht identisch sind.

Dem neuen Mann im Elysée-Palast könnte es wie François Mitterand ergehen. Der erste sozialistische Präsident der Fünften Republik startete 1981 mit einer klassischen linken Agenda - höhere Mindestlöhne, höhere Renten, kürzere Arbeitszeiten, dazu eine Welle von Verstaatlichungen. Zwei Jahre nach Mitterands Amtsantritt war Frankreich in ein wahres Wirtschaftsdesaster abgerutscht. Der Präsident musste seine sozialistischen Utopien hintenan stellen und dem Land einen bitteren Sparkurs zumuten.

Wird Merkel ein schweres Zerwürfnis mit Frankreich riskieren?

Hollande blieben vermutlich nicht einmal zwei Jahre, bis er an einem ähnlichen Punkt angelangt wäre. Sofern Merkel bei ihrem Nein zu Eurobonds und zu Änderungen am EZB-Statut bleibt, würde der zweite sozialistische Präsident schon mangels Masse scheitern. Er bekäme schlichtweg nicht das Geld für seine Polit-Abenteuer, jedenfalls nicht zu einigermaßen annehmbaren Konditionen.

Und damit sind wir bei den Deutschen, besser: bei Angela Merkel und ihrer Regierung. Wird sie ein schweres Zerwürfnis mit Frankreich riskieren und dem neuen französischen Partner mit einem klaren "Non" entgegen treten? Im europäischen Geschäft sind es die Regierenden gewohnt, Konflikte durch Kompromisse beizulegen. Doch bereits ein Kompromiss könnte Deutschland enorm viel Geld kosten.

Das gilt für das Begehren, das Statut der EZB aufzuweichen. Denn die deutsche Linie, dass eine Notenbank nicht zur Finanzierung von Staatsausgaben missbraucht werden darf, wäre damit endgültig Makulatur. Das gilt erst recht für die Forderung, den Fiskalpakt neu zu verhandeln und Eurobonds zuzulassen. Mit der Vergemeinschaftung neuer Kredite würde Deutschlands Schuldendienst um Milliarden teurer; und es würde dringend notwendiger Spardruck von Europas Schuldenstaaten genommen. Der Fiskalpakt schließlich bildet die notwendige Voraussetzung dafür, dass die Schuldenkrise dauerhaft beigelegt und eine solide Basis für den Euro geschaffen wird.

Deutschland hat für Länder der Währungsunion längst mehr geschultert als es tragen kann; die Haftungsrisiken aus den bisherigen Hilfsprogrammen gefährden, falls aus den Bürgschaften Zahlungen werden, schon jetzt die Zukunftsfähigkeit des Landes. Angela Merkel wird François Hollande die Grenzen des Zumutbaren aufzeigen müssen. Es wird ein heißer Sommer.

04/27/2012 09:27 AM

SPIEGEL ONLINE

Ratings Agency Downgrade

Merkel Blasts Hollande as Spain Worries Increase

German Chancellor Angela Merkel made it clear on Thursday that she was not prepared to renegotiate the European Union fiscal pact as demanded by French presidential candidate François Hollande. Her comments come as ratings agency Standard and Poor's downgraded Spain two notches.

With the dark clouds of the ongoing euro crisis thickening over Spain this spring, German Chancellor Angela Merkel on Thursday staunchly defended her focus on euro-zone austerity and once again insisted that the EU fiscal pact, signed in March, would not be revisited.

In comments clearly aimed at French presidential candidate François Hollande, Merkel told Germany's WAZ media group that the pact "cannot be renegotiated." The Socialist Hollande has suggested that, if he emerges victorious over French President Nicolas Sarkozy in the second round of elections on May 6, he would ask for changes to the agreement. The fiscal pact, which imposes strict new rules governing budget deficits and sovereign debt, was signed by 25 of the 27 European Union member states. The UK and Czech Republic declined to join.

Hollande's reply was not long in coming. Speaking to broadcaster France 2 on Thursday evening, he said: "It is not Germany that will decide for the entirety of Europe." When asked what he plans to say to Merkel should he win the election, he said: "I will tell her that the French people had made a decision that envisages a renegotiation of the pact."

The media back-and-forth comes as the US-based ratings agency Standard & Poor's on Thursday downgraded Spain's long-term credit rating by two notches to BBB+. The agency also gave Spain a negative outlook, meaning that further downgrades could come in the near future.

In making the downgrade, S&P cited the "increasing likelihood that the government will need to provide further fiscal support to the banking sector." The agency likewise noted its view that "the strategy to manage the European sovereign debt crisis continues to lack effectiveness."

Preparing for a Hollande Victory

The downgrade could potentially worsen Spain's already dicey situation. Risk premiums on Spanish government bonds have risen recently, even topping 6 percent earlier this month, as investor doubt about the country's ability to service its long-term debt have risen. The S&P downgrade could make investors even more wary.

Spain's banking industry is also facing significant difficulties despite recent European Central Bank moves to inject liquidity into the sector. Media reports have recently indicated that EU leaders are considering allowing the euro bailout fund to provide money directly to banks instead of only to member-state governments. The move is widely seen as a response to the Spanish banking crisis.

Merkel remains adamantly opposed to such a move as it would nullify provisions that require states seeking help from the EU bailout fund to adhere to strict austerity and reform measures.

Indeed, it has been the German chancellor's energetic championing of austerity that has led her to throw her support behind Sarkozy's re-election campaign at the expense of Hollande. The French Socialist has said he would emphasize economic growth over austerity, even if it meant the need to take on new debt.

Still, despite the apparent differences in approach, Hollande's lead in the polls just 10 days before the vote has led the two of them to begin softening their rhetoric to prepare for the eventuality of a Hollande victory. The French Socialist has vowed that he would immediately fly to Berlin for consultations with Merkel should he win. And Merkel on Thursday told WAZ that growth "has long since become the second pillar of our policies." She also said that "two pro-European politicians" were competing in the French presidential run-off.

cgh -- with wire reports

Koran-Verteilung

Alle Spuren führen nach Ägypten

25.04.2012 · Wer steckt hinter der Verteilung von Koran-Exemplaren? Nicht nur der Blick auf die Übersetzung und ihren Verfasser verweist auf Zusammenhänge mit dem Erstarren der ägyptischen Salafisten.

Von Joseph Croitoru



„Allahs Fluch über sie!“: Koran-Verteilung in deutscher Innenstadt

Für die Aufregung um die Aktion „Lies!“ ist es bezeichnend, dass bislang Einzelheiten über die verteilte Koran-Ausgabe und ihren Übersetzer kaum bekannt wurden. Die Fassung der von den Salafisten massenhaft verteilten Gratis-Korane trägt den Titel „Der edle Quran. Die ungefähre Bedeutung in der deutschen Sprache“. Vorgelegt hat sie bereits in den achtziger Jahren ein deutsch-ägyptischer Rechtsgelehrter aus Köln unter dem Namen Abu-r-Rida Muhammad ibn Ahmad ibn Rassoul. Wie mehrere andere hierzulande zirkulierende deutsche Koran Ausgaben - dazu gehört ebenso eine vom saudischen Staat autorisierte Übersetzung wie eine aus Kreisen der Ahmadiyya-Bewegung - dient auch sie missionarischen Zwecken. Wie die beiden erwähnten Versionen, verwendet auch Rassoul in Abgrenzung von zeitgenössischen deutschen Orientalisten, die den Begriff „Gott“ bevorzugen, konsequent den Terminus „Allah“.

Das hat keineswegs nur stilistische Gründe. Mit dem Wort „Allah“ ist man bereits beim Arabischen, der Sprache der islamischen Offenbarung. Damit meint man wohl gerade bei spirituell suchenden Nichtmuslimen auf fruchtbaren Boden zu treffen. Auch Rassouls Bezeichnung des islamischen Gottes als der „Allwissende“, „Allhörende“, „Allsehende“ oder „Allweise“ soll den empfänglichen Leser näher an das Arabische heranführen: Gezielt wird damit auf die „99 Namen Allahs“, die fromme Muslime zu rezitieren pflegen. Im Arabischen beginnen sie allesamt mit dem bestimmenden Artikel „al-“, wodurch phonetisch eine Affinität zur deutschen Vorsilbe „all-“ erzeugt wird.

Entschärft der Übersetzer den Koran?

Nicht ohne Grund haben deutsche Koranübersetzer mit wissenschaftlichem Anspruch wie Peter Paret oder neuerdings Hartmut Bobzin diese Termini ebenso gemieden wie eine weitere Praxis Rassouls. Um Authentizität zu suggerieren, werden von ihm nämlich etliche religiöse Leitbegriffe in der Originalsprache belassen und lediglich ins Deutsche transkribiert: etwa Dschahiliya (vorislamische Zeit der „Unwissenheit“), Aya (Koranvers) oder besonders gern auch Dschahanam (Hölle).

Die Drohung mit dem „Dschahanam“ ist derzeit bei salafistischen Aktivisten denn auch eine besonders beliebte Taktik. Den Koran bei der Übersetzung zu verfälschen, ist indes kaum die Intention von islamischen Missionaren. Nichtsdestotrotz erweckt Rassoul als Übersetzer bisweilen den Eindruck, als versuche er manch militantem Korananspruch die Schärfe zu nehmen. Besonders auffällig in diesem Zusammenhang ist Rassouls Übersetzung von Vers 9:30, in dem es um die Konfrontation mit Juden und Christen geht und der von Islamkritikern als direkte Kriegserklärung ausgelegt wird. Rassouls Version

lautet „Allahs Fluch über sie!“, während Orientalisten und sogar die saudische Version mit „Allah bekämpfe sie!“ eine deutlich schärfere, weil offensivere Variante vorziehen.

Missionar unterstützt Koranschenkungen

Über Rassoul ist nur so viel bekannt, dass er, zumindest als die erste Auflage seiner Koranübersetzung erschien, Imam einer Moschee in Köln war. Dort soll er damals auch den Verlag „IB Islamische Bibliothek“ gegründet haben, der bis heute aktiv ist. Aufgefallen war Rassoul, dessen Koranversion sich seit ihrem Erscheinen in hiesigen Konvertitenkreisen großer Beliebtheit erfreut, im Jahr 1993, als er unter dem etwas kompakteren Namen Muhammad Ahmad Rassoul im eigenen Verlag seine programmatische Schrift „Das deutsche Kalifat“ veröffentlichte. Rassoul (arabisch für Gesandter) zog darin gegen die Staatsform der Demokratie zu Feld, prophezeite ihren Untergang und propagierte die Errichtung eines deutschen Kalifats. Er plädierte dafür, die „Herzen der Deutschen für den Islam schlagen zu lassen und das Kalifat...auf dem deutschen Boden als leuchtendes Beispiel für Europa und die übrige Welt entstehen zu lassen“. Dass der Verfasser wegen des Pamphlets von staatlicher Seite sanktioniert wurde, ist nicht bekannt. Auch heute wird es hierzulande von mehreren islamischen Online-Shops angeboten. Auf Ebay ist es für 6,50 Euro verlagsfrisch zu haben.

Nicht nur über den Koranübersetzer Rassoul führt die salafistische Spur nach Ägypten, sondern auch über in Deutschland wirkende ägyptisch-muslimische Missionare. Zumindest einer von ihnen unterstützt aktiv die aufsehenerregenden Koranschenkungen. Es handelt sich um den in Berlin lebenden Deutschägypter Reda Seyam, dem - nachdem er sich für die Gotteskrieger in Bosnien eingesetzt und sich kurz vor den verheerenden Anschlägen von 2002 auf Bali aufgehalten hatte - Kontakte zu Al Qaida nachgesagt werden. Nachweisen konnte man ihm diese bislang aber nicht.

Seyam, der schon in Bosnien als Dschihadisten-Filmer unterwegs war, hat sich in den letzten Jahren auf die Missionsarbeit verlegt und als Medienexperte und Verleger in der hiesigen arabischen Salafistenszene einen Namen gemacht. Die auf ihn registrierte Internetseite „Al-Risalah“ (Die Botschaft) begleitet ebenso intensiv die Koranverteilungen wie die von Ibrahim Abou Nagie unterhaltene Website „Die wahre Religion“. Im Übrigen leben beide, im Fall von Seyam war dies zuletzt 2007 dokumentiert, von Sozialhilfe.

Die Strategien der Missionare

Auf Seyams „Al-Risala“ finden sich Videos und Berichte, die die Koran-Aktion dokumentieren. Für die Videoclips zeichnet der „As-Sunna-Verlag“ verantwortlich, der ebenfalls über einen Internetauftritt verfügt und islamisch-missionarische Literatur in deutscher Sprache vertreibt. Eines der Bücher ist mit dem offensiven Titel versehen „Du‘a (Anrufung Gottes) - Die Waffe des Gläubigen“. Seyam, der 2007 nicht nur in Berlin Aufsehen erregte, als er allen Protesten zum Trotz seinen Sohn „Dschihad“ nannte, beherrscht die Kunst der Tarnung. Während er sich im arabischen Ausland als Inhaber des „As-Sunna-Verlags“ präsentiert, ist auf dessen Internetseite im Impressum ein Konvertit mit deutschem Namen angegeben.

Bei seinen Auftritten im Ausland - außer in arabischen Ländern neuerdings auch etwa in Spanien - begleitet Seyam häufig ein weiterer in Deutschland aktiver ägyptischer Salafist, der Berliner Imam Hossam El-Gabry. Im vergangenen Herbst war das Salafisten-Duo beim arabischen Satellitensender „Al-Khalijia“, den konservative saudische Kreise betreiben, zu Gast. Der ebenfalls aus Ägypten stammende Moderator interessierte sich für die Lage der islamischen Missionsbewegung in Deutschland. In vertrauter Gesprächsatmosphäre beklagten seine Gäste die negative Darstellung der Muslime in den deutschen Medien, die aus El-Gabrys Sicht wie generell im Westen „von den Juden beherrscht“ würden.

Erstarken der Islamisten in Ägypten

Seyam vertrat die Auffassung, man sollte deutsche Nichtmuslime weniger mit wissenschaftlichen Argumenten ansprechen, sondern sich vielmehr auf die Propagierung des islamischen Einheitsglaubens konzentrieren. Entschlossenheit sei gefragt, denn die Deutschen seien häufig infantil und ihre Charakterstruktur weise schwere Defizite auf: Schätzungen zufolge, so Seyam, litten einundvierzig Prozent der Deutschen an psychischen Störungen.

Beide Salafisten waren sich einig, dass sich die islamische Missionierung in Deutschland nach wie vor schwierig gestalte. Verleger Seyam klagte darüber, dass es noch immer an geeigneter islamischer Literatur auf Deutsch mangle, weshalb er nun mit Gesinnungsgenossen aus Ägypten zusammenarbeite; dort habe man mehr Erfahrung mit der Übertragung missionarischer Schriften in europäische Sprachen. Vor diesem Hintergrund darf die Verteilung von Gratisexemplaren des Korans, die kurz nach diesem Fernsehauftritt startete, als Versuch einer an sich überschaubaren Salafisten-Gruppe gewertet werden, sich im deutschsprachigen Raum mit einer spektakulären Aktion aus dem Schattendasein ins öffentliche Bewusstsein zu katapultieren.

Mit derartigen Unterfangen wird man in Zukunft wohl häufiger rechnen müssen, denn offenbar feuert das Erstarken der Islamisten in Ägypten den Eifer der deutsch-arabischen Missionare zusätzlich an. Wer nach einer Verbindung zwischen diesen beiden Gruppen sucht, wird schnell fündig. So ist der Ägypter Hossam El-Gabry Mitglied der Organisation „Europäisches Institut für islamische Angelegenheiten“, die ihren Sitz in Antwerpen hat. Auf ihrer offiziellen Facebook-Seite lächelt den Besucher ein mittlerweile weltweit bekannter bärtiger Mann freundlich an: Es ist der salafistische ägyptische Präsidentschaftskandidat Hazem Abu Ismail, für dessen Wahl hier geworben wird, auch wenn er seit kurzem nicht mehr kandidieren darf.

Quelle: F.A.Z.

Hollande sticht gegen Deutschland

27.04.2012 · Der französische Präsidentschaftskandidat Hollande stellt sich offen gegen den von Angela Merkel verfolgten Sparkurs in der EU: „Deutschland entscheidet nicht für Europa“. Er möchte neu über den Fiskalpakt verhandeln.



© AFP François Hollande

Der französische Präsidentschaftskandidat Francois Hollande stellt sich offen gegen den von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel verfolgten Sparkurs in der EU. „Deutschland alleine kann nicht über den Rest von Europa entscheiden“, sagte der sozialistische und in Umfragen führende Bewerber um das Amt des Präsidenten am späten Donnerstag im Fernsehsender France 2. Er erhalte solche Signale, direkt oder indirekt, auch von anderen Regierungen in Europa, „selbst, wenn sie konservativ sind“, sagte er in Paris.

Hollande geht damit auf einen Konfrontationskurs mit der Bundeskanzlerin, die eine strenge Politik der Haushaltsdisziplin für Europa im Zuge wachsender Kritik zuletzt verteidigt hatte. Angela Merkel will an dem mühsam ausgehandelten EU-Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin nicht mehr rütteln lassen. Er sei von 25 Regierungschefs unterzeichnet und teilweise ratifiziert worden, „er ist nicht neu verhandelbar“, betonte Merkel mit Blick auf entsprechende Forderungen des französischen Präsidentschaftskandidaten François Hollande der WAZ-Mediengruppe (Freitag).

Hollande tritt nicht zuletzt mit der Forderung einer Neuverhandlung des Fiskalpakts vor den französischen Wähler. Auf die Frage, was er der Kanzlerin bei seinem Wahlsieg sagen werde, meinte Hollande im französischen Fernsehen: „Ich werde ihr sagen, dass das französische Volk eine Wahl getroffen hat, die eine Neuverhandlung des Vertrages darstellt.“

Damit zeichnet sich ein schwer überbrückbarer Konflikt über die Bekämpfung der Schuldenkrise zwischen den beiden größten Ländern der Eurozone ab.

Hollande hatte den Amtsinhaber Nicolas Sarkozy in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 22. April geschlagen und seitdem seine Rhetorik zu Gunsten eines wachstumsorientierten Kurses und gegen eine Sparpolitik verstärkt. So hatte Hollande angekündigt, Frankreich werde unter seiner Präsidentschaft den Fiskalpakt in der vorliegenden Form nicht ratifizieren.

Wenige Tage vor dem entscheidenden Wahlgang der Franzosen am 6. Mai führt Hollande klar vor Sarkozy. In der ersten Runde kam Hollande auf einen Stimmenanteil von 28,6 Prozent und der amtierende Präsident auf 27,2 Prozent. Laut Umfragen der Meinungsforschungsinstitute CSA und Harris Interactive könnte Hollande mit 56 zu 44 Prozent der abgegebenen Stimmen schlagen.

Hollande «plutôt dangereux» selon *The Economist*

Par [Marine Rabreau](#) Mis à jour le 26/04/2012 à 20:08 | publié le 26/04/2012 à 19:47 [Réagir](#)

Si *The Economist* devait voter, il opterait pour Nicolas Sarkozy, mais «pas plus pour ses mérites que pour maintenir François Hollande à l'écart». L'hebdomadaire britannique critique avec virulence le candidat socialiste.



[The Economist, à paraître samedi prochain.](#)

Après le «dénî» de la France, The Economist replace l'élection présidentielle française à la Une. Il y a un mois, l'hebdomadaire économique britannique déplorait la «frivolité» de la campagne des candidats à l'élection présidentielle, qui a nié les problèmes graves de la France. Alors que le premier tour du scrutin a placé François Hollande en tête des votes face à Nicolas Sarkozy, The Economist illustre son penchant libéral et ne mâche pas ses mots à l'encontre du candidat socialiste.

En couverture, [François Hollande](#) est qualifié d'homme «plutôt dangereux» (...) pour la France et pour l'Europe. Il apparaît en petit, les yeux écarquillés, et partiellement caché par le drapeau français qu'il entrouvre. Dans son éditorial, le socialiste - largement pressenti pour gagner l'élection le 6 mai prochain - a, certes, raison de clamer que l'austérité et «la discipline budgétaire trop rigide voulue par l'Allemagne» empêche toute possibilité de croissance de la zone euro. Mais il est trop «hostile aux changements structurels». Or, selon la revue, qui consacre trois pages supplémentaires sur l'élection présidentielle française, l'Hexagone a besoin de réformes, aussi «douloureuses» soient-elles. S'il ne les mène pas, les marchés finiront par l'y contraindre, peut-on lire. Et s'il transmet à ses voisins européens sa volonté à stimuler la croissance avant de réduire les dépenses publiques et d'améliorer la compétitivité du Vieux Continent, la survie de l'euro est en jeu, estime encore *The Economist*.

L'hebdomadaire britannique qui rappelle avoir franchement soutenu [Nicolas Sarkozy](#) en 2007, félicite le président sortant d'avoir assoupli «les 35 heures des socialistes, libéré les universités, et relevé l'âge de la retraite». Selon le journal, Nicolas Sarkozy «a eu la malchance d'être frappé par la crise économique», mais il a progressivement adopté un ton plus «protectionniste, anti-immigrants, et anti-Europe (...) sûrement destiné aux électeurs de Marine Le Pen». Au final, s'il devait voter, *The Economist* opterait pour Nicolas Sarkozy, mais «pas plus pour ses mérites que pour maintenir François Hollande à l'écart».

Schuldenkrise

Europa will nicht mehr sparen

FAZ 26.04.2012 · Europa spart - so hieß es bisher, und die Deutschen waren froh darüber. Doch jetzt mehren sich die Stimmen, die vor „gnadenlosem Sparen“ in der Rezession warnen.

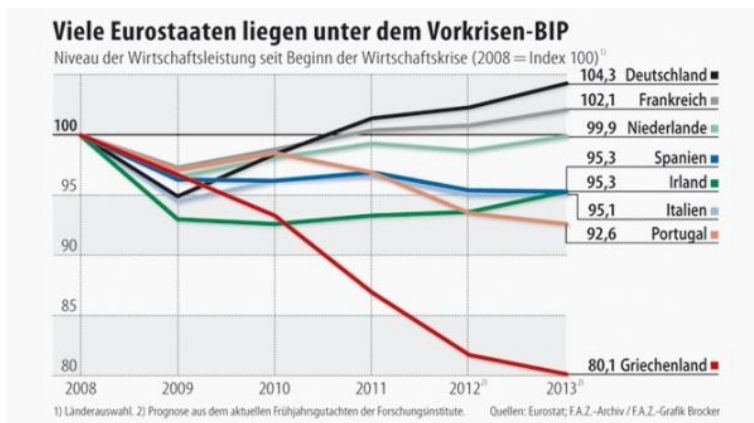
Von [Philip Plickert](#) und [Tobias Pilller](#)



© Fricke, Helmut

Es ist ein Ringen der Giganten um den Kurs der Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa. Auf der einen Seite steht die deutsche Bundesregierung und fordert striktes Sparen, während sich auf der anderen Seite die Schuldenländer in Rezessionen quälen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy 25 der 27 EU-Staaten auf einen „Fiskalpakt“ mit strikteren Haushaltsregeln eingeschworen. „Deutschland hat die wirtschaftspolitische Debatte gewonnen“, sagte Italiens Ministerpräsident Mario Monti damals. Notgedrungen reihten sich die Krisenländer in die Sparfront ein.



© F.A.Z.

Doch die Fassade bröckelt: Keynesianische Ökonomen warnen davor, dass Europa durch hartes Sparen in eine Abwärtsspirale gerate. Der Internationale Währungsfonds und sein Chefökonom Olivier Blanchard schreiben im jüngsten Weltwirtschaftsausblick: „Sparen allein kann die Wirtschaftsprobleme in den wichtigsten Industrieländern nicht lösen.“ Durch die Blumen gab der Fonds Deutschland zu verstehen, da es „fiskalische Spielräume“ habe, sollte es diese bitteschön für Wachstumsimpulse nutzen.

Die Wirtschaft bricht in ganz Südeuropa ein

Schließlich steht Deutschland mit einem Defizit von deutlich unter einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr verglichen mit den Krisenländern glänzend da. Griechenland hatte im vergangenen Jahr noch mehr als 9 Prozent Defizit, Spanien 8,5 Prozent und Irland sogar 13 Prozent, wobei dort die Bankenrettung schwer belastet. In diesem Jahr hat Spanien der EU versprochen, seine Neuverschuldung auf 5,3 Prozent zu senken. Griechenland hat 7,3 Prozent und Portugal 4,5 Prozent versprochen. Doch die Wirtschaft bricht in ganz Südeuropa ein. Das erschwert den Defizitabbau.

Seit zwei Quartalen steckt Europa nun abermals in einer Rezession. Viele Länder haben noch nicht einmal das Niveau vor Ausbruch der Großen Rezession 2009 wieder erreicht. Am Donnerstag gab die EU-Kommission neue schlechtere Daten zur Stimmung in der Wirtschaft bekannt. Konjunkturforscher fürchten nun, dass die Rezession länger dauern könnte. In der Bevölkerung regt sich Unmut angesichts der hohen Arbeitslosigkeit von 24,5 Millionen Menschen in Europa (10,8 Prozent) und schmerzhaften Einschnitten in die Sozialsysteme.

Hollande möchte die „gnadenlose Sparsamkeit“ beenden

Die Politik steht unter Druck. In den Niederlanden ist in dieser Woche die Minderheitsregierung von Premierminister Mark Rutte über ein Sparpaket gestürzt. Merkels wichtigster Partner Sarkozy könnte schon in zehn Tagen Geschichte sein. Sollte der Sozialist François Hollande zum neuen französischen Präsidenten gewählt werden, dann entsteht in Paris ein mächtiger Gegenpol zur deutschen Vorstellung von Fiskaldisziplin. Hollande möchte die „gnadenlose Sparsamkeit“ beenden. Den unter viel Mühen geschnürten Fiskalpakt will er neu verhandeln und durch wachstumsfördernde Maßnahmen ergänzen. Dazu soll es gemeinsame Anleihen der Euro-Länder für Infrastrukturprojekte geben. Statt Eurobonds, die in Berlin ein Reizwort sind, spricht Hollande nun von Projektbonds.

In dieser kritischen Lage hat der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) mit seinem „Wachstumspakt“ als Ergänzung zum „Fiskalpakt“ die Phantasie angeregt. Doch EZB-Chef Mario Draghi meint es ganz anders als Hollande. Es geht ihm um Strukturreformen, also beispielsweise flexiblere Arbeitsmärkte, längere Lebensarbeitszeiten und die Öffnung von stark regulierten Branchen. Das ist das Gegenteil des protektionistischen Programms von Hollande, der sogar die Anhebung des Renteneintrittsalters von 60 auf 62 Jahre rückgängig machen möchte.

Die Reaktionen auf Draghi verstärkten zunächst die Verwirrung: Zunächst zeigte sich Hollande erfreut über die Äußerung des EZB-Präsidenten, der scheinbar seine Position unterstützte. Ein Sprecher der EZB stellte jedoch klar, dass der Zentralbankpräsident keineswegs eine Kursänderung ausgegeben habe und die Konsolidierung weiter notwendig sei. Nur gehöre dazu eben Wachstum. Die deutsche Kanzlerin stimmte zu. Es gebe den Fiskalpakt, aber „wir brauchen genauso Wachstum und wir brauchen Wachstum in Form von nachhaltigen Initiativen, nicht einfach nur Konjunkturprogrammen, die wieder die Staatsverschuldung vergrößern, sondern Wachstum, wie Draghi heute gesagt hat, in Form der Strukturreformen“, sagte Merkel. Der um sein Amt kämpfende Sarkozy näherte sich jedoch Hollande an. „Ein reiner Sparkurs ist ein großer Irrtum“, sagte er im Radio.

In Italien, wo seit jeher die Eurobond-Freunde sitzen, wittern Politiker die Chance, dass auf diese Weise die Kosten für neue Schulden gesenkt werden können. Am Donnerstag geisterte die Idee eines Wachstumspaktes zwischen Deutschland und Italien durch die italienischen Medien. Es macht sich zunehmend Enttäuschung darüber breit, dass die Regierung Monti vor allem kräftige Steuererhöhungen gebracht hat, aber noch keine Wachstumsimpulse gegeben hat. „Wir dürfen uns nicht von der falschen Politik von Merkel überrollen lassen“, wetterte Maurizio Gasparri, der Fraktionsvorsitzende der Berlusconi-Partei. Monti warnte vor den Folgen eines zu harten Sparkurses. Mit den Budgetzielen müsse man realistisch bleiben: „Wir sollten so handeln, damit nicht in zwei oder drei Jahren diese Instrumente der Haushaltsdisziplin das gleiche ruhmlose Ende erleiden, wie es im Jahr 2003 beim Stabilitätspakt der Fall gewesen war.“

Zweifel am Sparkurs

Die hochverschuldeten Länder stehen unter scharfer Beobachtung der Finanzmärkte. Wenn wieder einmal die Sorge grassiert, dass die Schulden untragbar werden, schießen die Risikoaufschläge in die Höhe. Viel Spielraum haben die Südeuropäer also nicht. Auf europäischer Ebene sind mehr Hilfen aus EU-Struktur- und Regionalprogrammen oder durch mehr Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB) denkbar. In Krisenländern wie Griechenland scheiterte die Auszahlung von Strukturfördermitteln bislang oftmals

daran, dass sie die notwendige Ko-Finanzierung nicht aufbringen können. Deshalb wurde die Eigenmittelquote jüngst auf 5 Prozent gesenkt. Das bringe aber die Gefahr mit sich, sagen Kritiker, dass auch wenig produktive Projekte probiert und dabei Subventionen unsinnig verpulvert werden.

Ob mehr Staatsausgaben wirklich effektiv die Konjunktur ankurbeln, ist unter Ökonomen umstritten. Selbst der IWF unter seinem neokeynesianischen Chefvolkswirt Blanchard hat ernüchternde Zahlen zum sogenannten Multiplikator mitgeteilt. Er signalisiert, wie viel Euro zusätzliche Wirtschaftsleistung durch einen Euro Staatsausgaben angeschoben werden. Die mittlere Schätzung, die der Fonds in seinem Weltwirtschaftsbericht angibt, liegt bei bloß 0,5 – das heißt, dass es keinen wirklichen Multiplikator gibt. Andere Ökonomen warnen, dass eine Abkehr vom Sparkurs in der jetzigen Situation fatale Auswirkungen auf das Anlegervertrauen haben könnte.

Quelle: F.A.Z.

April 25, 2012, 4:35 p.m. ET

THE WALL STREET JOURNAL.
WSJ.com

Draghi Urges 'Growth Pact'

Remarks by Europe's Top Banker Reflect Unease About Region's Austerity Moves

By [STEPHEN FIDLER](#), [GABRIELE PARUSSINI](#) and [WILLIAM BOSTON](#)

BRUSSELS—A chorus of European leaders on Wednesday called for strategies to bolster the region's faltering growth, in comments reflecting the growing unease about the austerity medicine being applied to heal the region's economic woes—but their similar rhetoric hid widely divergent policy prescriptions.

European Central Bank President Mario Draghi embarked on the theme by saying euro-zone nations needed a "growth pact" to complement their existing agreements to enforce fiscal discipline, saying nothing that suggested he would support loosening budget restrictions.

His comments were seized upon by Chancellor Angela Merkel of Germany and French Socialist presidential candidate François Hollande as vindicating their arguments.

However, they did so from opposing standpoints: Mr. Hollande is pushing for much less budget stringency while Ms. Merkel's government remains the euro zone's foremost advocate of austerity.

The emphasis on growth comes amid increasing evidence that fiscal retrenchment in the euro zone is hurting growth and putting more pressure on governments and established political parties as far afield as Spain, France and the Netherlands, where the government collapsed this week over a budget dispute.

Hinting before the European Parliament that he believed the downturn could be lengthy, Mr. Draghi said now wasn't the time to contemplate easing the emergency measures the bank has introduced to combat the crisis.

"The uncertainty about the present situation is very, very high," he said. "Any exit strategy is premature given the current economic situation."

He said further measures were needed to boost growth. He said euro-zone countries had negotiated a fiscal compact "but my most present thought right now is to have a growth compact."

He didn't specify what that would entail, but most of his emphasis was on further so-called structural reforms—changes to the nuts and bolts of the region's economies that, for example, would improve the way labor markets function.

He hinted that countries should be judged on these actions and perhaps sanctioned if they failed to follow through.

"Ensuring competitiveness of all euro-area countries should be seen as a common responsibility," he said.

But he added that "growth won't just come through structural reforms," without suggesting what such alternative measures should be.

Mr. Hollande, the favorite to be elected in the second round of the presidential election on May 6, said the comments about growth backed his own.

"The fact that the ECB president has also added his voice to others' confirms that the commitment I have made will make the French election a decisive moment for Europe," he said.

Michel Sapin, a former finance minister and a senior member of Mr. Hollande's campaign team, said the candidate had helped change the shape of the debate in Europe.

"There has been an evolution in people's thinking," he said. "François Hollande is no longer isolated."

Mr. Hollande, giving his first news conference after topping Sunday's first-round vote, said if he were to be elected he would send a memorandum to European leaders explaining his plans for infusing more growth policies into Europe.

He would call, among other things, for euro-zone bonds to finance industrial and infrastructure projects; and the creation of a financial-transaction tax.

Ms. Merkel, speaking to a conference on raw materials hosted by her Christian Democratic Union party, said Europe needs budget discipline and the fiscal compact to reduce debt to overcome the euro-zone debt crisis.

"But growth is also needed," she said. "Growth in the form of sustainable initiatives, not just economic stimulus that simply increases sovereign debt, but rather growth in the form as expressed today by the president of the European Central Bank, Mario Draghi, in the form of structural reforms."

Mr. Draghi told the parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs that the central bank's three-year loans to financial institutions, made in December and February, have earned time to allow governments to put their finances in order.

"If the only thing we achieved was to buy time, that is an extraordinary success. Buying time is not a minor achievement," he said.

He gave no further hints as to future central-bank action, saying: "Now, the ball is entirely, squarely, in the court of governments and banks."

—*Matina Stevis, Todd Buell and Margit Fekter contributed to this article.*

April 24, 2012, 11:36 p.m. ET

THE WALL STREET JOURNAL.
WSJ.com

Head of Bundesbank: No Apologies

By [BRIAN BLACKSTONE](#) And [MATTHEW KARNITSCHNIG](#)

Germany's central-bank chief rejected calls for the European Central Bank to back off from its push for fiscal austerity, batting down mounting concern that the strategy is causing deep economic pain and escalating political upheaval across Europe.



WSJ's Brian Blackstone pulls up a chair on Mean Street to detail sharp criticism toward the European Central Bank from Jens Weidmann, head of Germany's central bank. AP Photo.

In an interview with The Wall Street Journal, Bundesbank President Jens Weidmann also made no apologies for his repeated warnings that some ECB anticrisis policies, including government-bond buying and looser collateral rules, threaten financial stability and may generate inflation.

"The crisis can only be solved by embarking on often-painful structural reforms and following up on fiscal consolidation," Mr. Weidmann said. "If policy makers think they can avoid this, they will try to. That's why the pressure has to be kept up."

The ECB has come under the spotlight again in recent weeks as Spain's borrowing costs rose sharply. The yield on 10-year Spanish bonds has approached 6% in recent weeks, a level some analysts think is unsustainable. Italian bond yields have risen as well, though they are lower than Spain's.

Many analysts doubt these countries can generate enough economic growth to ease their large debt burdens, and think the ECB will have to step in again, as it did last summer, by purchasing large amounts of Spanish and Italian bonds, lending more to banks or a combination of the two.

Such pleas for help are a concern to the Bundesbank, which worries that financial markets and governments are becoming too dependent on the ECB. "There's an impression that once an interest rate passes above 6%, the world is collapsing and everyone looks for someone to save the world. Nowadays, these demands are almost exclusively addressed" to the ECB and its member banks, Mr. Weidmann said. "That's worrisome."

His call was echoed by conservative allies in Northern Europe on Tuesday. Speaking to bankers in Berlin, Luxembourg central banker Yves Mersch called fiscal austerity "a top priority" while German Chancellor Angela Merkel said thrift is the foundation for economic revival.

"One of the first conditions of creating a life that's tolerable is that you get by on what you earn," Ms. Merkel said.

Skeptics of Germany's focus on fiscal retrenchment are gaining traction. French Socialist candidate François Hollande is favored to oust President Nicolas Sarkozy, Ms. Merkel's ally on fiscal discipline. The Dutch government collapsed Monday after failing to win enough parliamentary support for budget cuts.

The ECB stepped up its crisis response in recent months to avert a credit crunch, lending a total of €1 trillion (\$1.32 trillion) to banks at three-year maturities in a pair of installments. That calmed markets for a few weeks, but renewed strains in bond markets suggest the effect is wearing off. "So far, I haven't seen any convincing reason for myself to embark on a third" three-year loan operation, said Mr. Weidmann, who voted in favor of the first two.

'Monetary policy cannot fulfill each and every market expectation. Financial markets shouldn't expect that once interest rates are above 6% or 7%, [central banks] will intervene,' said Jens Weidmann.

Mr. Weidmann dismissed suggestions by prominent politicians, including France's Mr. Hollande, that the ECB should focus on spurring economic growth in addition to its mandate of keeping inflation under control. The ECB's charter calls for it to keep inflation just below 2%. Annual inflation is running at 2.7%, making it harder for the central bank to lower interest rates to help reduce unemployment.

"In the current context, demands for a mandate for growth basically aim at a mandate for monetary financing" of governments, Mr. Weidmann said. "We had this in the past...the consequence was high inflation and uncertainty," he said, calling the entire debate "not helpful."

Mr. Weidmann rejected another crisis fix that has many advocates in Europe: common issuance of government bonds. Doing this without having countries give up control over their public finances "comes down to handing out your credit card and having someone else shop with it."

The ECB's structure gives all 23 members of its governing council an equal say, meaning Mr. Weidmann's vote has the same weight as that of the central banker from tiny Malta. Even so, the Bundesbank's views carry symbolic weight.

The ECB was founded in the late 1990s on the German principle that strictly separates central bankers from governments, one that is rooted in Germany's own history. In the early 1920s, its central bank at the time, called the Reichsbank, bought massive amounts of government bonds that it paid for by printing money. The result was runaway inflation, an episode that scars Germany's public psyche as much as the Great Depression does in the U.S. The Bundesbank safeguarded Germany's post-World War II recovery by focusing on a single mandate to keep inflation low, a duty now enshrined in the ECB's charter.

The list of key decisions where the Bundesbank has been on the losing side is growing. Mr. Weidmann or his predecessor, Axel Weber, opposed proposals to buy Greek and other government bonds, expand the program to include Spanish and Italian bonds and ease collateral rules for ECB loans. In each case, a strong majority was on the other side.

German officials and economists think that by providing this support, the ECB is reducing pressure on governments to take steps to resolve the crisis. They point to backtracking by countries such as Greece and Italy over the past two years on deficit-reduction promises after the ECB stepped in to buy their bonds.

Mr. Weber and Germany's other top ECB official, former executive board member Jürgen Stark, resigned last year in protest over ECB policies. Mr. Weidmann, 44 years old, an early favorite to succeed Mario Draghi as ECB president in 2019, appears to have no intention of being a martyr.

"I make my point in the [ECB's] governing council. This is my job. I'm at the Bundesbank for eight years, and I do the best I can to deliver on my task," he said.

Mr. Weidmann's critics in the financial markets say his public candor over the risks associated with easy monetary policy and abundant loans to banks undermine the effectiveness of these programs, making the crisis worse. Many observers think an unlimited commitment by the ECB to stabilize markets would help restore order; signs of division between the ECB and its most powerful member, they say, cause nervousness. Mr. Weidmann rejects the criticism.

"Monetary policy cannot fulfill each and every market expectation. Financial markets shouldn't expect that once interest rates are above 6% or 7%, [central banks] will intervene," he said.

Mr. Weidmann played down recent surveys of purchasing managers that signal a deepening contraction in the euro-zone economy, suggesting he sees no need for interest-rate cuts or other stimulative measures.

"It doesn't make sense to pick out one piece of bad news. So far the news has been definitively more positive compared to last fall," he said.

—*William Boston in Berlin contributed to this article.*

François Hollande and austerity

Leader of the axis of growth?

Elysée Apr 25th 2012, 18:32 by S.P. | PARIS



FRANÇOIS HOLLANDE was on remarkably good form this afternoon at a [press conference](#) in Paris. He has made such an effort recently to appear solemn and presidential that it is almost a surprise to find him back to cracking jokes.

The main subject of his good humour, besides the continuing favourable second-round [opinion polls](#), was a comment made this morning by Mario Draghi, head of the European Central Bank. Mr Draghi suggested that he would be in favour of a “growth pact”. The news has been all over the French media today. For Mr Hollande, a week-and-a-half before the run-off on May 6th, this was too good to be true. And it probably is.

Mr Hollande has been campaigning for months on the idea that, if elected, he will “renegotiate” the German-backed fiscal pact for the euro, which emphasises fiscal austerity. He says his first trip as president will be to Berlin, where he will [tell Angela Merkel](#) not only that he wants more emphasis on growth, but that he will block ratification of the (signed) treaty if he doesn’t get his way.

This afternoon, Mr Hollande laid his policy out more clearly. He was still in favour of budgetary discipline, he said. But this needed to be balanced with growth-supporting measures. These could be dealt with in a recast treaty—or as part of a new growth pact to “complement” the fiscal one.

He has a four-point plan: to create European “project bonds” to finance growth-stimulating infrastructure and energy projects; to reinforce investment by the European Investment Bank; to introduce a financial-transaction tax among willing European countries; and to use structural funds more efficiently.

Until now Mr Hollande has sounded like a voice in the wilderness. Nicolas Sarkozy’s people have mocked what they see as his grossly inflated sense of his own potential bargaining power. “It’s completely out of the question to renegotiate the treaty,” one of the Sarkozy team told me a few weeks ago. “He’s getting everybody’s backs up with this idea.”

Take Mr Draghi’s comments, however, combine them with growing voices within Europe for less austerity and more growth (see Spain and Italy) and throw in similar views in the United States and at the IMF, and suddenly Mr Hollande no longer looks like an outlier but like a leader who has anticipated the changing mood. No wonder he was looking so chuffed today.

The catch is this: when Mr Hollande talks about growth-supporting measures, does he mean the same thing as everybody else? His plans are not to adapt the rate of fiscal tightening to economic conditions, or to balance structural reform with a boost to demand. They are mainly to borrow and spend more at a European level. And that is presumably not what leaders like Mario Monti or Mr Draghi have in mind.

Netherlands

Wilders discovers Europe

25 April 2012

[Trouw](#) Amsterdam



Candela Foto Art / Kreuziger / PE Sanchez

Now that the Dutch Prime government has fallen, with elections likely for 12 September, political commentator Les Oomkes argues that Wilders' railing against Europe might prove fortuitous: leading to Europe as the central theme of the election campaign and a shift in the political balance of power.

[Lex Oomkes](#)

Should the forthcoming elections in the Netherlands have the effect of reducing both the fragmentation of political parties and the electorate's inclination towards the left and right-wing extremities, then the current crisis may ultimately prove a blessing in disguise.

However, one would have to be a born optimist to consider this a genuine possibility. Unfortunately, the latest indications do not bode well. There is currently nothing to suggest that there will be prospects for the formation of a politically sound coalition with a logical composition following the elections. Quite the contrary, fragmentation and further instability would appear to be on the cards.

Since 2002, just a decade ago, the Netherlands has had a string of five governments. And the political middle ground has all but been abandoned during this period. In fact, the previously dominant three major parties, PvdA (Labour), CDA (Christian Democrat) and VVD (Liberal) may perhaps even fail to jointly secure a majority in the Lower House.

Europe as the root of all evil

In the meantime, however, the odd ray of hope has also been spotted. For instance, in a statement issued on Saturday with a view to explaining his rather curious behaviour during the recent Catshuis negotiations, Mr Geert Wilders claimed that the EU is the root of all evil. He appears to be suggesting that Brussels had put pressure on the minority government to withdraw to the Catshuis in order to negotiate further extensive cost-cutting measures.

While Mr Wilders' statement was the most obvious nonsense, this by no means suggests that it is insignificant. His PVV (Party for Freedom) has declared the EU the 'ogre', against which it eagerly looks forward to campaigning during the next few months.

Based on the philosophy of PVV, this would appear an entirely logical strategy to pursue. The party's highly peculiar blend of principles – extremely right-wing in its approach to social issues, yet leftist in its defence of the crumbling vestiges of the Dutch welfare state – would appear to have singled out the main threat: Brussels.

It is Brussels, for instance, which insists that we abide by agreements on the freedom of movement of employees. And PVV views these employees as a threat to the purely Dutch nature of society in the Netherlands, and therefore also a threat to the welfare state.

Mr Wilders appears to have come to the conclusion that his electorate might be more readily mobilised to combat the EU, rather than the envisaged Islamisation of the Netherlands.

For some (strange) reason, the future of the Netherlands in Europe has not been the central theme of an election campaign since the referendum. Mr Wilders now appears determined to force the issue, however, and hopefully he will succeed.

How to proceed with Europe?

After all, the division of political strengths on issues relating to Europe is different to that on classic themes, such as the (national) economy. The classic contrast of left and right-wing views has more or less faded into oblivion.

Other controversies arise when the key issue is what we want from “Europe”. And it is high time that political emphasis were placed on this issue. Furthermore, the topic offers opportunities for an entirely different balance of political power.

Mr Wilders naturally envisages opportunities for himself. There is no reason why the other parties should not take up the gauntlet, however, to show that the only way forward for the Netherlands lies in the area of further increased European cooperation. This would also appear to be an excellent opportunity for those at the centre of the political spectrum to regain their relevance, thus promoting the governability of the nation.

Demographiepoltik ohne Konzept

Jedes Alter zahlt

F.A.Z. 24.04.2012 · Viel zu wenig, viel zu spät: Die Demographiestrategie der Bundesregierung ist ein Trauerspiel. So vergeuden wir die Jahre, die bleiben, bevor die Gesellschaft zu alt und zu krank wird.

Von Reiner Klingholz



© Greser & Lenz

Heute verabschiedet das Bundeskabinett seine Demographiestrategie. Sie kommt mit einem gewissen Zeitverzug, denn seit 40 Jahren ist absehbar, wohin die Reise geht: Schon in den frühen 1970ern ist die Nachwuchszahl in Deutschland unter jenen Wert gesunken, der für eine stabile Bevölkerung notwendig wäre. Seit Mitte der 60er hat sich die Zahl der jährlich Neugeborenen in Deutschland mehr als halbiert. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung um zehn Jahre gestiegen. Die Alterung der Gesellschaft und ihr langfristiger Schwund waren damit so früh programmiert wie in keinem anderen Land.

In den vier Jahrzehnten, in denen der demographische Wandel zunächst unbemerkt in unser Leben eingedrungen ist, haben die Nachkriegsgenerationen ihre produktivste und für die Gesellschaft einträglichste Phase durchlebt. Deutschland hat eine „demographische Dividende“ eingefahren, was immer dann möglich ist, wenn der Anteil der Erwerbsfähigen an der gesamten Bevölkerung besonders groß ist. Es war also vier Jahrzehnte lang Zeit, Rücklagen für die absehbaren Verrentungswellen zu bilden, für die Lücken am Arbeitsmarkt vor auszuplanen, eine moderne Familienpolitik zu entwerfen, die den jungen Menschen Zuversicht und Sicherheit gewährt, und alles zu tun, um das schwindende Erwerbspotential durch bessere Bildung zu kompensieren. Doch die unterschiedlichsten Regierungen der Bundesrepublik haben die goldenen Zeiten verstreichen lassen. Jetzt ist es höchste Zeit, die Auswirkungen des demographischen Wandels auf allen Ebenen abzumildern. Genau das wäre eine Demographiestrategie.

Das Werk mit dem Titel „Jedes Alter zählt“ ist jedoch keine Strategie, sondern im Wesentlichen eine kleinteilige Bestandsaufnahme von Programmen, Initiativen und Forschungsvorhaben, die ohnehin bereits existieren, von der Initiative „Mehr Männer in Kitas“ über die Forschungsagenda „Das Alter hat Zukunft“, den „Nationalen Aktionsplan Integration“ bis hin zum Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“. Eine wirkliche Strategie müsste erstens auf einer schonungslosen Analyse aufbauen, zweitens ein langfristiges, klares Ziel vorgeben und drittens erklären, mit welchen Eingriffen dieses Ziel unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel und Möglichkeiten zu erreichen wäre.

Interessanterweise hat die Bundesregierung im vergangenen Oktober mit ihrem Demographiebericht eine Analyse vorgelegt, die einen Großteil der Herausforderungen klar beschreibt, seien es die Probleme der umlagefinanzierten Sozialsysteme oder die demographische Abwärtsspirale in vielen ländlichen

Gebieten. Das Ziel der Bundesregierung jedoch ist hoffnungslos überdimensioniert: Mit der Demographiestrategie will sie Wirtschaftsdynamik und Innovationskraft stärken, Familien unterstützen, Hilfe für Hochbetagte und Pflegebedürftige bereitstellen, flächendeckend für eine Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen sorgen und dergleichen mehr. Hinzu kommt eine Reihe von Allgemeinplätzen, die in jedes Parteiprogramm passen: Chancen eröffnen, Potentiale entwickeln, Wachstum und Wohlstand sichern. Und alles unter der Garantie nachhaltiger, gesunder Finanzen.

Das kann so natürlich nicht funktionieren. Denn heute sorgen vor allem die starken und gut qualifizierten Kohorten der Babyboomer für Wohlstand und einen Exportüberschuss ohnegleichen. Dennoch hat sich das Wirtschaftswachstum, gemittelt über die letzten zehn Jahre, auf weniger als 1 Prozent abgeschwächt. Im Jahrzehnt zuvor waren es noch 1,9 Prozent. Und davor 2,3 Prozent. Die dünnbesetzten Jahrgänge, die den Babyboomern folgen, werden nicht plötzlich das Ruder herumreißen und wieder für mehr Wachstum sorgen können. Zumal sie neben der Versorgung ihrer Vorgänger auch noch für die über die Jahre aufgetürmten Schuldenlasten aufkommen sollen.

Der Trend wird 2030 nicht enden

Die Unternehmen müssen sich bis 2030 darauf einstellen, mit 6,3 Millionen weniger Erwerbsfähigen im Alter von zwanzig bis 64 Jahren auszukommen, aber gleichzeitig so produktiv zu sein, dass die Gesellschaft einen Zuwachs von 5,5 Millionen über Vierundsechzigjähriger finanzieren kann. Und dieser Trend endet nicht 2030: Bis 2050 dürften im Vergleich zu heute sogar 12,7 Millionen mehr Personen ins heutige Rentenalter hineinwachsen, als junge Menschen ins Erwerbsleben nachrücken.

Es ist zwar geplant, das Rentenalter in homöopathischen Dosen zu erhöhen. Aber dies wird nicht einmal dem Ausmaß der Alterung gerecht, denn die Lebenserwartung steigt schneller, als das Rentenalter hochgesetzt werden soll. Gerade erst hat der Internationale Währungsfonds (IWF) die Lücken der privaten und gesetzlichen Rentenkassen bis 2050 in Deutschland auf mehr als zwei Billionen Euro taxiert. Bis 2050 dürfte hierzulande jeder Siebte älter als achtzig Jahre sein. Weil gerade die hohen Jahrgänge die am stärksten wachsende Altersgruppe stellen, ist mit einer Verdopplung der Demenzkranken bis 2050 zu rechnen, während die Zahl der potentiell Pflegenden innerhalb und außerhalb der Familie dramatisch zurückgeht. Das alles muss bezahlt werden.

Aus diesen Fakten zieht das Papier der Bundesregierung jedoch nicht den Schluss, dass es künftig weniger an die Rentner und hilfebedürftigen Alten zu verteilen gibt und/oder die Arbeitenden mehr Sozialbeiträge und Steuern zahlen müssen. Dies ehrlich zu sagen wäre jedoch die Grundlage für „einen Dialogprozess mit allen Gestaltungspartnern“, wie ihn die Strategie fordert.

Potential bei Frauen, Älteren und Geringqualifizierten

Aber wie will man einen Dialog führen, wenn noch andere, demographisch bedingte Belastungen glatt unter den Tisch fallen, etwa die Pensionsansprüche der Beamten und Soldaten. Die bis 2050 anfallenden Versorgungsverpflichtungen des Staates summieren sich auf mindestens 1,3 Billionen Euro. Mangels Rücklagen müssen sie größtenteils aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Es handelt sich also um implizite Schulden, die deutlich über jenen der offiziellen Staatsverschuldung liegen, aber in der Demographiestrategie gar nicht zur Sprache kommen. Folgerichtig können auch keine Eingriffe zur Sprache kommen, etwa notwendige Pensionskürzungen oder die weitere Heraufsetzung des Pensionsalters, die schon deshalb stärker ausfallen müsste als beim Rentenalter, weil Beamte im Schnitt zwei Jahre länger leben als gewöhnliche Erwerbstätige.

Angesichts der wachsenden Belastungen käme es darauf an, die Wirtschaft so wettbewerbsfähig wie möglich zu halten, damit der Staat über Steuern und Abgaben ausreichend hohe Einnahmen erzielen kann. Die Bundesregierung will für Wachstum und Wohlstand fast ausschließlich durch die Aktivierung noch nicht genutzter Potentiale sorgen, aus den üblichen am Arbeitsmarkt marginalisierten

Bevölkerungsgruppen: Frauen, Ältere und Geringqualifizierte. Das tut sie - zu Recht und mit Erfolgen - seit geraumer Zeit. Trotzdem wird der Fachkräftemangel größer. Er ist in seinem Ausmaß zwar umstritten, aber binnen zehn Jahren wird er sich auf nahezu alle Branchen ausweiten. Dass bereits im Jahr 2011 in Deutschland 30000 Lehrstellen ohne Auszubildende geblieben sind, zeigt, was auf uns zukommt: Es fehlen nicht nur die Qualifizierten, sondern auch der Nachwuchs, der die Lücken schließen könnte.

Dringend benötigte Fachkräfte müssten also vermehrt aus dem Ausland kommen. Aber Zuwanderung gilt nur als allerletzte Option in der Demographiestrategie. Überspitzt formuliert, müsste erst der letzte gering qualifizierte Arbeitslose für einen Ingenieursjob bei SAP oder Bosch fortgebildet sein, bis die Bundesregierung über eine grundlegende Neuausrichtung der Einwanderungspolitik nachdenkt. Laut Strategie kann eine „zielgerichtete Migrationspolitik“ lediglich helfen, „Engpässe am Arbeitsmarkt“ besser zu bewältigen. Es geht aber nicht um Engpässe, die sich bekanntlich wieder auflösen, sondern um Lücken, die immer größer werden.

Nötig wäre es, Ziele und Erwartungen an potentielle Einwanderer aus Drittstaaten zu formulieren, damit sich der Bedarf international herumspricht. Nötig wären Anwerbeagenturen und Jobbörsen im Ausland, wie sie etwa Kanada betreibt, um gute Köpfe selbst aus Deutschland abzuwerben. Das alles muss frühzeitig geschehen. Zurzeit mildert die Arbeitslosigkeit in den EU-Krisenstaaten den hiesigen Fachkräftemangel; aber weil die südlichen und östlichen EU-Länder selbst in der demographischen Klemme stecken, verlieren sie mittelfristig ihr Abwanderungspotential.

Mit Selbstlob überschüttet

Die mit Selbstlob überschütteten Zuwanderungserleichterungen für Hochqualifizierte sind marginale Veränderungen für eine Gruppe, die bislang nicht Schlange stand, um bei uns arbeiten zu können: Hochqualifizierte machen nach wie vor einen großen Bogen um Deutschland. Das Beste, was die Regierung in Sachen Anwerbung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten vorzuweisen hat, ist eine mit knapp einjähriger Verspätung umgesetzte Einführung der EU-Richtlinie zur Blue Card. De facto bleibt es in Deutschland bei dem seit 1973 gültigen Prinzip: Grundsätzlich ist Zuwanderung verboten; Ausnahmen können ermöglicht werden. An Ausnahmeregelungen gibt es an die vierzig. Die sind weder systematisch noch logisch aufeinander abgestimmt, zudem so kompliziert, dass selbst Experten sie nicht durchschauen, geschweige denn einwanderungswillige Fachkräfte. So schaffen es nur die großen Unternehmen, über ihre internationalen Verbindungen und ausländischen Niederlassungen, an qualifizierte Mitarbeiter zu kommen. Der für das Gemeinwesen so wichtige Mittelstand wird jedoch regelrecht vom weltweiten Arbeitsmarkt abgeschnitten.

Dabei geht es nicht nur um freie Stellen, sondern um die generelle Alterung ganzer Belegschaften. Weil die Mitarbeiter den Firmen künftig länger erhalten bleiben, steigt der Altersschnitt im Unternehmen weiter. Nach wie vor sind es aber die Jungen, die das neue Wissen von den Universitäten mitbringen und auch risikobereiter sind. Das Land braucht somit junge Eliten von anderswo, aus Indien, Brasilien oder Nordafrika, wo sie in atemberaubendem Tempo nachwachsen und über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet werden. Wir müssten uns deshalb ganz offensiv um einen Brain Gain, einen Gewinn an Humanvermögen aus der ganzen Welt bemühen. Anderenfalls gehen wir den japanischen Weg und verschenken unsere Vorreiterrolle in Europa und der Welt.

Japan, wo die Kinderzahlen noch niedriger sind als in Deutschland, sperrt sich gegen jede Zuwanderung und steuert offenen Auges auf ein Dasein als ethnisch homogenes Altersheim zu. Die Bevölkerung schrumpft, der Binnenkonsum bricht ein, und die Staatsverschuldung ist mittlerweile auf das Doppelte der jährlichen Wirtschaftsleistung gestiegen; die ersten Experten sprechen dem Land mittlerweile generell die Reformfähigkeit ab. Die Krise verschärft sich, weil einstigen Vorzeigeunternehmen und Technologieführern wie Sony, Sharp oder Panasonic die frischen Ideen ausgegangen sind. Die Riesen der Vergangenheit schreiben nur noch rote Zahlen. Ein Narr, wer nicht erkennt, dass dies mit der demographischen Entwicklung zusammenhängt.

„In allen Regionen Deutschlands“

Ähnlich wie dort schrumpft auch hierzulande die Bevölkerung - bis 2050 um mindestens zwölf Millionen. Dies entspricht immerhin der gesamten Einwohnerschaft der zwölf größten Städte, von Berlin bis Leipzig. Der Rückgang gilt im Übrigen unter einer Annahme von Zuwanderungszahlen, die Deutschland im Mittel der vergangenen Jahre gar nicht erreicht hat. Der Schwund wird sich aber nicht gleichmäßig über das Land verteilen, sondern vor allem jene Gebiete treffen, die schon heute unter der Abwanderung junger Menschen leiden: periphere ländliche Räume und alte Industrieviertel, die den Strukturwandel nicht bewältigt haben. „Wolfserwartungsland“ heißen solche Regionen schon in Politikerkreisen.

Aber genau dieses Leerlaufen will die Bundesregierung verhindern. Spätestens hier führt die Strategie auf absurdes Terrain. Denn sie setzt sich nicht nur „mit Nachdruck für das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse“ ... „in allen Regionen Deutschlands ein“. Sondern sie legt auch „einen besonderen Schwerpunkt auf die Unterstützung von Regionen, in denen die demographische Entwicklung zu sinkender Attraktivität für die Einwohner und Wirtschaft führen kann“. Ob die begrenzten Mittel dort am besten investiert sind, wo die Erfolgsaussichten am geringsten sind, ist die eine Frage. Die andere ist, warum dieses Konzept, das seit zwanzig Jahren erfolglos umgesetzt wird, jetzt alles besser machen soll.

Ländliche Gebiete in Sachsen-Anhalt, in Vorpommern oder Brandenburg brauchten mittlerweile eine regelrechte Besiedlungspolitik nach dem Vorbild von Friedrich II., wollte man all die Schulen und Kindergärten, die Kulturscheunen, Museen und Spaßbäder mit Leben füllen und die Unterhaltskosten für Kläranlagen, Fernwärme und Wasserleitungen decken. Manche Politiker in der Provinz und sogar in Länderministerien rufen bereits nach einer Einwanderung, denn ohne Konsumenten, Gebühren- und Steuerzahler braucht der Letzte das Licht bald nicht mehr auszumachen. Die Energieversorger stellen den Strom schon vorher ab.

Der Strategie fehlt der Ordnungsrahmen

Die Lebensbedingungen im schrumpfenden Deutschland im Hinblick auf Bevölkerungsdichte, Erreichbarkeit und Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen werden also mit Sicherheit ungleicher. Viele Regionen werden kontinuierlich Bevölkerung verlieren, nicht alle werden zu halten sein. Der Prozess des Schrumpfens muss jedoch begleitet werden, denn man kann die Bürger und lokalen Verwaltungen nicht im Regen stehen lassen. Der Strategie fehlt jedoch der Ordnungsrahmen für das Kleinerwerden. Denn dafür müsste die Ungleichwertigkeit (wem das Wort missfällt, kann ja von Vielfalt sprechen) Teil der politischen Planung werden, genau wie die Gleichwertigkeit, also die Anpassung an ein höheres Lebensniveau, ein sinnvolles Ziel zu Zeiten von Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswunder war.

Das Dogma der Gleichwertigkeit gefährdet die Chancen jener Regionen, die sich möglicherweise stabilisieren können. Die Mittel sind begrenzt, und man sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren. Die demographisch angeschlagenen Gebiete brauchen Entwicklungsmöglichkeiten unter anderen gesetzlichen Rahmenbedingungen, denn bestehende Gesetze und Normen wurden unter Wachstumsannahmen erstellt. In Schrumpfgemeinden treiben sie nur die Kosten hoch. Und die Gebiete benötigen nicht-zweckgebundene Regionalbudgets, mit denen sie ihre Infrastruktur, ihre Schulen, Alteneinrichtungen oder den Nahverkehr selbst planen und dabei auf neue, an das Schrumpfen angepasste Ideen kommen können. Kurz: Sie brauchen einen zulassenden Staat, der Bürgern und lokalen Verwaltungen die Möglichkeit gibt, ihre eigene Zukunft zu gestalten. Mehr denn je hängt es von den Engagierten in den Gemeinden ab, ob bestimmte Regionen eine Zukunft haben oder eben nicht.

Massiv sinkende Bevölkerungszahlen und die vielbeschworene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die Alterung der Erwerbstätigen, eine Zuwanderung, die auf das Unvermeidliche begrenzt wird, und gleichzeitiger Schuldenabbau - das alles zusammengerechnet ergibt eine Gleichung ohne Lösung. Das

Problem ist, dass die Bundesregierung über die Realität im Lande und die Sackgassenpolitik der Vergangenheit offenbar nicht reden will, weil sie fürchtet, dass Ehrlichkeit von den Wählern bestraft wird. Nichtstun aber verschlimmert die Lage und macht spätere Lösungen teurer oder unmöglich, wie der phlegmatische Umgang mit dem demographischen Wandel über die letzten vierzig Jahre belegt.

Ein neuer Generationenvertrag

Eine Demographiestrategie muss die Bürger auf die Realität einschwören. Diese sind vermutlich weniger ignorant, als die Politik es vorsehend unterstellt. Sie könnten durchaus begreifen, dass eine richtig gesteuerte Zuwanderung im Interesse des ganzen Landes ist und die Voraussetzung für eine stabile Wirtschaft und Wohlstand. Dass nicht alle Regionen Deutschlands unter gleichen Standards leben können und müssen und dass regionale Unterschiede ihren eigenen Charme haben, wie in vielen anderen Ländern auch. Und dass wir einen neuen Generationenvertrag brauchen, in dem weniger die Finanzierung der alternden Gesellschaft, sondern eher die Investitionen in die junge Generation im Vordergrund stehen. Bei allem, was die Älteren zu leisten in der Lage sind: Es werden in erster Line die Jungen sein, die den Karren, auf dem wir alle sitzen, in Zukunft aus dem Dreck ziehen müssen.

Reiner Klingholz ist Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Anteil der jeweiligen Altersjahrgänge

In Prozent

Deutschland 2009

Jahre

Männer

Frauen

100 und älter

90

80

70

60

Erwerbsfähige

50

40

30

20

10

0

Prozent

0,75

0,5

0,25

0,0

0,25

0,5

0,75

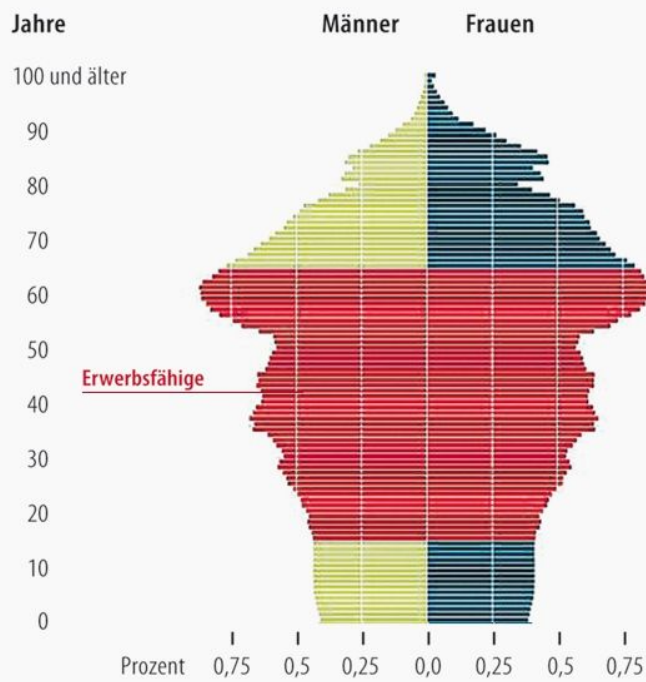
Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; Statistisches Bundesamt.

F.A.Z.-Bearbeitung sie.

Anteil der jeweiligen Altersjahrgänge

In Prozent

Deutschland 2025



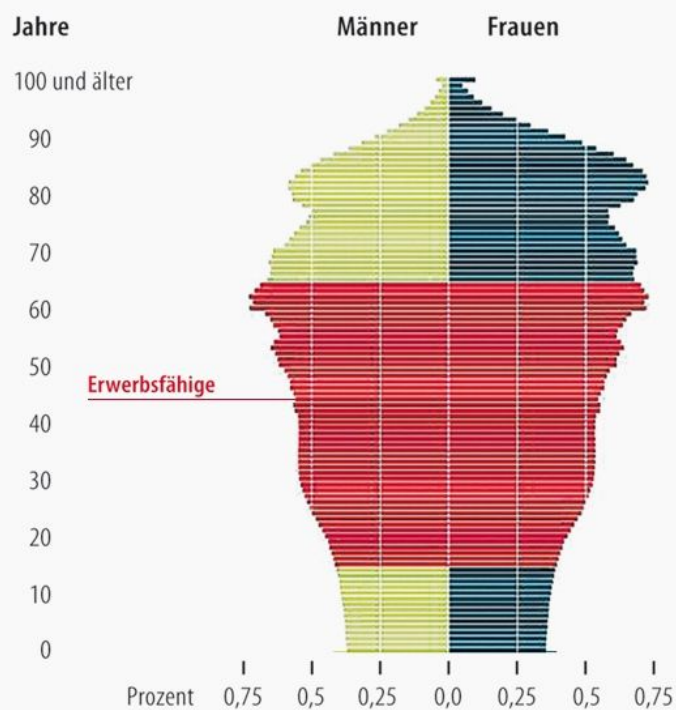
Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; Statistisches Bundesamt.

F.A.Z.-Bearbeitung sie. **En**

Anteil der jeweiligen Altersjahrgänge

In Prozent

Deutschland 2050



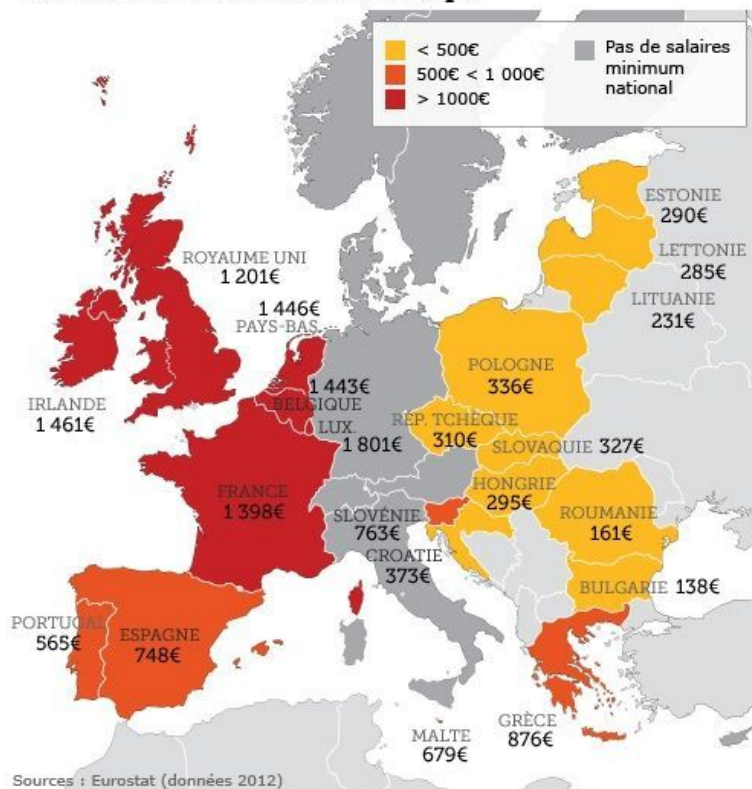
Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; Statistisches Bundesamt.

F.A.Z.-Bearbeitung sie.

Europe, le salaire minimum pâtit de la crise

Par [Marie Bartnik](#) Mis à jour le 24/04/2012 à 17:06 | publié le 23/04/2012 à 10:38 [Réactions](#) (80)

Le salaire minimum en Europe



Le salaire minimum mensuel en euros brut en Europe, sur 12 mois. Pour les salaires minimum espagnols, grecs et portugais, qui sont versés sur 14 mois, la somme mensuelle versée a été ajustée.

INFOGRAPHIE - La France se situe au 4e rang des pays européens pour la générosité de son salaire minimum. Ces derniers mois, l'austérité budgétaire a contraint plusieurs pays à l'abaisser.

• Salaire minimum: une grande hétérogénéité en Europe

En Europe, [le salaire minimum varie](#) de 138 euros mensuels brut en Bulgarie, à 1801 euros au Luxembourg. Même s'il est exprimé en standard de pouvoir d'achat (SPA), qui permet de prendre en compte les différences de prix entre les pays, l'hétérogénéité reste très forte au sein de l'Union européenne (272 euros en Bulgarie, 771 euros en Espagne, 1495 euros au Luxembourg). «Cela traduit la grande disparité des pays de l'Union en termes de PIB par habitant», explique Marion Cochard, économiste à l'OFCE. La France, quant à elle, se situe dans la fourchette haute: avec un smic à 1262 euros brut (SPA), elle est le quatrième pays le plus généreux de l'UE, après le Luxembourg, les Pays-Bas et la Belgique. Et ce alors qu'en 2010 elle n'était, [selon Eurostat](#), que le 14e pays de l'UE le plus riche par habitant.

Tous les pays de l'UE ne disposent cependant pas d'un salaire minimum. Seuls 20 pays sur 27 en ont adopté un, qui couvre l'ensemble de leurs salariés. En Allemagne, en Autriche, en Italie ou encore dans les pays nordiques, les rémunérations minimales sont fixées par des accords de branches. «Dans les pays nordiques, la plupart des salariés sont couverts. Mais en Allemagne, le marché du travail est [devenu dual](#): si les salariés de l'industrie sont bien protégés, ceux des services peuvent être rémunérés moins de 4 euros brut de l'heure», explique Marion Cochard.

• Un difficile arbitrage entre lutte contre la pauvreté et protection de l'emploi

«Le salaire minimum est un instrument de lutte contre la pauvreté. Mais toute la difficulté est de le hisser à un niveau qui ne pénalise pas l'emploi», explique Christine Erhel, chercheuse au [Centre d'études de l'emploi](#). Ce niveau est généralement fixé autour de 50% à 60% du salaire médian*. En deçà, il est jugé inefficace à lutter contre la pauvreté des travailleurs. Mais, à un niveau trop élevé, il écrase la hiérarchie des salaires et nuit à la compétitivité des entreprises. «D'une manière générale, on renchérit le coût du travail si la hausse du salaire minimum est supérieure à celle de la productivité. Or depuis la crise, la plupart des pays de l'UE ont perdu en productivité», explique Marion Cochard.

Dans certains pays, comme l'Espagne ou le Portugal, «le salaire minimum est conçu comme une rémunération de subsistance, précise l'économiste. D'autres pays, comme la France ou la Belgique, y voient en outre un moyen de stimuler le pouvoir d'achat». Les «coups de pouce» au [smic](#), accordés en sus de l'inflation, et la récente proposition de François Hollande [de l'augmenter s'il est élu](#) se situent dans cette perspective. Au Royaume-Uni, qui l'a réinstauré avec succès en 1998, le salaire minimum constitue l'un des principaux moyens de lutte contre la pauvreté. À 1202 euros brut en 2012, il a été [augmenté de 4,8% par an en moyenne entre 2000 et 2008](#), contre 2,5% en France.

• Des salaires minimums orientés à la baisse dans plusieurs pays

Dans la plupart des pays européens, le salaire minimum est réévalué annuellement en fonction de l'inflation. Mais plusieurs pays en difficulté de la zone euro l'ont récemment gelé, voire rogné, sous l'effet de la crise. C'est le cas de la Grèce, de l'Irlande, de l'Espagne... Même les pays d'Europe de l'Est, dont les salaires minimums se situent en bas de l'échelle européenne, ont procédé ces derniers mois à des ajustements. «Il s'agit à la fois de doper la compétitivité de ces économies et d'alléger les charges qui pèsent sur les entreprises, donc de préserver l'emploi sans grever les finances publiques. C'est une façon de partager le travail», explique Marion Cochard.

En Allemagne, en revanche, l'idée d'instaurer un salaire minimum national fait son chemin. En novembre dernier, le parti d'[Angela Merkel](#), la CDU, a [donné son accord](#) pour introduire un seuil minimal dans les branches professionnelles qui en sont actuellement démunies. La forte augmentation du nombre de travailleurs pauvres en Allemagne depuis la réforme du marché du travail du début des années 2000 et la bonne tenue de la croissance allemande ont fait surgir ces revendications. La Commission européenne, la semaine dernière, leur a [fourni un appui](#), en déclarant «plaider pour la généralisation de salaires minimaux (...) qui ont bien contribué à réduire la pauvreté et à soutenir la demande». «Une façon de dire, estime Marion Cochard, que l'Allemagne doit prendre le relais de la croissance européenne, en stimulant sa consommation.»

*Le salaire médian est tel que la moitié des salariés gagne moins et l'autre moitié plus.

Demografischer Wandel

Die Pflege-Gesellschaft

FAZ 09.01.2011 · Im Jahr 2030 gibt es eine Million mehr Pflegebedürftige in Deutschland. Sie leben im Heim oder brauchen Unterstützung zu Hause. Der Markt für professionelle Pflege wächst - doch keiner weiß, wer das am Ende alles bezahlen soll.

Von [Lisa Nienhaus](#)



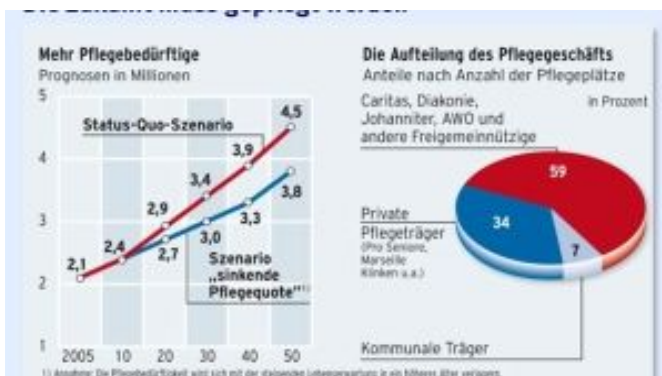
Häusliche Pflege: Noch werden die Alten von ihren Töchtern gepflegt

Charlotte Umlauf ist fidel. Morgens Gehirnjogging und Gymnastik, später Billard, vielleicht noch eine Runde Rommé Cup, abends mit dem Rollator ins gemütliche „Restaurant“. Nächsten Monat wird sie 90 Jahre alt, doch ihre Tage sind beinahe so abwechslungsreich wie die ihrer „Jugendgruppe“, ihrer Freundinnen um die 70 Jahre. Und das, obwohl sie sich ohne Begleitung nicht mehr aus dem Haus traut.

Sie muss aber auch gar nicht mehr raus, findet sie. Umlauf wohnt im Pflegeheim. Jedoch nicht in einem der herkömmlichen mit Linoleumboden, Plastikstühlen und Neonlicht. Sondern in der „Villa Kursana“ in Frankfurt, die zur Berliner Dussmann-Gruppe gehört. Die Villen sind die Nobelhäuser in Dussmanns Pflegekette: mit rotem Teppichboden, großem Entrée samt Scarlett-O’Hara-Treppe, plüschigen Stühlen, mit mehr Pflegern als üblich, einem Therapie-Hund, einer Bar – und Unterhaltungsprogramm. „Es ist schön, hier seinen Lebensabend zu verbringen“, sagt Umlauf. „Nur der Lebensabend an sich ist nicht schön.“

Jeder dritte Pflegeplatz befindet sich in einem privaten Heim

Charlotte Umlauf gehört zu einer Gruppe von Deutschen, die kontinuierlich wächst: den Pflegebedürftigen. Waren es 2007 noch rund 2,4 Millionen, so werden es 2030 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts schon 3,4 Millionen sein, also fünfzig Prozent mehr. Dazu kommt: ein immer größerer Anteil der Alten wird professionelle Pflege benötigen. Das sagt zumindest der Ökonom Boris Augurzky, der sich am RWI Essen mit dem Pflegemarkt beschäftigt. Heute werden die Alten noch häufig daheim gepflegt, überwiegend von ihren Töchtern. Die Menschen, die bald alt sind, haben aber erstens weniger Kinder. Zweitens sind die Töchter, die sie haben, häufiger berufstätig als bisher. „Es rechnet sich immer weniger, wenn sie die Pflege übernehmen“, sagt Augurzky.



© F.A.Z.

Für die Pflegeheime und -dienste bedeutet das vor allem eines: sie werden viele neue Kunden gewinnen. Ihr Markt ist ein Wachstumsmarkt, auch wenn sie ihn ungern so nennen, schließlich tummeln sich hier viele kirchliche und sonstige gemeinnützige Betreiber wie Caritas, Diakonie & Co., die ungern darüber sprechen, dass sie auch Geld verdienen. Doch längst haben auch die privaten Firmen den Markt entdeckt. Seit klar ist, dass die Deutschen immer mehr Pflege benötigen werden, mischen sie mit.

Mittlerweile befindet sich jeder dritte Pflegeplatz in einem privaten Heim. Kommunale und gemeinnützige Betreiber wachsen kaum, die privaten hingegen deutlich. Erste Ketten sind entstanden. Sie heißen Kursana, Curanum, Pro Seniore oder Marseille Kliniken und haben bisher noch selten Marktanteile über einem Prozent. Die meisten betreiben gewöhnliche Altenheime oder Wohnanlagen. Einige wie der Rosenhof oder die Kursana Villen richten sich auch gezielt an die wohlhabende Klientel.

Der Markt für die Villen ist klein

So etwas kennen die Deutschen bisher nur aus amerikanischen Filmen, in denen fröhliche Rentner-Gruppen in Florida im Pool paddeln. Da ist es wenig überraschend, dass die noble Villa Kursana in Frankfurt bis vor kurzem einer amerikanischen Gruppe gehörte. Sunrise hieß der Besitzer, eine Kette, die in Amerika groß und bekannt ist – und das auch in Deutschland werden wollte. Doch so einfach war das nicht. Denn hier ist es extrem ungewöhnlich, in einem Nobel-Pflegeheim zu wohnen. Da heuert man lieber zu Hause ein paar Pfleger an - wenn man es sich leisten kann. Jahrelang machte Sunrise deshalb in Deutschland Verluste. 2010 verkauften die Amerikaner an Kursana.

Dort hat man lange überlegt, ob die Villen sich lohnen. Denn eigentlich passten sie nicht zu Kursana, die zwar eine Kette von Pflegeheimen und Altenwohnanlagen haben, allerdings eher für die Mittelschicht, nicht in der Nobelklasse. „Der Markt für solche Angebote ist klein“, sagt Kursana-Chef Jörg Braesecke. Die Belegung der Sunrise-Häuser lag bei Übernahme nur bei rund 40 Prozent – viel zu wenig, um profitabel zu sein. Doch man verhandelte hart mit den Besitzern der Immobilien und setzte niedrigere Pachten durch. So konnte Kursana die Preise für die Bewohner senken und mehr Kunden finden. Jetzt kostet das Anderthalb-Zimmer-Apartment in der Pflegestufe 1 rund 4000 Euro im Monat, bis zu 818 Euro davon zahlt die Pflegekasse.

Am Ende zahlt oft der Staat

Bisher gibt es wenige Pflegeheimbetreiber, die in die Nobelsparte drängen. Das liegt auch daran, dass das Pflegegeschäft stark reguliert ist. Das einzige, was frei ist, ist der Marktzugang. Wer will, kann ein Altenheim eröffnen. Dafür gibt es keine Bedarfsplanung. Doch danach wird es kompliziert. Schon beim Bau gibt es viele Vorschriften. Und danach muss der Betreiber mit den Pflegekassen und Sozialhilfeträgern verhandeln – für jedes Heim, immer wieder aufs Neue, über so gut wie alles. „Wir müssen den Kassen unsere kompletten Kosten für das Haus vorlegen: Personal, Essen, Reinigung und so weiter“, erklärt Albert Evertz vom Caritasverband für das Erzbistum Köln. Danach wird festgelegt, wie viel ein Platz in der Einrichtung pro Bewohner kosten darf und welche Leistung dafür erbracht werden muss. „Wir würden uns mehr unternehmerische Freiheit wünschen“, sagt Evertz, wohlgermerkt ein Mann der Caritas.

Dies alles gilt, obwohl die Pflegekassen längst nicht mehr den kompletten Heimplatz bezahlen, der in der höchsten Pflegestufe durchschnittlich rund 2800 Euro im Monat kostet. Die Kassen haben einen festen Satz je Pflegestufe. Den erheblichen Rest müssen die Bewohner selbst aufbringen – im Notfall springt die Sozialhilfe ein. Sie ist wohl auch der Grund dafür, dass die Preise so streng reguliert sind. Denn schließlich zahlt am Ende oft der Staat – und dies für gar nicht so wenige Bewohner. Rund jeder Dritte hat nicht genug Ersparnis, um das Heim zu finanzieren. Deshalb will die Regierung auch, dass die Menschen bald stärker privat für die Pflege vorsorgen.

Wer nicht zahlen kann, muss ausziehen

Bevor es so weit ist, kann man den Pflegemarkt kaum Markt nennen – und für die Unternehmen bleibt wenig Spielraum, sich von den Konkurrenten abzusetzen. Kein Wunder, dass die Heime am Ende häufig gleich aussehen. Für die Betreiber zählen vor allem der Standort und die Größe ihrer Kette, um profitabel zu sein und Vorteile beim Wareneinkauf zu erzielen.

Oder sie steigen ganz aus dem System aus. Die Kursana-Villa in Frankfurt etwa verhandelt gar nicht mit den Kassen. Dafür erhalten die Bewohner auch nur 80 Prozent des normalen Pflegesatzes. Und wenn sie nicht mehr zahlen können, müssen sie ausziehen. Das ist aber bisher erst einmal vorgekommen. Die meisten dieser Alten haben keine Geldsorgen. Das kann man gut im fünften Stock beobachten, wo viele Alzheimerkranke untergebracht sind. Dort hält manch einer gerne einmal Meetings ab, weil er glaubt, er wäre im Büro – und natürlich der Chef, wie einst.

Quelle: F.A.Z.

Demographie Merkel: Gesellschaft darf nicht auseinanderdriften

24.04.2012 · Bundeskanzlerin Merkel hat vor einem Auseinanderdriften der Gesellschaft gewarnt. Der demographische Wandel verdiene allerhöchste Aufmerksamkeit. Deshalb will das Kabinett eine Demographiestrategie beschließen.

Von [Kerstin Schwenn](#), Berlin



© dpa

Immer mehr Ältere, immer weniger Erwerbstätige: Der demografische Wandel stellt Deutschland vor vielfältige Herausforderungen

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat davor gewarnt, die Auswirkungen des demographischen Wandels in Deutschland zu unterschätzen. „Das Thema verdient allerhöchste Aufmerksamkeit“, sagte sie am Dienstag auf einer Demographie-Tagung im Berliner Kanzleramt. Die Veränderungen kämen schleichend, aber viele praktische Fragen stellten sich neu und anders, weil die Bevölkerung immer älter werde und immer weniger Kinder geboren würden. „Der demographische Wandel wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus, auf Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Kultur“, sagte Frau Merkel. Deshalb habe die Bundesregierung unter Federführung von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) eine Demographie-Strategie entwickelt, die das Kabinett an diesem Mittwoch beschließen werde. Allerdings könne der Bund diesen Prozess nicht allein gestalten, sondern nur zusammen mit Ländern und Gemeinden, Sozialpartnern, Verbänden und Bürgern. Für Deutschland sei es wichtig, trotz der Alterung Innovationskraft und Dynamik zu behalten. Nur so könne der Wohlstand gesichert werden. Dies sei aber nur zu schaffen, wenn die Gesellschaft nicht auseinanderdrifte. Alte und Junge, Familien und Alleinstehende, Gesunde und Kranke, Einheimische und Zugewanderte, Städte und Dörfer müssten zusammenhalten.

Friedrich sagte, die Veränderung des Bevölkerungsaufbaus müsse man als Faktum voraussetzen. „Jetzt ist die Frage, wie gehen wir damit um. Wollen wir wie das Kaninchen vor der Schlange starr warten, was da auf uns zukommt, oder wollen wir die Chance ergreifen, die in dieser Veränderung liegt.“

Der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich weiter verändern. Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung in Deutschland nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um rund sieben Millionen Menschen auf 75 Millionen schrumpfen. Zugleich wird die Zahl der 65 bis 79 Jahre alten Bewohner bis 2030 um ein Drittel zunehmen und die der Menschen über 80 Jahre wird sich verdoppeln. Derzeit sind rund 16 Millionen Bundesbürger 65 Jahre und älter. Zurzeit gibt es 49,8 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren.

Bis 2030 wird die Zahl dieser Menschen voraussichtlich um 6,3 Millionen sinken. Vor allem die ostdeutschen Länder spüren die Anzeichen des Wandels schon. In ihrem Demographie-Konzept identifiziert die Bundesregierung sechs Handlungsfelder: die Stärkung der Familien, ein längeres Arbeitsleben, ein selbstbestimmtes Leben im Alter, den Zusammenhalt von Stadt und Land, die Sicherung von Wachstum und Wohlstand sowie die Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates – etwa durch eine Begrenzung der Staatsverschuldung. In diesen sechs Feldern werden viele Einzelmaßnahmen genannt, von der Kinderbetreuung über familienfreundliche Arbeitszeiten und eine verstärkte

Zuwanderung gegen den Fachkräftemangel, eine verstärkte Gesundheitsvorsorge und Pflege bis hin zum Breitbandausbau im ländlichen Raum. Merkel warb in dem Zusammenhang abermals für die „Rente mit 67“.

Arbeitszeit und Familienzeit in Gleichgewicht bringen

Die Familien bezeichnete die Kanzlerin als „natürlichen Ausgangspunkt der Demographiestrategie“, weil dort die Entscheidung über einen Kinderwunsch falle. Ihr sei es wichtig, dass die „Menschen entscheiden können, welches Lebensmodell sie wählen wollen“. Neben dem Betreuungsgeld wolle die Koalition zusammen mit den Ländern die bedarfsgerechte Betreuung von Kindern unter drei Jahren bis August 2013 realisieren. Es gehe immer darum, Arbeitszeit und Familienzeit in ein Gleichgewicht zu bringen – und zwar in allen Lebensphasen. Merkel verwies auf das geplante Instrument der „Großelternzeit“, die einen Beitrag für den Zusammenhalt der Familien leisten könne. Um Lebenszeit besser organisieren zu können, würden Langzeitkonten und Wertguthaben in Tarifverhandlungen eine zunehmende Rolle spielen. Der Haushalt werde als Arbeitgeber immer wichtiger. „Daher müssen wir auch noch etwas für die Verbesserung der haushaltsorientierten Dienstleistungen tun – über die steuerliche Absetzbarkeit hinaus.“

Im demographischen Wandel sei zudem das „Stadt-Land-Thema“ von besonderer Bedeutung. In den Städten gehe es dabei um die Fragen des Wohnens, auf dem Land um die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen, sagte Frau Merkel. In ihrer Demographiestrategie setzt die Bundesregierung darauf, den ländlichen Raum vor Abwanderung der Jungen zu bewahren. Ein „Riesenthema“ bleibe die Integration, so die Kanzlerin weiter, „denn wir werden nicht nur weniger und älter, sondern auch vielfältiger“. „Da sind wir vorangekommen, aber es ist auch noch sehr viel zu tun.“ Zuwanderung müsse als Bereicherung begriffen werden, „nicht als Beschwernis“. Um den Wohlstand zu halten, müsse es Fachkräfte geben. Dabei gehe es darum, Talente um eignen Land zu fördern und Zuwanderung zu ermöglichen. Die Quote von 9 Prozent Jugendarbeitslosigkeit sei immer noch zu hoch.

Quelle: F.A.Z.

Frankfurter Rundschau

Das Volk wird zum Störfaktor



In Spanien ist fast jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Was, wenn sie keine Lust haben auf vernünftige Politik?
Foto: dapd

Von Stephan Kaufmann

Auf den Finanzmärkten geht ein Gespenst um: Was, wenn das Heer von Arbeitslosen und Armen die Politik der Mächtigen nicht mehr abnickt? Allzu viel Demokratie wollen deshalb weder Politiker noch Wirtschaftsbosse wagen.

Die Euro-Krise schläft, der Billionen-Kredit der Europäischen Zentralbank hat die Lage beruhigt.

Doch an den Finanzmärkten hat man eine neue Gefahr ausgemacht: die Demokratie. „Die Wahlen in Frankreich und Griechenland wie auch die Volksbefragung in Irland“, so Elga Bartsch von der US-Investmentbank Morgan Stanley, „lösen Sorgen bei den Investoren, Unternehmen und Konsumenten aus.“ Alle Gefahr, so scheint es, geht derzeit vom Volke aus.

Die Euro-Staaten verlangen ihren Bevölkerungen große Opfer ab. Um das Vertrauen der Finanzmärkte in ihre Kreditwürdigkeit zu festigen, bauen sie hunderttausende Staatsangestellte ab, Steuern werden erhöht, staatliche Gelder zusammengestrichen, die Renten gehen zurück.

Und um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Staaten zu erhöhen, wird das Lohnniveau gedrückt, der Kündigungsschutz abgeschwächt, und die Gewerkschaften werden entmachtet.

Darüber verlieren immer mehr Menschen ihre Jobs. In Ländern wie Griechenland und [Spanien](#) ist inzwischen die Hälfte aller jungen Erwerbstätigen ohne bezahlte Arbeit. „Das größte Risiko für Europa ist derzeit wohl weniger ein Anstieg der Zinsen auf Staatsanleihen“, erklärt Patrick Artus, Ökonom bei der französischen Bank Natixis, „sondern eine politische und soziale Krise auf Grund des spektakulären Anstiegs der Arbeitslosigkeit.“

Wie die Politik den Wählerwillen aushebelt

In regelmäßigen Abständen, so verlangen es die demokratischen Spielregeln, können die Krisenopfer in Wahlen über die Maßnahmen abstimmen – und sie ablehnen. Diese Möglichkeit schafft Unsicherheit an den Finanzmärkten.

Daher hat die Politik in den vergangenen Monaten viel unternommen, um den Wählerwillen zu neutralisieren. In Griechenland wurde im November eine Volksbefragung zu den Sparmaßnahmen verhindert - unverhohlen drohte die deutsche und die französische Politik mit dem Euro-Ausschluss Griechenlands, sollten die Griechen gegen die Maßnahmen stimmen.

In Griechenland und in Italien zwang die Krise gewählte Regierungschefs zum Rücktritt. An ihre Stelle rückten „technokratische“ Politiker, die nicht gewählt worden waren und daher nicht vom Wählerwillen abhingen. Unter dem Druck der Märkte wurde die Demokratie vielfach ausgehebelt.

„Die Politik in der Krise gleicht einem permanenten Staatsstreich“, kritisiert der Literaturprofessor Joseph Vogl. Informelle Runden aus Bankern, Politikern und Zentralbankern bestimmten zunehmend über die Politik. „Finanzielle Sowjets“, so Vogel, fällten Entscheidungen, die „nicht mehr revidierbar sind und die die Interessen bestimmter Akteure bedienen“.

Nun aber wird das Volk doch zur Wahl gebeten. Zum Beispiel in Irland. Dort wird Ende Mai über den Beitritt zum Fiskalpakt abgestimmt. Viel Freiheit haben die Iren dabei jedoch nicht: Das Land hängt ab von Geldern des Euro-Rettungsschirms – und die gibt es nur, wenn Irland dem Fiskalpakt beitrifft. „Somit hat Irland viel zu verlieren, wenn es mit Nein stimmt“, so Christoph Weil, Ökonom bei der Commerzbank.

Weiter: Wann Kapitalismus und Demokratie sich widersprechen

Anfang Mai wählen die Griechen ein neues Parlament. Um das Sparprogramm gegen den Wählerwillen zu immunisieren, mussten sich die voraussichtlichen Sieger – die Parteien Pasok und Nea Demokratie – sich bereits vorab dazu verpflichten, den Reformkurs fortzusetzen.

Das Problem ist aber: Die kleinen Oppositionsparteien werden immer stärker, einen eindeutigen Wahlgewinner wird es kaum geben. Das schafft Unruhe bei den Anlegern, die keinen politischen Streit wünschen. „Finanzmärkte wollen eine einige und starke Führung“, erklärt Großinvestor George Soros.

Am Sonntag schließlich findet die erste Runde der französischen Präsidentschaftswahlen statt. In Umfragen führt der Sozialist Francois Hollande vor Amtsinhaber Nicolas Sarkozy. Hollande will die Reichen stärker besteuern, das Spartempo drosseln und den Fiskalpakt neu aushandeln.

Die Märkte geben ihm die Quittung: Auf einer Anleiheauktion am Donnerstag musste Frankreich schon wieder höhere Zinsen zahlen. „Der Druck auf den Euro steigt“, mahnt die VP Bank.

Sarkozy seinerseits schwört die Franzosen auf den Reformkurs ein. Der bedeute zwar Opfer für die Bevölkerung. Doch ohne Reformen drohen „griechische oder spanische Verhältnisse“, warnt Sarkozy. Eine Alternative gebe es schlicht nicht. Im Klartext: Die Franzosen können zwar wählen gehen. Aber sie haben keine Wahl.

„Die Rede von der Alternativlosigkeit ist ein Sprech- und Denkverbot“, kritisiert der Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann. „Wenn man nicht mehr über Alternativen reden kann, ist das das Ende der Demokratie.“

Formal werde dann zwar noch abgestimmt. „Aber die Menschen dürfen dabei nicht mehr auswählen, sondern nur noch die feststehende Politik abnicken – das ist Demokratie als Beifallsäußerung.“

Das Wahlvolk sei derzeit durch die Märkte entmachtet, die den notwendigen Kredit gewähren oder verweigern könnten. „Es ist der Verlust der Souveränität“, so Thielemann. Die Politik beuge sich den Märkten wie einer Naturgewalt. Dabei „hätte sie das Kapital, um das sie heute so verzweifelt werben muss, auch einfach konfiszieren können: über Steuern“.

Die Freiheit der Märkte stehe im Widerspruch zur Freiheit der Demokratie, meint Thielemann. „Wenn der Staatszweck nur noch darin besteht, wettbewerbsfähiger zu werden, dann wird damit die zentrale demokratische Frage verboten: Wie wollen wir leben?“

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/schuldenkrise/eurokrise--das-volk-wird-zum-stoerfaktor,1471908,14960976.html>

The people have become a nuisance

24 April 2012

[Frankfurter Rundschau](#) Frankfurt



Vazquez

A spectre is stalking the financial markets: what if the army of unemployed and poor no longer rubber-stamp the policies of the powerful? No wonder neither politicians nor business leaders want to risk too much democracy.

[Stephan Kaufmann](#)

The euro crisis is dormant; the trillion loan from the European Central Bank has calmed the waters. A new threat to the financial markets, though, has been spotted: democracy. “The French and Greek elections as well as the referendum in Ireland are sparking concerns among investors, businesses and consumers,” says Elga Bartsch of the U.S. investment bank Morgan Stanley.

The euro countries are asking for huge sacrifices from their people. To bolster financial markets’ confidence in their creditworthiness they are laying off hundreds of thousands of state employees, increasing taxes, slashing state funding and rolling back pensions.

And to increase the states’ international competitiveness, wages are being forced down, job security weakened, and the power of unions eroded away. What’s more, rising numbers of people are losing their jobs. In countries such as Greece and Spain, half of all young workers have in the meantime joined the unemployment lines.

“The biggest risk for Europe right now is probably less a rise in interest rates on government bonds and more a political and social crisis due to the spectacular rise in joblessness,” believes Patrick Artus, an economist at the French bank Natixis.

At regular intervals, as required by the rules of democracy, the victims of the crises can vote in elections on the actions to be taken – and to refuse them. That this might happen is creating uncertainty in the markets. In recent months, therefore, politicians have done much to neutralise the will of the electorate. In Greece in November a referendum on the austerity measures was obstructed by the German and French politicians, who openly threatened Greece with its exclusion from the eurozone should the Greeks have voted against the measures.

Cut back on the tempo of austerity

In Greece and Italy the crisis forced elected leaders out of office. Into their chairs moved “technocratic” politicians who had not been elected and therefore did not depend on the will of the voters.

“The policy during the crisis resembles a permanent coup d'etat,” criticises literature professor Joseph Vogl. Informal circles of bankers, politicians and central bankers are increasingly setting those policies. “Financial Soviets,” as Vogel puts it, are making the decisions.

Yet the people are still being asked to vote – in Ireland, for example, where at the end of May they will vote on whether to join the Fiscal Pact. The Irish, however, are not being offered a lot of leeway. The country depends on funds from the euro bailout packages – and that money will only come through if Ireland signs up to the pact.

In early May the Greeks will vote in a new parliament. To immunise the austerity programme against the will of the electorate, the likely winners – the parties Pasok and New Democracy – were forced beforehand to commit themselves to continuing the reform course. The problem, however, is that the small opposition parties are getting stronger, and this is creating anxiety among investors, who want to avoid political controversy.

On Sunday the first round of the French presidential elections finally took place, and saw the socialist Francois Hollande emerge with a small lead over the incumbent Nicolas Sarkozy. Hollande wants to tax the rich more heavily, cut back on the tempo of austerity, and renegotiate the Fiscal Pact. The markets are already handing him the bill, and in a bond auction on Thursday France was forced to pay higher interest rates.

Freedom of markets vs freedom of democracy

Sarkozy for his part has sworn to keep the French on the path to reform. That means sacrifices for the people, but without reforms, Sarkozy warns, France risks “turning into Greece or Spain.” There is simply no alternative. Put in plain English, the French can indeed vote, but they have nothing to choose from.

“The talk about alternatives is a form of speech and thought control,” criticises the business ethicist Ulrich Thielemann. “If you can no longer talk about alternatives, it’s the end of democracy.” Formally, the vote will indeed then be taken. “But people are no longer to choose anything, just to rubber-stamp the fixed policy. That’s democracy as a statement of approval.”

The electorate is currently being disempowered by the markets, which come up with the credit needed – or refuse to give it. “It’s loss of sovereignty,” says Thielemann. Politicians bow down before the markets as before a force of nature. At the same time, “that capital they have to beg for so desperately today they could have also gotten simply by confiscating it: through taxes.”

The freedom of the markets runs counter to the freedom of democracy, Thielemann believes. “If the purpose of a state is only to become more competitive, then the central question of democracy is forbidden: how do we want to live?”

Europaweiter Vergleich

Eine deutsche Arbeitsstunde kostet 30,10 Euro

Die Arbeitskosten in Deutschland sind in den vergangenen Jahren so langsam gestiegen wie in keinem anderen EU-Land. Zwischen 2001 und 2011 erhöhten sie sich um 19,4 Prozent. Dennoch ist Arbeit hierzulande weiterhin teurer als im Durchschnitt der EU.

Wiesbaden - Eine Stunde Arbeit kostete in der deutschen Privatwirtschaft im vergangenen Jahr 30,10 Euro. Das waren 32 Prozent mehr als im EU-Durchschnitt, aber zwölf Prozent weniger als zum Beispiel in Frankreich, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Im Vergleich der 27 EU-Staaten landete Deutschland damit auf Rang sieben. Am meisten mussten die belgischen Arbeitgeber aufbringen. Sie zahlten für eine geleistete Stunde 39,30 Euro. Dagegen lagen die Kosten in den beiden jüngsten Mitgliedstaaten Rumänien (4,50 Euro) und Bulgarien (3,50 Euro) deutlich unter dem Durchschnitt.

Arbeitskosten setzen sich aus den Bruttoverdiensten und den Lohnnebenkosten zusammen. Hauptbestandteil der Lohnnebenkosten sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Besonders hoch waren die Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe. In der deutschen Industrie bezahlten die Arbeitgeber pro Stunde 34,30 Euro. Sie lagen damit knapp 50 Prozent über dem europäischen Durchschnittswert. EU-weit kostete eine Arbeitsstunde in dem Zweig 23,30 Euro.

Die Lohnnebenkosten fielen hierzulande dagegen vergleichsweise niedrig aus. Auf 100 Euro Bruttoverdienst zahlten Deutschlands Arbeitgeber 28 Euro zusätzlich für Sozialbeiträge. Das ist weniger als in den Krisenstaaten Spanien (37 Euro) und Griechenland (29 Euro). Der Durchschnittswert in der EU lag bei 32 Euro. Die höchsten Lohnnebenkosten wurden in Schweden mit 52 Euro und Frankreich mit 50 Euro gezahlt.

stk/dpa-AFX/dapd

URL:

- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,829423,00.html>

Alternatives Look Mighty Slim



Vanessa Rossi is an independent consultant and global economics adviser to [Oxford Analytica](#).

April 23, 2012

Perhaps Europe had enough of hair shirts and fasting in the middle ages: modern austerity must come well provisioned, at least for ordinary voters. While super taxes on the super rich and unloved sectors like banking and finance are popular, the general public is aggrieved at proposed fiscal savings like curbs on public sector costs and welfare programs or increases in the pension age. Certainly the message emanating from various member states this week is that austerity is not for “us” but “them,” not for now but later. It seems a lot of people believe that they can have their jam today and understand little of such awkward questions as who pays and how any jam will be supplied tomorrow.

France has far less leeway to avoid austerity than the prudent Netherlands.

Protests have some sense if a reasoned case can be made for less austerity offering a good chance of better growth and thus a faster reduction in the debt ratio in the future -- rather than simply creating an even bigger debt burden and financial stress. Arguably, this is the case in the Netherlands, where a relatively low debt/gross domestic product ratio (not far above the Maastricht 60 percent limit) suggests that fiscal tightening to reduce the deficit to 3 percent of GDP by 2013 is unnecessarily aggressive, especially against a backdrop of a weak European economy. In fact, the Netherlands has argued against Maastricht budget orthodoxy in the past. While some euro states have difficulty prospering in the euro but need budget discipline, the Netherlands can easily live with the euro but may not be best served by budget rules. This dilemma exposes the myth that tough fiscal rules -- or fiscal union -- can resolve the euro zone's troubles. It simply displaces them.

France has far less leeway to avoid austerity than the prudent Netherlands. Its large public sector deficit must be reined in as debt is approaching 90 percent of GDP this year and there are long-standing concerns about the large government share, a deficit-ridden health and welfare system and the inability to impose adjustments on a fractious population. **If the alternative to fiscal discipline is to promise higher economic growth, then why were these growth opportunities not apparent before?** A period of mediocre growth followed by an economic crisis does not suggest that there are substantial undiscovered ways of creating faster growth now. A happy end to a fairy story of untapped routes to growth and painless debt reduction is unlikely.

Join [Room for Debate on Facebook](#) and follow updates on [twitter.com/roomfordebate](#).

Topics: [Economy](#), [Europe](#), [France](#), [Spain](#)

Democracy Is Having Its Say



Tyler Cowen is a professor of economics at George Mason University. He is the author, most recently, of "[An Economist Gets Lunch](#)" and blogs at [Marginal Revolution](#), which covers economic affairs.

Updated April 23, 2012, 6:49 PM

Today, very few countries in the euro zone are capable of making credible commitments or binding agreements with the others.

The euro zone probably was unworkable from the beginning, and now we are seeing why.

Quite simply, democracy is having its say. The French soon may elect a left-wing candidate who, in essence, wants to exempt France from fiscal rules and place more fiscal risk on Germany. The Dutch can no longer form a governmental consensus on the budget. The Irish will be putting the fiscal compact up for a referendum, and the Greeks are holding an election in May. Even in Germany there could be problems holding together the ruling coalition.

In general, voters are unwilling to give up their say over policy, or to regard the European Union or euro zone as necessarily superior to national interests. When it comes to the specifics, it appears increasingly likely that at least one national electorate will pull the plug on the entire set of bailouts and austerity programs.

There is no way to pull off the required cross-national agreements. Resources are being drained from euro zone banks, which are contracting their lending to business. This will make the current recession worse, which in turn will necessitate further unpopular policies, including cuts in government spending. Euro zone countries will become more nationalistic in hard times, and more likely to vote against incumbent governments, no matter what the specific issue at stake. It is hard to see a stabilizing outcome, so the best bet is on a crack-up of some of Europe's major economies, including Spain and Italy.

There is an old saying in economics, namely "no monetary union without a corresponding fiscal union." It could be added "no fiscal union without a corresponding electoral union." In the longer run, we will probably end up with none of these institutions.

The euro zone probably was unworkable from the beginning, and now we are seeing why.

Join [Room for Debate on Facebook](#) and follow updates on [twitter.com/roomfordebate](#).

Topics: [Economy](#), [Europe](#), [France](#), [Spain](#)

Nach der IWF-Aufstockung

„Brandmauern lösen die Krise nicht“

FAZ 24.04.2012 · Andreas Dombret, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, verteidigt die Aufstockung der Finanzen des Internationalen Währungsfonds und warnt vor Nebenwirkungen der langfristigen Ausleihungen der EZB.

Herr Dombret, die Finanzmittel des Internationalen Währungsfonds werden um mindestens 430 Milliarden Dollar aufgestockt. Braucht der Fonds das Geld wirklich?

Der IWF hat auf Wunsch der G-20-Staaten eine globale Bedarfsanalyse in Höhe von 400 Milliarden Dollar vorgelegt. Solche Schätzungen sind immer mit Unsicherheiten behaftet, weil sich Verwundbarkeiten und mögliche internationale Ansteckungseffekte nur sehr schwer berechnen lassen. Wir halten die Schätzung des IWF für plausibel. Grundsätzlich gilt aber, dass keine Brandmauer aus offiziellen Geldern je hoch genug sein kann, um alle denkbaren Negativszenarien abzudecken.

Gibt es Zusagen an Schwellenländer wie Brasilien, dass im Gegenzug zu einem Finanzbeitrag ihre Stimmanteile aufgestockt werden?

Es gibt keine solchen Zusagen. Die Verteilung der Stimmanteile beim IWF wird aber weiter hoch auf der Agenda stehen. Den Schwellenländern sind im Übrigen bereits beträchtliche Zusagen gemacht worden, insbesondere was die Quoten und die Sitzverteilung im IWF-Exekutivdirektorium betrifft.

Der IWF fordert eine fiskalische Risikoteilung im Euroraum, auch in Form von Euroanleihen.

Aus Sicht der Bundesbank ist eine Fiskalunion, also eine Abgabe fiskalpolitischer Souveränität an Europa, eine zwingende Voraussetzung für eine Ausweitung der Gemeinschaftshaftung. Der jetzt beschlossene EU-Fiskalpakt ist sehr zu begrüßen, aber keine „echte“ Fiskalunion. Eine Ausweitung der Gemeinschaftshaftung ist damit aus unserer Sicht nicht zu rechtfertigen.

Der Währungsfonds nimmt die Europäische Zentralbank mit ihren über drei Jahre laufenden Ausleihungen an Banken indirekt mit in die Verantwortung für die finanzielle „Brandmauer“ im Euroraum.

Brandmauern lösen die Krise nicht. Sie verschaffen nur vorübergehend Zeit, um die grundlegenden Probleme anzugehen. Ich kritisiere nicht, dass die Rettungsschirme vergrößert werden, sondern die Logik des „Immer mehr Geld hilft immer mehr“. Wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht in eine Endlosschleife geraten, aus der wir nicht mehr herauskommen. Im Eurosystem müssen die Rettungsschirme von der Politik beschlossen und finanziert werden, nicht von den Notenbanken. Wir müssen uns im Übrigen bewusst sein, dass die Sondermaßnahmen des Eurosystems auch Nebenwirkungen haben.

Welche Nebenwirkungen sind das?

Die Stützung durch das Eurosystem könnte Banken dazu verleiten, notwendige Reformen ihrer Geschäftsmodelle auf die lange Bank zu schieben. In einigen Euro-Staaten ist schon zu sehen, dass hier weniger Fortschritte erzielt werden als erwünscht und versprochen. Außerdem kann es zu einer Verdrängung privater Investoren kommen, wenn Zentralbankkredite zunehmend der regulären Refinanzierung der Banken dienen. Mit Blick auf die Regierungen besteht die Gefahr, dass Reformanstrengungen nachlassen, sobald der Marktdruck nachlässt.

In welchen Ländern sieht man die Nebenwirkungen schon?

Gerade in den europäischen Peripherieländern. Aber Nebenwirkungen machen bekanntlich vor Ländergrenzen nicht halt.

Im Ausland wird kritisiert, das europäische Bankensystem sei unterkapitalisiert.

Diese pauschale Kritik kann ich so nicht nachvollziehen. Die Kapitalisierung der europäischen Banken ist regional sehr unterschiedlich. Die deutschen Banken haben den konjunkturellen Rückenwind der vergangenen Jahre genutzt, um ihre Kapitalpuffer deutlich zu erhöhen. Das heißt aber nicht, dass die strukturellen Probleme am deutschen Bankenmarkt damit behoben wären.

Stichwort Spanien. Spielen die Märkte verrückt?

Der wesentliche Auslöser für die Renditesorgen bei spanischen Staatsanleihen war die Verfehlung des Defizitziels für das vergangene Jahr mit 8,5 Prozent des BIP gegenüber geplanten 6 Prozent. Spanien ist und bleibt anfällig für Stimmungsschwankungen an den Märkten. Die Probleme sind klar: der Staatshaushalt, die Banken, der Immobilienmarkt. Ich würde vorübergehende Renditeausschläge aber nicht dramatisieren. Spanien hat den Vorteil einer nicht sehr hohen Staatsverschuldung, und aus diesem Grund kann es höhere Zinsen auch vorübergehend verkraften. Die Renditeentwicklung in Spanien hat sich im Lichte der angestoßenen Reformen wieder etwas stabilisiert. Spanien muss nun aber die Reformen konsequent weiter umsetzen. Die spanische Regierung hat glaubhaft den Eindruck vermittelt, dass sie auf gutem Wege ist.

Warum geben die Finanzmärkte den hochverschuldeten Ländern Japan und Amerika so viel Kredit und Vertrauensvorschuss, dem weniger verschuldeten Euroraum aber nicht?

Es kann keine Rede davon sein, dass der Euroraum wenig oder gar keinen Kredit mehr an den Märkten bekommt. Drei Euro-Staaten mit Anpassungsprogrammen - Irland, Portugal und Griechenland - haben zurzeit keinen Zugang zum Kapitalmarkt zu tragbaren Konditionen. Zwei Staaten - Spanien und Italien - haben Zugang, allerdings zu erhöhten Risikoprämien. Aber es gibt auch Staaten wie zum Beispiel Deutschland, Finnland, Niederlande und Luxemburg mit außerordentlich günstigem Zugang zu den Kapitalmärkten. Die Vereinigten Staaten und Japan profitieren von Sonderfaktoren. So emittieren die Vereinigten Staaten unverändert die wichtigste globale Reservewährung. Japan nutzt, dass heimische Unternehmen und Haushalte ihre finanziellen Überschüsse bevorzugt im Inland anlegen.

Die Fragen stellte **Patrick Welter**.

Quelle: F.A.Z.

Jugendwerkhof Torgau:

Stalins Vermächtnis im Herzen

FAZ 21.04.2012 · In der DDR baute Eberhard Mannschatz den Jugendwerkhof Torgau auf. Dort wurden Menschen gedrillt und gefoltert. Für sein Lebenswerk will er Anerkennung.

Von Lydia Rosenfelder, Berlin



© dpa

Ein ehemaliger Insasse steht in einer Zelle des ehemaligen Jugendwerkhofes Torgau

Eberhard Mannschatz ist mit sich im Reinen. Das sagt er und reicht ein Buch, in dem es auch steht: seine Autobiographie. Er sitzt in einem Sessel in seiner Plattenbauwohnung in Berlin-Hellersdorf. 84 Jahre alt, groß, weißes, zurückgekämmtes Haar. Er nennt sich den letzten Mohikaner der DDR-Jugendhilfe. Im Volksbildungsministerium hat er den geschlossenen Jugendwerkhof Torgau aufgebaut, wo Jugendliche gedrillt und gefoltert wurden. Der Ort ist heute eine Gedenkstätte. War er mal dort? Da wird Mannschatz wütend. „Also hören Sie mal. Das tue ich mir doch nicht an.“ Die Ausstellung sei „blutunterlaufen“. In einem Raum hänge sein Porträt, zusammen mit den anderen Verantwortlichen für Torgau: dem Heimleiter und Margot Honecker.

Mannschatz steht auf und holt ein anderes Buch, die gefühlige Erzählung einer DDR-Pädagogin, sie handelt von einem ausgesetzten Baby. Mannschatz liest alles zum Thema Heimerziehung, sitzt jeden Tag vier bis sechs Stunden am Computer. Zur Erholung spielt er Bach auf dem Keyboard, mit Kopfhörern. „Dann hört mich niemand, und ich habe meine Ruhe.“ In den letzten fünf Jahren hat er sich zurückgezogen, aber er schreibt weiter. Denn schließlich geht es um sein Lebenswerk, davon will er so viel retten wie möglich. Bisher hat das ganz gut geklappt. Er hat 250 Artikel, Aufsätze und Bücher geschrieben, einen Teil davon nach der Wende, auch bildungspolitische Broschüren für die Linkspartei, die da noch PDS hieß. Im Moment arbeitet er an einer Schrift, die er dem Bundesarchiv übergeben will. Das interessiert sich schon lange für seinen Nachlass, wie er gern erzählt. In seiner Biographie schreibt Mannschatz, er wolle sich vergewissern, ob er Respekt vor seiner Lebensleistung erwarten könne. Und gibt selbst die Antwort: „Ich habe Anspruch darauf.“

„Das Herz dieses großen Menschen schlägt nicht mehr“

Mannschatz war 24 Jahre alt, als er 1951 Abteilungsleiter für Jugendhilfe im Ministerium für Volksbildung wurde. Der Parteisoldat verfasste nach dem Tod von Josef Stalin 1953 einen Brief an den Rat des Bezirks Leipzig: „Das Herz dieses großen Menschen schlägt nicht mehr . . . Erfüllen wir sein Vermächtnis, indem wir diesen Kampf zum siegreichen Ende führen. Wir Pädagogen haben in dieser Kampffront einen wichtigen Abschnitt besetzt.“ Am fünften Tage jedes Monats soll es in staatlichen Heimen Vollversammlungen geben, in denen Rechenschaft über den Stand der Erfüllung des Kampfprogramms abgelegt werde. „Denkt daran, dass die Menschen, die wir erziehen, das Vermächtnis Stalins im Herzen tragen.“

Die Heimkinder waren mehr an Freiheit als an Stalin interessiert und liefen oft davon. Einige begingen kleine Diebstähle. Das schlug sich in der Kriminalitätsstatistik nieder, und das Justizministerium beschloss, dass man die Ausreißer wegsperren müsse. In einen geschlossenen Jugendwerkhof.



© Gedenkstätte Torgau

Einflussreicher Parteisolddat: Eberhard Mannschatz

Der Plan landete auf dem Tisch von Abteilungsleiter Mannschatz. Der sah die Aufgabe der Jugendwerkhöfe darin, „die Besonderheiten in der Persönlichkeitsentwicklung zu überwinden, die Eigenheiten im Denken und Verhalten der Kinder und Jugendlichen zu beseitigen und damit die Voraussetzungen für eine normale Persönlichkeitsentwicklung zu schaffen“.

Mannschatz sagt, er habe versucht, eine geschlossene Einrichtung zu verhindern. Davon zeugen Briefe. Doch schließlich beugte er sich den Anweisungen. Man fand ein altes Gefängnis in der sächsischen Kleinstadt Torgau: zwei Meter hohe Mauern, mit Stacheldraht und Glasscherben, Dunkelzellen im Keller.

Ein Mal nur sei er in Torgau gewesen, sagt Mannschatz. Er sprach mit Erziehern. Viele von ihnen hatten keinerlei Ausbildung, der Personalmangel in den DDR-Heimen war groß. Jeder, der es wollte, wurde eingestellt. Auch der Heimleiter in Torgau begann als unausgebildeter Erzieher. Mannschatz sprach bei seinem Besuch auch mit den Jugendlichen, 14 bis 18 Jahre alt. Aber die wussten ganz genau, was sie sagen durften. Ministerin Honecker fragte einmal eine Insassin in Torgau nach ihrem Befinden. Als die darauf mit „Geht so“ antwortete, bekam sie drei Tage Einzelarrest.

Endstation für Heimkinder

Das Personal konnte tun, was es wollte. Der Heimleiter und ein Wächter vergingen sich regelmäßig an den Mädchen, die Jugendlichen wurden zusammengeschlagen und tagelang eingesperrt. Neben den Dunkelzellen gab es ein feuchtes Loch, Fuchsbau genannt. Der war so klein, dass man darin nur liegen konnte. Die Jugendlichen litten. Einer erhängte sich am Fenster, ein anderer setzte das Zimmer in Brand und starb dabei. Sie schluckten Nägel, Nadeln oder Schmierfett, nur um ein paar Tage raus ins Krankenhaus zu kommen. Viertausend junge Menschen waren von der Eröffnung des Jugendwerkhofs 1964 bis zum Mauerfall in Torgau, die meisten von ihnen für sechs Monate.

Die DDR war klein, man konnte alles erfahren. Und Torgau war schon damals ein Schreckenswort, eine Drohung. Die Endstation für Heimkinder. Das war Mannschatz völlig klar. Da habe ein „recht straffes“ Regiment geherrscht, räumt er ein. Und kommt dann schnell ins Allgemeine. Dass es „hüben wie drüben Schlechtes“ gegeben habe. Dass es heute noch geschlossene Unterbringung gebe.

„Die Lobby ist am Wirken“

Er hat vor einigen Jahren einen Aufsatz geschrieben, mit dem Titel „Jugendwerkhof-Keule“. Es habe ihn nach der Wende erstaunt, heißt es darin, „dass die Jugendhilfe als Top-Thema der Kritik gleich nach der Stasi, den Schüssen an der Mauer und angeblichen Rechtsbeugungen auftauchte“. Damit sollten Gefühle geweckt werden. Die Zustände in Torgau würden „so greulich dargestellt“, dass der Begriff zum

„Synonym für angeblichen Unrechtscharakter des Umgangs mit jungen Menschen in der DDR geworden ist“.

Hintergedanke dieser „Verleumdungskampagne“ sei es, die „politisch-gesellschaftliche Verfasstheit der BRD zu glorifizieren“ und den ehemaligen politischen Gegner abzuqualifizieren. Mannschatz schreibt, dass es den ehemaligen Insassen von Torgau gelang, ein Gerichtsurteil herbeizuführen, das einigen von ihnen eine monatliche Entschädigung zusicherte. „Wen wundert es, wenn Betroffenen, die in Jugendwerkhöfen (außerhalb von Torgau) gelebt haben, der Mund wässrig gemacht worden ist. Auch sie (oder einige von ihnen) wollen Geld sehen. Die Lobby ist am Wirken.“

Die „Unterstellung“, Jugendliche wurden wegen ihres politischen Verhaltens in Heime eingewiesen, sei eine „Verdrehung der Tatsachen“ und „für uns schwer zu ertragen“. Doch viele der Einweisungsbescheide sprechen eine andere Sprache: „Republikflucht“, „Teilnahme an Demos als Kerzenhalter“, „Interesse für kirchliche Belange“. Genau wie Margot Honecker behauptet Mannschatz, dass es in der DDR keine Zwangsadoptionen gegeben habe. Das sei ein Kunstwort, von den Medien erfunden. Zu diesem Thema gibt es eine „streng vertrauliche“ Information des Bezirksrats in Leipzig aus dem Jahr 1958. Es geht um ein Treffen im Ministerium für Volksbildung.

In dem Dokument heißt es: „Dr. Mannschatz führte aus: In der Westpresse ist eine Hetzkampagne gegen die DDR im Gange mit der Begründung, allen illegal nach Westdeutschland gegangenen Eltern würde für die zurückgebliebenen Kinder das Sorgerecht entzogen und die Herausgabe der Kinder von Seiten der Behörden der DDR verweigert.“ Dazu hätten Mannschatz und eine weitere Genossin erklärt, „dass sich an unserer Grundhaltung in der Frage der Rückführung der Kinder nichts geändert habe. Die in der DDR befindlichen Kinder betrachten wir als unsere Kinder. Verlassen Eltern unter Verletzung unserer Gesetze illegal die DDR, wollen wir die zurückgelassenen Kinder nicht der Gefahr der Einflussnahme durch die Nato aussetzen.“

In Mannschatz' Augen Rufmord

1977 wechselte Mannschatz an den einzigen DDR-Lehrstuhl für Sozialpädagogik an der HU Berlin und wurde nach der Wiedervereinigung emeritiert. In den neunziger Jahren knüpfte er viele Kontakte zu westdeutschen Pädagogen, fand Gemeinsamkeiten, machte die DDR-Jugendhilfe diskursfähig. Das „Rauhe Haus“, die evangelische Hochschule für soziale Arbeit und Diakonie, lud ihn 1995 nach Hamburg ein, vor Studenten zu sprechen. Der zuständige Professor nahm den Vortrag in ein Buch auf, das heute noch Teil der Lehrmaterialien ist. Der Verein in Torgau und der sächsische Stasi-Unterlagen-Beauftragte Lutz Rathenow wurden darauf aufmerksam. Sie forderten die Hochschule auf, Mannschatz keine Plattform mehr zu bieten. Der Rektor sagte, man habe sich mit der Person Mannschatz bisher nicht befasst. Aber eine Hochschule könne ein Buch nicht vom Markt nehmen. Und man habe Achtung vor der „Forschungshoheit“ von Kollegen.

„Man schummelt sich um eine Analyse der DDR-Geschichte herum“, sagt Lutz Rathenow über die Reaktion der Hochschule. „Man weicht dem aus und will nicht wirklich wissen, welche Bedeutung Mannschatz damals hatte.“ Solche Bücher könnten durchaus herangezogen werden, um zu wissen, was in der DDR gedacht und geschrieben wurde. „Aber mit so einer Ahnungslosigkeit und Naivität macht man sich zum Multiplikator von DDR-Geschichtsverdrängung.“

Mannschatz hat die Debatte an der Hochschule verfolgt und mit dem Professor telefoniert. In seinen Augen ist die Kritik an seinem Aufsatz in dem Buch und an seiner Person schlicht „Rufmord“.

Quelle: F.A.S.

The Eurozone dumbbell trap Sony Kapoor



The Eurozone is stuck in a dumbbell trap where economies are socially, economically & politically diverging – clustering on either side of a dumbbell. The longer this divergence continues, the more likely that the European construction, the bar that holds them together may collapse under the weight of contrasting and conflicting needs & perspectives.

The spreads between Spanish and Italian bonds and German bunds are once again on their way up. Even as the borrowing costs for Spain and Italy come dangerously close to Euro area records, the German government is able to fund itself at all-time record low interest rates with significantly negative yields. The two are of course connected as uncertainties about the economic situation in Spain and Italy drives investors into German bunds. The more this happens, the more the already high degree of asymmetry between the economic situation in Germany and the troubled economies gets reinforced as the average borrowing costs of the Spanish & Italian sovereigns creep up and those of the German government fall.

Not only that, but the more the economic situation between Germany and the rest diverges, the more legal bank deposits and savings and illicit undeclared wealth flow from Italy & Spain to Germany and other parts of the EU that are doing rather better. Italians have supposedly replaced Russians as the big guns in top end London real estate deals. This depresses tax revenues in Spain and drains demand from the economy as well as weakens the already fragile banking system. The German banks meanwhile are flush with cash and lending both for real estate and other purposes is cheap and easy to come by. The diverging credit conditions further fuel the economic asymmetry between the two countries.

Spanish, Italian, Greek and Portuguese professionals are also moving to Germany and the demand for courses in German is on the rise. Structural reforms that will make it easier to set up businesses in troubled economies are all well and good but these work best when entrepreneurial talent is at hand to make use of these opportunities. Faced with shrinking economies, difficult credit conditions and record low levels of employment, the best talent is migrating, often to Germany. The influx of this talent will further add to German growth and leave the crisis economies poorer in talent and growth potential.

Politically too, the economies are diverging sharply, particularly in what they think of the European Union and its institutions and each other. While the German-Greek spat and divide where elements in both societies are beginning to really dislike each other is an extreme version, a similar divide is emerging for other countries too. More than this bilateral schism what really matters is what citizens in each other countries think about the European Union and its various institutions. Slowly but surely, we are seeing the emergence of an anti-EU opinion in both the north & south. Eventually they could both end up hating the European Union, but for entirely irreconcilable reasons.

As things stand now, market panic about Italy & Spain, drives investors, wealth and talent towards Germany reinforcing the already massive divide between Spain, which is facing record high levels of unemployment and Germany which faces record low unemployment. For now, the crisis feels abstract in Germany & the flight to safety simply reinforces the perspective that many Germans hold that they are doing something right and if markets are panicking about Italy it can be resolved if only the Italians did more of what the Germans do.

This means that Germany has the ability to help the crisis countries in the Eurozone, but the dumbbell effect reduces its willingness to do so. Inevitably, Germany cannot stay immune as more of its neighbours get caught up in the crisis and its economy starts to bleed. But even as that happens the dumbbell effect may remain in play as Germany is likely to become the one eyed in the land of the blind and its relative safety that is a driving force for the effect.

What Spain & Italy need in order to restore competitiveness is low rates of inflation and for this to happen Germany, which is genetically allergic to any talk of inflation must be willing to tolerate higher rates. That it remains reluctant to do so is an understatement. Even if it did, the very same low rates of inflation that would help increase competitiveness in the crisis countries will make the real burden of debt in these countries worse.

Many feel that it's only after the crisis becomes real for it that Germany's willingness to do more would increase. The problem is that it's ability to do more and help rescue the Eurozone would have already diminished by then. The longer the EU strategy remains the same, the more the danger that the bar that holds the two ends of the dumbbell together may give way. That must not be allowed to happen. The ECB remains the only institution strong enough to bring the two ends of the dumbbell together, at least in the short term.

Vers deux Europes ?

Un changement du rôle de la BCE ou deux EUROPES ?



Alors que le président-candidat Sarkozy envisage une autre manière d'aborder le rôle de la BCE, essentiellement pour des raisons électorales, voici le commentaire du professeur d'économie et de finance publique Markus Kerber dans une interview au Point :

“Les élites politiques françaises, de gauche comme de droite, et ceux qui ont des responsabilités au sein des autorités monétaires ne se sont jamais résolus à l'abandon d'une politique monétaire au service du commerce extérieur et des besoins budgétaires. Et ce alors même que le traité de Maastricht a inauguré une banque centrale indépendante au service de la stabilité des prix. Aujourd'hui, la France, l'Espagne, l'Italie ou la Grèce veulent que la BCE se mêle de la conjoncture, joue le sapeur-pompier pour les budgets à la dérive et soit le prêteur en dernier ressort pour les banques. **C'est absolument contraire à une philosophie allemande partagée par le Luxembourg, les Pays-Bas, la Finlande et l'Autriche**“.

Vers deux Europes ?

Autre commentaire de l'économiste Jean-Marc Daniel. Pays vieillissant, “l'Allemagne a besoin de placer ses excédents extérieurs dans des pays jeunes [...]. Vue de Berlin, la zone euro optimale rassemble les pays où l'Allemagne pourra faire les placements dont elle a besoin en toute sécurité pour garantir à sa population un pouvoir d'achat stable quand sa capacité de travail aura décliné”. Et pour garantir la valeur de ces placements, Berlin doit à tout prix éviter l'inflation, cette “euthanasie des rentiers”. En ignorant cette réalité, la France joue avec le feu : “Le danger est que **Berlin propose avec de plus en plus d'insistance une scission en deux zones de la zone euro, une associant les maisons de retraite et leur financement, l'autre regroupant les cigales qui pensent avoir le temps, dont la France.**”

Firewalls: A bigger IMF war chest

The Economist Free Exchange Apr 23rd 2012, 6:13 by R.A. | SAN FRANCISCO

GIVEN the dismal weather reports from much of the world economy, and most notably the euro zone, the International Monetary Fund's stock of provisions has been looking a little thin. Yet it has not been easy to imagine a straightforward way to increase the funds available to the IMF. The rich countries that are typically the source of most of the Fund's resources are either racked by crisis, nervous about becoming racked by crisis at some not-too-distant future date, or in the midst of election season at a time when bail-out cash for profligate foreigners is not a very popular campaign pledge. Those that are a bit more fiscally hale, mostly emerging markets, are both much poorer than the euro countries at the heart of current crises (and therefore rightly miffed at the expectation that they should be the ones to come to the rescue) and unwilling to pour money into an important international organisation at which their voices remain relatively small.

Despite these challenges, IMF Managing Director Christine Lagarde managed to scrape together pledges for \$430 billion in new funding for the organisation, which she announced at the spring meetings of the World Bank and IMF over the weekend in Washington. The new money includes secured commitments of more than \$350 billion from mostly rich countries, alongside unspecified pledges from large emerging markets like Brazil, China, and India. America and Canada declined to chip in. Ms Lagarde estimates that the IMF now has close to \$1 trillion in lending capacity.

Will it help? Given the many financial vulnerabilities across the world economy, a larger pot of IMF resources is no bad thing. It is difficult to feel too positively about this development, however. For one thing, it won't be easy to deploy the funds in support of Europe. A programme for Spain, for example, will only be negotiated by the so-called troika—the European Commission and the European Central Bank will be acting alongside the IMF. That's sure to be a difficult and painful process, and one which will only be initiated after clear deterioration in conditions in euro-zone markets. Moreover, it will be impossible to read euro-zone aid from the IMF as anything other than a significant failure on the part of euro-zone officials. Annie Lowrey of the *New York Times* [writes](#):

Canada, for instance, declined to contribute new money to the fund, arguing that Europe had more than enough money to handle its own sovereign debt crisis. “They need to step up to the plate and overwhelm this issue with their own resources,” Jim Flaherty, the Canadian finance minister, told reporters.

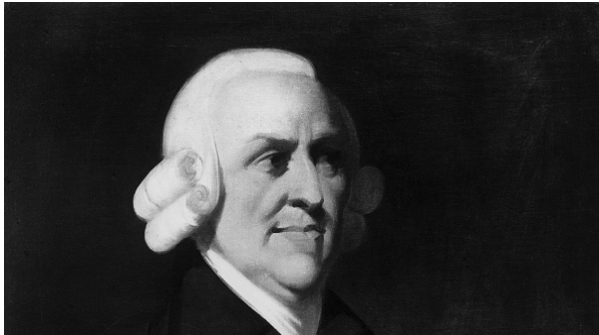
That's absolutely right. It's right on purely fiscal terms. Taken as a whole, the debt load of the euro zone as a share of GDP isn't particularly high by rich world standards. **And that scarcely matters since the ECB can create euros at will.** It's telling that Japan's [sizable contribution](#) to Ms Lagarde's fund drive makes it the IMF's largest benefactor. Japan's debt-to-GDP ratio is miles worse than any country around the euro-zone periphery, and its bond yields are just a shade above zero. The euro zone's big problem—and, by extension, the world's big problem—is not a dearth of resources, at the IMF or anywhere else. Or not of financial resources at any rate.

What the euro zone lacks is the institutional wherewithal to break a deadly paralysis. Its key institutions are stuck. The ECB is stuck battling the illusory spectre of runaway inflation while growth fails. Finance ministers are stuck arguing for austerity everywhere all the time, even as it is clear that large-scale budget cuts are proving counterproductive. And key leaders, including Angela Merkel, are stuck resisting real debt mutualisation—eurobonds—that would break the link between local bank pressures and crumbling sovereign creditworthiness. There is little the world outside Europe can do to fix this mess. Indeed, apart from the funding pledge, the spring meetings broke up without much agreement on what to do about the euro zone. It's good to have help at hand given the decent odds that further euro-zone bail-outs will be necessary. It would be so much better to agree the measures that would prevent a slide into such bail-outs in the first place.

Die Liberalen und der Staat

FAZ 21.04.2012 · Ohne Regeln kein Markt. Liberale Denker haben das in einem schmerzlichen Prozess gelernt. Der Staat muss den Wettbewerb und das Prinzip Haftung durchsetzen - nicht kollabierende Banken auffangen.

Von [Philip Plickert](#)



© akg-images Adam Smith

Gut zwei Jahrzehnte nach dem Untergang des Sozialismus, der an sich selbst scheiterte, steckt der damals triumphierende Marktliberalismus in einem Tal der Zweifel. In den Augen seiner Kritiker hat er sich völlig diskreditiert. Die Finanzkrise sei wie der Fall der Mauer - diesmal ein Menetekel für den Neoliberalismus, meint Joseph Stiglitz, Ökonomie-Nobelpreisträger und Globalisierungskritiker. Nach Ansicht der Mehrheit der Intellektuellen, die dem „entfesselten Markt“ immer misstraut hat, ist es dessen destruktive Dynamik, die erst die Weltwirtschaft, dann die Staatsfinanzen, ja sogar die Demokratie gefährdet.

Der Liberalismus ist nicht unschuldig an seiner misslichen Lage. Zu viele seiner Anhänger haben in den vergangenen Jahrzehnten die Theorie von Markt simplifiziert und zu einer Apologie verflacht. Die Funktionsweise des Marktes als eines dezentralen Koordinators wirtschaftlicher Aktivitäten, der notwendige Rahmen sowie das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind von den großen liberalen Denkern über die Jahrhunderte nuanciert und auch kontrovers diskutiert worden. Den Liberalismus im Singular gibt es eigentlich gar nicht, sondern verschiedene Liberalismen aus unterschiedlichen philosophischen Traditionen. Vor allem zur Frage der Rolle des Staates gibt es weitreichende Unterschiede zwischen dem klassischen Liberalismus und den „neoliberalen“ Schulen in Freiburg, Wien und Chicago im zwanzigsten Jahrhundert.

Adam Smith und der „Wohlstand der Nationen“

Unsere Reise in die Ideengeschichte führt uns zunächst ins Schottland des achtzehnten Jahrhunderts. Adam Smith (1723 bis 1790), der Gründervater der marktliberalen Wirtschaftstheorie, führt mit seinem epochalen Werk „Der Wohlstand der Nationen“ einen Frontalangriff auf den damals praktizierten Merkantilismus, ein interventionistisches und protektionistisches Wirtschaftssystem. Smith erkennt, dass diese Politik zwar den privilegierten Herstellern und Händlern hilft, aber nicht den Gesamtwohlstand erhöht. Stattdessen fordert er Freihandel. Nicht der Staat kennt die produktivste Verwendung der Ressourcen, vor allem des Faktors Arbeit, sondern jeder einzelne Wirtschaftende weiß eher, wo wirtschaftliche Vorteile und Verbesserungsmöglichkeiten liegen.

Wer sein Kapital so einsetzt, dass es für ihn den höchsten Ertrag bringt, steigert das Volkseinkommen. Markt und Wettbewerb sorgen wie eine „unsichtbare Hand“ für eine höhere Allokationseffizienz. Sie kanalisieren das einzelwirtschaftliche Gewinnstreben in die Richtung des allgemeinen Nutzens. Der Wohlstand der Nationen wächst durch steigende Produktivität, durch Arbeitsteilung und Spezialisierung,

die umso tiefer geht, je größer die Märkte werden. Damit ist Smith ein früher Theoretiker der wohlstandssteigernden Effekte der Globalisierung.

Die Rolle des Staates sieht er eng begrenzt: Verteidigung und innere Sicherheit, eine Justiz, die Eigentums- und persönliche Rechte schützt, Infrastruktur sowie das Schulwesen zählt er zu den Kernaufgaben des Staates. Ansonsten fordert Smith staatliche Zurückhaltung. Sein wirtschaftspolitisches Programm, das „System der natürlichen Freiheit“, entspricht jenem „Laissez-faire“, das im neunzehnten Jahrhundert zum Schlachtruf der Wirtschaftsliberalen wird. Gewerbe werden dereguliert, Märkte geöffnet. Nur die steile wirtschaftliche Entwicklung während der „Industriellen Revolution“ ermöglicht es, die rasant steigende Bevölkerung zu ernähren. Nach Überzeugung von Richard Cobden, dem großen Freihandelsaktivisten, förderte der internationale Handel auch den Frieden.

Der Aufklärung und antiken, stoischen Ideen entsprechend, hatte Smith die Vorstellung, dass Markt und Wettbewerb gleich einer kosmischen Gesetzeskraft zu optimalen Ergebnissen und einem Ausgleich der Interessen führen. Natürlich weiß er um die Versuchung, den Wettbewerb auszuschalten. Geschäftsleute trafen sich, um eine „Verschwörung gegen die Öffentlichkeit“ zu verabreden - um Kartelle und Monopole zu errichten. Der Staat solle so etwas auf keinen Fall unterstützen, etwa durch Privilegien und Protektionismus. Doch die Anhänger des klassischen Liberalismus sehen auch keine Notwendigkeit für eine staatliche Bekämpfung von Kartellen oder Gesetze zum Schutz des Wettbewerbs. Denn je größer der Markt, desto instabiler sind Kartelle, weil Preisvereinbarungen von einzelnen Teilnehmern unterlaufen werden.

Viele Intellektuelle sehen den Marktoptimismus skeptisch

Der klassische Liberalismus ist grundsätzlich optimistisch hinsichtlich der dynamischen Selbsterhaltungskraft des Wettbewerbs. Aus dieser Überzeugung, so merkte Jakob Viner vor fünfzig Jahren in seinem Essay „The intellectual history of Laissez-faire“ kritisch an, erklärt sich, dass es keine Anti-Kartell-Gesetzgebung gibt. Weder der Markt noch die Regeln des Wettbewerbs sind statische Institutionen, die vom Gesetzgeber „erfunden“ werden, sondern sie bilden sich nach Ansicht der schottischen Aufklärung in einem evolutionären Prozess. Friedrich August von Hayek nennt die daraus resultierenden Ergebnisse später „spontane Ordnung“.

Viele Intellektuelle stehen diesem Marktoptimismus skeptisch gegenüber. Nach 1929 erschüttert die Große Depression die Weltwirtschaft und die liberale Philosophie. Die Marktwirtschaft scheint in unrettbarem Niedergang. Immer mehr Länder setzen auf staatliche Eingriffe. Sie sollen die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen, den Verfall der Preise stoppen und die chaotische Wirtschaft steuern und beleben.

Die Freiburger Schule

Eine Gruppe deutscher Ökonomen und Juristen, die bald „Neoliberaler“ oder „Ordoliberaler“ genannt werden, sieht die Ursachen der Wirtschaftskrise anders als die Kapitalismuskritiker - nicht in inhärenten Defekten der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs, sondern in ihrer Degenerierung durch staatliche Eingriffe und einen falschen Ordnungsrahmen. Die Freiburger Schule bildet sich um den Ökonomen Walter Eucken (1891 bis 1950) und den Juristen Franz Böhm (1895 bis 1977), zuvor Referent für Kartellfragen im Reichswirtschaftsministerium. Ihre Forschung zielt darauf, das Problem wirtschaftlicher und politischer Macht zu erfassen und sie zu minimieren, da sie Gefahren für eine freiheitliche Gesellschaft darstellen.

Deutschland ist zu dieser Zeit ein Land mit einer hochgradig kartellierten und konzentrierten Wirtschaft, seit private Marktabsprachen 1897 für rechtsverbindlich erklärt worden waren und in der Weimarer Republik lediglich der „Missbrauch“ von Kartellvereinbarungen untersagt war. Die Zahl der Kartelle in

der Industrie, im Handel und in der Finanzbranche wird Mitte der zwanziger Jahre amtlich auf 2500 geschätzt. Für die Freiburger ist dies ein hochgefährlicher Prozess.



© Archiv Walter Eucken

In einem Aufsatz 1932 beschreibt Eucken, ein tiefer und protestantisch-ernster Denker, den resultierenden „Verflechtungsprozess“ von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Indem der postliberale Staat punktuell in den Wirtschaftsablauf interveniert, Preise kontrolliert, Subventionen verteilt, Schutzzölle errichtet, ruft er politischen Lobbyismus der betroffenen Gruppen hervor. Es gelingt ihnen, ihre Sonderinteressen durchzusetzen. Der intervenierende Staat wird zur Beute der Interessengruppen. Er verliert an ordnender Potenz und gerät schließlich mit der Wirtschaft in die Krise.

Wilhelm Röpke (1899 bis 1966), einer der wortgewaltigen Mitstreiter der Ordoliberalen, spricht von „monopolistisch-interventionistischer Erstarrung“ (ein Begriff, der an Mancur Olsons „institutionelle Sklerose“ erinnert). Kartellistische Konzentration und Interventionen hemmen den Preismechanismus, die Selbstkoordination wird unmöglich. Abhilfe könnte ein Staat schaffen, der den Wettbewerb verteidigt. Alexander Rüstow (1885 bis 1963), damals Chefvolkswirt des Maschinenbauverbandes VDMA, wirbt 1932 vor dem Verein für Socialpolitik für einen „neuen Liberalismus“, der sich vom „Laissez-faire“ deutlich absetzt. „Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört.“

Eine staatlich garantierte Wettbewerbsordnung zu schaffen, ist für die Freiburger nicht nur ein ökonomischer Imperativ, sondern auch eine ethische Notwendigkeit. Nur eine Wettbewerbswirtschaft ohne „Vermachtungstendenzen“ könne eine freie und humane Gesellschaft garantieren. Eucken, der im Dritten Reich in Widerstandskreisen tätig ist, hat gesehen, wie leicht die kartellierte Großwirtschaft nach 1933 durch die nationalsozialistische Politik instrumentalisiert und gelenkt wird. Das Gegenmodell sollte die Wettbewerbsordnung sein. Zu ihren konstituierenden Prinzipien zählt er vor allem ein freies Preissystem, stabiles Geld, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, das Prinzip der privaten Haftung sowie wirtschaftspolitische Konstanz.

Die Geburtsstunde des „Neoliberalismus“

Im August 1938 treffen sich in Paris liberale Ökonomen, darunter Röpke, Rüstow und Hayek sowie Ludwig von Mises, zu einem Kolloquium zu Ehren des amerikanischen Autors Walter Lippmann. Sie diskutieren die Krise des Liberalismus. Das Treffen wird die eigentliche Geburtsstunde des „Neoliberalismus“. Den frühen Neoliberalen ging es gerade nicht um einen regellosen Markt, wie heute oft behauptet wird; dezidiert nahmen sie Abstand zum „Laissez-faire“. Der Markt brauche Regeln, um den Wettbewerb vor Versuchen zur Ausschaltung zu schützen. Auch eine moderate Sozialpolitik, die nicht den Preismechanismus außer Kraft setzt, heißen einige der anwesenden Ökonomen gut. Nur Mises (1881 bis 1973), der Wiener Altliberale, protestiert, weil er zu viele Zugeständnisse an den interventionistischen und kollektivistischen Zeitgeist sieht.

Das von den deutschen Neo- oder Ordoliberalen in den dreißiger und vierziger Jahren entworfene Programm hat im Vergleich zum klassischen Liberalismus einen konstruktivistischen Zug. Der Staat

entwirft und setzt den Rahmen. Gar vom „Wettbewerb als staatlicher Veranstaltung“ spricht Leonhard Miksch, ein Schüler Euckens und Journalist, der später für Ludwig Erhard die Wirtschafts- und Währungsreform vorbereitet. Eine solche Formulierung wäre für klassische Liberale undenkbar gewesen.



© ullstein bild Friedrich August von Hayek

Hayek teilt nicht die unrealistische Annahme eines „vollständigen Wettbewerbs“, sondern betont dessen dynamischen Charakter. Später spricht er vom Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Unternehmen, die neue, begehrte Produkte entwickeln, können stark wachsen und vorübergehend sogar Monopolstellungen erringen. Wichtig ist aber, dass die Märkte prinzipiell offen sind. Gleichwohl erklärt auch Hayek 1947 bei der Gründung der Mont Pèlerin Society, der internationalen Vereinigung der Liberalen nach dem Krieg, „es ist die erste allgemeine These, die wir zu prüfen haben werden, dass der Wettbewerb durch bestimmte staatliche Maßnahmen wirksamer und erfolgreicher gemacht werden kann, als er ohne sie wäre“. Vom „übersimplifizierten Liberalismus“ habe man sich zu verabschieden.

Die Chicagoer Schule

Überraschend ist, wie nahe sich die Freiburger Schule und die alte Chicagoer Schule mit ihrem Vordenker Henry Simons (1899 bis 1946) stehen. Eucken und Simons sind Geistesverwandte. Angesichts des Rufs der Chicagoer Schule als Bastion eines absoluten Markt-Optimismus sind Simons' Ansichten heute erstaunlich - und in Vergessenheit geraten. Wie die Freiburger warnt er in den dreißiger Jahren in dramatischer Weise vor Monopolen und fordert eine rigorose Wettbewerbspolitik. „Der große Feind der Demokratie ist das Monopol, in all seinen Formen“, wozu er Großkonzerne ebenso wie Gewerkschaften zählte. Was Simons als „Positives Programm für Laissez-faire“ anpreist, ist im Grunde ein staatlicher Ordnungsrahmen. Wo wirksamer Wettbewerb unmöglich ist, bei „natürlichen Monopolen“, ruft er sogar nach Verstaatlichung, während die Freiburger dann eher für staatliche Regulierung plädieren.

Die jüngere Generation der Chicagoer Schule, die sich nach dem Krieg neu orientiert, rückt von den Ansichten ihres Lehrers ab. Milton Friedman (1912 bis 2006) wird mit seiner originell-provokanten Art der herausragende Ökonom in Chicago. Die Wahlfreiheit in der Marktwirtschaft („Kapitalismus“) ist für ihn eine konkrete Bedingung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Mit spitzer Feder spießt er Beispiele für schädliche Nebenwirkungen der regulierenden Eingriffe von Bürokraten auf, die im Gefolge des New Deal gewaltig ausgedehnt worden ist.

Die Ökonomen der jüngeren Chicagoer Schule untersuchen, ob die amerikanische Volkswirtschaft tatsächlich so sehr durch Kartelle und Monopole degeneriert ist, wie Kritiker behaupten - und sie geben Entwarnung. Großkonzerne stehen oftmals in schärferem Wettbewerb als gedacht. Daraus folgt für die Chicagoer, dass Regulierung unnötig ist. George Stigler (1911 bis 1991) argumentiert in seiner bahnbrechenden Theorie der Regulierung sogar, dass Regulierung oftmals von den betroffenen Branchen und Unternehmen angefragt und so manipuliert wird, dass sie keineswegs dem Konsumentenwohl dient, sondern auf raffinierte Weise den Wettbewerb behindert und den etablierten Unternehmen hilft.



© dpa Milton Friedman

In den siebziger Jahren wendet sich der wirtschaftspolitische Zeitgeist. Der bislang dominierende Keynesianismus ist auf dem Rückzug. Friedmans Arbeiten leisten dazu einen entscheidenden Beitrag, weil er zeigt, dass dauernde Konjunkturstimulierung mit kreditfinanzierten Staatsausgaben oder lockerer Geldpolitik nicht die Arbeitslosigkeit verringert, sondern nur mehr Inflation bringt. Da die Inflationserwartungen steigen, führt der Stimulus bloß zu Preissteigerungen. Die Bürger erleben das Versagen der keynesianischen Politik in den Jahren der Stagflation.

Mit den Regierungen Reagan und Thatcher kommt es in der angelsächsischen Welt zu einer marktliberalen Wende. Steuersenkungen, Privatisierung und Deregulierung lauten die Stichworte. So erfolgreich dieses Programm in den achtziger Jahren angewandt wird, um die Wirtschaft zu beleben, so schlägt nun das Pendel seit der Finanzkrise zurück. Der Ruf „Der Markt hat immer recht“, was aus der Effizienzmarkthypothese von Eugene Fama folgt, überzeugt nicht mehr.

Dabei können die Liberalen zu Recht darauf verweisen, dass zum großen Teil Staatsversagen die Krise mitverursacht hat. Erst die über Jahre zu expansive Geldpolitik, die auf jede Konjunkturabschwächung mit einer Welle billigen Geldes reagierte, hat zum Aufblähen der Schuldenblase geführt. Nach dem Platzen der Blase spielen die Brandstifter Feuerwehr. Man darf auch den verfehlten sozialpolitischen Impetus nicht vergessen, der hinter dem amerikanischen Hypotheken-Programm stand, das aus Geringverdienern Eigenheimbesitzer machen wollte.

Das Haftungsgebot

Die Mehrheit der Bürger sieht die Hauptursache der Krise, den Skandal, jedoch im unverantwortlichen Verhalten der Finanzbranche. Nachdem Banken über Jahre sehr große Gewinne machten und Renditen erzielten, die weit über denen anderer Branchen liegen, konnten sie in der Krise ihre Verluste auf die Allgemeinheit abwälzen und wurden mit Steuergeld aufgefangen. Hier liegt ein eklatantes Versagen der Ordnungspolitik vor, ein Verstoß gegen das Haftungsgebot.

Walter Eucken formulierte in seinem Lehrbuch „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“: „Investitionen werden um so sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese Investitionen haftet.“ Weiter schrieb er: „Die Haftung wirkt insofern also prophylaktisch gegen eine Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte vorsichtig abzutasten. Nur bei fehlender Haftung kommt es zu Exzessen und Zügellosigkeit.“ Und letztlich löse das Aushebeln der Haftungspflicht eine Tendenz zur „Zentralverwaltungswirtschaft“ aus. Zugespißt kann man von einem situativen Banken-Sozialismus sprechen, der zu Lasten der Allgemeinheit existiert.

Großbanken, die als „too big to fail“ gelten, werden gestützt und herausgehauen. Aus dieser impliziten Staatsgarantie resultiert ein risikofreudiges Verhalten, das über viele Jahre hohe Gewinne, zuletzt aber untragbare Verluste bescherte. Die implizite Staatsgarantie kann man empirisch an den günstigeren Refinanzierungssätzen derjenigen Banken ablesen, die es geschafft hatten, als „too big to fail“ zu gelten. Ob ihrer Größe, Vernetztheit und Gefährlichkeit können sie die Staaten „in Geiselnahme“ nehmen, wie es der Sachverständigenrat formulierte, denn im Fall ihres Zusammenbruchs drohen sie damit, das gesamte Finanzsystem und auch die Realwirtschaft in den Abgrund zu reißen. Sie bleiben ein latentes Risiko.

Das alles erinnert an Euckens Warnung vor der Verflechtung von Staat und Kapitalismus. Eucken hätte vielleicht von einem Kartell aus Staaten, Zentralbanken und Banken gesprochen, das zu Lasten der Realwirtschaft und der Steuerzahler geht. Mit den eigentlichen Prinzipien der Marktwirtschaft hat dies nichts zu tun, vielmehr erhält es die Privilegien einer exorbitant gut verdienenden Einzelbranche zu Lasten der Allgemeinheit. Den hochkonzentrierten und hochgehebelten Finanzsektor wieder den Regeln der Marktwirtschaft zu unterwerfen, also das Haftungsprinzip durch mehr Eigenkapital und eine Insolvenzordnung wiederherzustellen, wird die entscheidende Aufgabe nach der Krise sein. Den Neoliberalen kann man den Vorwurf machen, dass sie vor der Krise ihre eigenen Prinzipien nicht ernst genommen haben.

Quelle: F.A.Z.

Voting for Yesterday in France

By OLIVIER GUEZ

Paris

FROM the subject of halal meat to the matter of driver's licenses, the French presidential campaign that culminates in voting on Sunday has been marked by peripheral squabbles and endless invective among the 10 candidates. But few things have been said about the gravity of the French economic crisis: the deficits in France's public accounts and balance of payments; its drop in competitiveness; its decline in international commerce; its apathetic growth.

Nor have we heard much about the threat of increased unemployment and reduced purchasing power from the austerity measures that the markets expect any president to take — right after the election, of course. As for civil war in Syria, the perilous transitions in Arab countries, Al Qaeda's progress in the Sahel, or Iran's nuclear program, the candidates have behaved as if nothing were the matter — as if France were tacitly abandoning all influence abroad.

These omissions say a great deal about the state of a country that has rarely seemed so avid in its navel-gazing, so inward-looking. In short, France in 2012 is an old nation that increasingly cultivates the temptation to be an island unto itself.

So many examples from these last few years come to mind: magazine covers devoted to President Nicolas Sarkozy almost every week; the Jan. 7 issue of *Le Figaro*, naming Joan of Arc Woman of the Year. An issue of *Le Figaro Magazine* devoted to a portrait of the French people declared: "France is noble in essence, the mother of liberty, the rights of man, letters, arts, and sciences."

Transfuge, a Parisian literary magazine, offered a harsh assessment this month: French literature, obsessed with the past, is entering the 21st century walking backward. Indeed, the French don't like the 21st century, and would gladly give it back. Their desire has its roots in a confluence of failures (the defeat in 1940 and the loss of their colonial empire) and the rejection, by other European nations, of building a Europe *à la française* — France on a bigger scale. France has become a middling power, with a mass culture and a society of consumption like everyone else. Gaullism and Communism kept up the illusion that a great history, a great destiny were still France's to be had. It didn't pan out that way. So as the world heeds France less, the French long to shut themselves off from it, to turn toward olden days and protect themselves.

The electoral campaign flattered their aspirations. The populist candidates outdid themselves with magic formulas to get France out of history as fast as possible. Marine Le Pen, the favorite of young voters, promised the moon and the stars if France left the euro zone, limited employment and social benefits to French citizens and finally drove all foreigners out.

Jean-Luc Mélenchon, that great orator, rekindled the spirit of revolutionary mythology by summoning Robespierre, Fidel Castro, Jean Jaurès, Hugo Chávez and Victor Hugo, while throwing to the wolves the bosses, the bourgeois, the journalists, Wall Street and the CAC 40 index on the Paris bourse.

The major contending parties — President Sarkozy's center-right Union for a Popular Movement and François Hollande's Socialists — did not rush the French people. The "tears and blood" Mr. Sarkozy promised them (a very Churchillian position that was coupled with German-style reforms and sacrifices) soon gave way to generous promises and the appointment of other scapegoats — poorly patrolled frontiers, fiscal exiles, free trade, the European Central Bank, clandestine immigrants.

Meanwhile, Mr. Hollande, the Zen master from the department of Corrèze, made do with waiting for a change in power, avoiding faux pas, reassuring his fellow countrymen by aping, as best he could, the virtuoso he claimed to follow: François Mitterrand.

But all 10 candidates had one enemy in common: globalization, that perpetual movement of capital, people and merchandise that endangers the French social model cherished by 90 percent of French people even as it threatens to definitively bring them to ruin. Among all inhabitants of developed nations, it seems, none hate globalization more than the French. All their political leaders have promised to “fight against” it. But no one fights globalization alone. No one can lie down alone in the path of history with impunity, not even the nation of the artiste Jean Dujardin.

While candidates promise brighter tomorrows, convinced “that the worst of the crisis has passed,” markets watch their every move; their European partners (and toughest competitors) pursue reforms even as emerging nations continue to grow at dizzying rates.

In 1981, France rejected the path being set by Ronald Reagan and Margaret Thatcher. Mr. Mitterrand and his Socialists, with their Communist allies, embarked on a grand program of nationalization. Two years later, isolated, Mr. Mitterrand and his France had to turn abruptly toward austerity.

It will be much the same in 2012: whatever the new president will have promised before the election, reality will intrude. France will wake up to austerity again: After all, it needs to borrow \$233 billion by the end of the year.

Olivier Guez is a French journalist who writes for the Frankfurter Allgemeine Zeitung.

NYT April 20, 2012

In France, the Fringe Emerges as a Force

By [NICOLA CLARK](#)

PARIS — François Kahn has had enough of the French mainstream. Raised in a conservative Parisian family, his sympathies growing up were on the right. About 10 years ago, he switched his allegiance to the Socialists, who seemed to embody values that had grown important to him, such as equality and social justice.

But on Sunday, the first round of [France](#)'s presidential elections, Mr. Kahn, a 30-year-old strategic planner and graduate of one of France's top business schools, will be voting for Jean-Luc Mélenchon, a former teacher and Trotskyist, whose party, the Front de Gauche, groups a hodgepodge of former Communists, environmentalists and anti-globalists disheartened by a presidential race that many voters feel is out of touch with their bread-and-butter concerns about jobs, the rising cost of living and the future of their state pension and health care benefits.

“The Socialists have really become a party of the center-right,” Mr. Kahn said. “It’s almost like they are too embarrassed to be on the left.”

Such frustrations are manifesting themselves across France in stronger-than-usual support for so-called fringe candidates on both the left and the right. Together, the extreme wings of French politics are poised to capture as much as 30 percent of the vote on Sunday, according to opinion polls taken in the weeks before Sunday's election. (French law bars publication of more current polling data in the final 48 hours before voting.) That is more than either of the two front-runners, President [Nicolas Sarkozy](#) and his Socialist challenger, [François Hollande](#), are expected to take among a field of 10 candidates.

The move to the extremes contrasts starkly with elections just five years ago, when three out of four voters turned out in record numbers to vote resoundingly for the mainstream. Along with what pollsters expect to be the highest rate of abstention for a presidential election in a decade — some 25 percent — the shift has the potential to make this election an especially volatile and unpredictable one. How the voters at the fringes cast their ballots in the second-round runoff next month — and whether they turn out at all — is likely to decide who will be the next president of France.

The two-part structure of France's presidential race means that many voters may be using the first round to afford themselves a protest vote. Even so, analysts say, the number who appear willing to do so by voting for the political fringe signals an alarming degree of disaffection, even anger, among the French at a critical time when they must decide which direction to take in addressing the grinding euro crisis and their nation's economic malaise.

The choice amounts to either doubling down on France's Socialist traditions and ample — some say, unaffordable — welfare state, or moving farther toward the kinds of reforms aimed at trimming the state and opening French labor markets that Mr. Sarkozy has long promised but has been largely unable to deliver.

For the moment, at least, voters are in effect saying they want neither, or at least not the polite solutions put forward so far by the politicians of France's two main political parties.

“The French mistrust of politicians and institutions has never been so high as it is today,” said Pascal Perrineau, director of the Center for Political Research at the Institut d'Études Politiques in Paris, also known as Sciences Po. “We are experiencing a major crisis of confidence.”

The lack of confidence runs the political gamut. Stefan Cavers, too, is fed up. The 35-year-old engineer from Guérêt, in central France, will be casting his ballot for Marine Le Pen, the candidate of the far-right National Front.

Mr. Sarkozy and Mr. Hollande both have “betrayed” the French, Mr. Cavers said, by supporting “the same internationalist, free trade politics” he blames for the current economic crisis. He faults both the Socialists and Mr. Sarkozy’s Union for a Popular Movement party for embracing deeper European integration at the expense of French national interests.

“I do not trust Sarkozy and Hollande, because they represent 30 years of crisis in France,” Mr. Cavers said. “These parties have interchanged and whilst being in power have made our country decline.”

Nostalgia for France’s past power and influence exists in equal measure on the left and the right, analysts said. It is the collective mourning of this loss of global stature that some say feeds voters’ distrust of leaders who they feel no longer measure up — and their willingness to support fringe candidates like Ms. Le Pen or Mr. Mélenchon.

“The left longs for Mitterrand and the right longs for De Gaulle,” said Mr. Perrineau of Sciences Po. “This all has a direct impact politically,” and is reflected in the high rates of abstention and willingness to vote for the far right and far left.

“The French are telling us something,” Mr. Perrineau said.

Indeed, Eric Bonnet, a director of opinion studies at the BVA polling institute, said such high rates of abstention historically happen “when people feel they haven’t been presented with a real choice.”

“We saw that in 2002, when both of the main candidates were incumbents,” he said, referring to Jacques Chirac, the center-right president, and his Socialist prime minister, Lionel Jospin, who had governed together in an uneasy “cohabitation” for five years. “There was a sentiment that whichever guy won, it was not going to make much difference.”

That election famously saw Mr. Jospin ousted in the first round by the candidate of the far right National Front, [Jean-Marie Le Pen](#), after the Socialists failed to unite voters on the left. Two weeks later, millions of those same leftists grudgingly cast their ballots for Mr. Chirac, who won handily against Mr. Le Pen in a run-off.

The ambivalence that was on display 10 years ago is palpable across France again today, amplified by the current economic crisis and voters’ expectations that, whomever they elect, their standard of living is almost certain to decline before it gets better. But not everyone is letting their dissatisfaction keep them from the polls. Many others are voting the extremes.

Bernard Gonel, a 66-year-old retiree from the region of Finistère, on France’s northwest coast, said he had been casting blank ballots in every presidential election since François Mitterrand, a Socialist, left power in 1995, because he felt disgusted by a political system that, to him, seemed all about money and power. But two years of living “below the poverty line” on modest pension has stirred him into action. On Sunday, he will be voting for Mr. Mélenchon, he said.

Abstaining, he said, would be equivalent to allowing others “to choose between the plague or cholera in our place.”

With the over-stuffed field of 10 candidates, analysts expect that no one candidate will gain the more than 50 percent of ballots needed to win outright. The result seems likely to be a run-off on May 6 between the very two candidates they will have rebuffed on Sunday — Mr. Sarkozy and Mr. Hollande. The question then will be if voters run back to the center, or stay away.

Recent surveys indicate that two-thirds to three-quarters of National Front voters will likely support Mr. Sarkozy in the run-off, as will about 40 percent of supporters of François Bayrou, the centrist who is running again this year, but who is polling at only about 10 percent.

Meanwhile, more than 80 percent of voters for Mr. Mélenchon are expected to throw their weight behind Mr. Hollande, as are the environmentalist Greens, whose candidate, Eva Joly, is in a distant fifth place with about 3 percent support in the first round. (The five remaining candidates, who span both the left and right, have barely registered in polls since the race began.)

Another impact of Mr. Mélenchon's candidacy, analysts said, has been to mobilize many voters on the left who in recent years have abstained — a factor that also might help tip the scales in favor of Mr. Hollande in the second round.

In the end, analysts said, all presidential contests since the founding of France's Fifth Republic in 1958 have been an exercise in electoral compromise to some degree.

“In France, the presidential race is ultimately a classic contest between the left and the right,” said Philippe Marlière, professor of European politics at University College London. “In the first round you choose from within the left or the right your preferred candidate. The second round is all about eliminating the candidate that you like the least.”

Indeed, Mr. Kahn, the strategic planner and Mélenchon supporter from Paris, said he would vote, reluctantly, for Mr. Hollande in the second round. “To not do so, would be absurd,” he said.

Eleanor Stanford and Meghan Davidson contributed reporting.

Piratenpartei

Jung, männlich, gottlos

20.04.2012 · Mit maskulinem Charme: Die Wähler der Piratenpartei lassen sich nicht auf einer Links-Rechts-Skala verorten, sind aber dennoch klar zuzuordnen. Wie einst die Wähler der Grünen.

Von [Daniel Deckers](#)



© dapd Linke und avantgardistische Ziele haben sich die Piraten auf ihre Fahnen geschrieben

Im September 2011 wurde in zwei Ländern ein neues Parlament gewählt, die kaum unterschiedlicher sein könnten. Am 4. September war Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, nach Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung das Schlusslicht unter den neuen Ländern, zwei Wochen später wurde in Berlin gewählt, der größten unter den deutschen Großstädten. Schon mit der Veröffentlichung der Prognosen um 18 Uhr war jeweils klar, dass die FDP in beiden Ländern an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert war. Ansonsten nahm es nicht weiter wunder, dass die Wahlbürger in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin reichlich unterschiedliche Vorlieben hatten - vor allem hinsichtlich der Piratenpartei. In Berlin übertrafen die Piraten mit 130 000 Zweitstimmen und einem Anteil von 8,9 Prozent die kühnsten Erwartungen. Im Nordosten waren auf die Piraten gerade einmal 12 700 Zweitstimmen entfallen. Mit einem Stimmenanteil von 1,9 Prozent gingen die Piraten in der Sammelkategorie „Sonstige“ unter.

Nonkonformistische Urbanität gegen erdschwere Melancholie - erste Analysen deuteten darauf hin, dass die Piratenpartei ein ureigenes Berliner Gewächs sei: Nach der Bundestagswahl 2005 in Berlin gegründet, im Protest gegen Personen („Zensursula“) und Programme der Bundespolitik (Sperrungen beziehungsweise Löschen von Kinderpornographie) gewachsen, in der Bundeshauptstadt im September 2009 mit dem besten Landesergebnis weit und breit, jetzt in Berlin erstmals in einem Landesparlament.

Nichts macht so erfolgreich wie der Erfolg

Bis in Kleidung und Habitus der Kandidaten hinein schienen die Piraten als Verkörperung des Lebensgefühls jener ersten Generation von Großstadtkindern. Diese Erklärung hatte freilich nicht lange Bestand. Denn kaum ein halbes Jahr später erzielten die Piraten in der ersten Landtagswahl des Jahres 2012 ein Ergebnis, das sich von dem in Berlin nur in Nuancen unterscheidet. Und das nicht irgendwo, sondern im Saarland, dem kleinsten und sozialstrukturell traditionellsten unter den westdeutschen Flächenländern, gewissermaßen dem Vorpommern des Westens.

Sicher, nichts macht so erfolgreich wie der Erfolg, zumal die Piraten als zunächst ideologisch unbelastete Partei zum Lieblingsthema vieler Medien avanciert waren. Und sicher hatte in Berlin wie im Saarland den Piraten der Umstand Rückenwind verschafft, dass beide Wahlen im vorhinein entschieden schienen. In Berlin war alles andere als eine rot-grüne Koalition praktisch ausgeschlossen, im Saarland hatten sich SPD und CDU vorab auf ein Regierungsbündnis festgelegt. Wer aber in Berlin nicht für einen Senat unter

Klaus Wowereit stimmen oder im Saarland „Sie oder Er“ spielen wollte, der blieb zu Hause - oder er zeigte mit seiner Stimme für die Piraten, dass Opposition alles andere als Mist ist.

Auf diesen Gedanken kamen in Berlin wie im Saarland nicht zuletzt Bürger, die an der Wahl zuvor nicht teilgenommen hatten. In Berlin waren nach Berechnungen von infratest-dimap 23000 der 130000 Piraten-Wähler vormalige Nichtwähler, im Saarland 8000 von 35500. Ähnliche Effekte konnten in den Landtagswahlen der zurückliegenden Jahrzehnte bestenfalls populistische beziehungsweise rechtsradikale Parteien von „Statt-Partei“ oder „Schill“ in Hamburg über die „Republikaner“ und die DVU bis zur NPD erzielen. Doch deutet derzeit nichts daraufhin, dass die Piraten es ihnen auch in der Hinsicht gleich tun könnten, dass sie nach wenigen Jahren wieder von der Bildfläche verschwinden.

Avantgardistisch-anarchisch und klassisch links

Es wäre verfrüht, aus der Mobilisierung sogenannter Nichtwähler zu schließen, die Piraten seien vor allem für eine in der Tendenz politikskeptische Klientel attraktiv. Prozentual betrachtet waren in Berlin nur 18 Prozent der Piraten-Wähler vormals abstinent, im Saarland waren es 22 Prozent. Annähernd vier von fünf Wählern haben schon einmal für andere Parteien gestimmt. Doch für welche?

In Berlin fischen die Piraten etwa 22000 Stimmen und damit am ausgiebigsten in der Wählerschaft der „Sonstigen“, auf die in den Stadtstaaten mittlerweile traditionell bis zu zehn Prozent der Stimmen entfallen. 2006 zählte dazu die „WASG“, die damals getrennt von der PDS/Linkspartei angetreten war. Doch nicht nur deren Unterstützer haben im vergangenen Herbst in Scharen die Piraten gewählt. Auch die SPD und die Linkspartei, vor allem aber die Grünen büßten Stimmen zugunsten der Piraten ein - insgesamt 44000. Der „Abstrom“ aus den Reihen der bürgerlichen Parteien CDU und FPD fiel demgegenüber mit zusammen 10 000 Stimmen kaum ins Gewicht.

Mittels dieser Bilanz, so schien es, wären die Piraten und ihre Wählerschaft auf der Links-Rechts-Skala eindeutig zu verorten. Als Partei mit einer Mischung aus avantgardistisch-anarchischen und klassischen „linken“ Programmelementen wie Freiheit im Netz, Grundeinkommen und kostenlosem öffentlichen Personennahverkehr würden die Piraten das politische Spektrum links der Mitte kräftig durcheinanderbringen. Die mit dieser Prognose einhergehende Beruhigung im „bürgerlichen“ Lager währte nur kurz. Nachdem die Piraten im Saarland deutlich liberaler aufgetreten waren, ließ der Erfolg auch rechts der Mitte nicht auf sich warten. Den Saar-Piraten flossen 8000 Stimmen aus den Reihen ehemaliger CDU- und FDP-Wähler zu.

Erinnerung an die Grünen

Diese Attraktivität einer neuen Partei für Bürger aus allen Segmenten des politischen Spektrums ist in der deutschen Parteiengeschichte ungewöhnlich, aber nicht einmalig. Richard Hilmer, den Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts infratest-dimap, erinnert der Aufstieg der Piraten an den Aufstieg der Grünen. Anders als in der Rückschau oft vereinfacht dargestellt, seien die Gewinne der Grünen nicht automatisch zu Lasten der SPD gegangen, sagt Hilmer. Ebenso wie die Piraten heute hätten die Grünen ausgangs der siebziger Jahre Themenfelder wie Umweltschutz und Frieden besetzt, die von anderen Parteien vernachlässigt worden, aber auf der links-rechts-Skala nicht eindeutig zu verorten gewesen seien.

Diese Parallele lässt erwarten, dass den Piraten ein längeres Leben als den reinen Protestparteien beschert sein könnte. Mit den Themen Freiheit im Netz und internetbasierte Kommunikation und Partizipation sowie Anklängen an egalitär-anarchische Gesellschaftsmodelle speist sich jedenfalls ein harter Kern von Piraten und ihren Wählern aus einem Lebensgefühl, das die „Generation Netz“ von allen anderen Kohorten unterscheidet.



© dpa

Die Wähler der Piraten? Junge Männer ohne Glauben

Den größten Zuspruch fanden die Piraten bei den Landtagswahlen in Berlin und im Saarland unter Männern, und das um so mehr, je jünger diese waren. In Berlin erzielten die Piraten nach Berechnungen der Forschungsgruppe Wahlen unter den männlichen Erst- und Jungwählern im Alter von 18 bis 29 Jahren einen Anteil von 19 Prozent (West 18, Ost 22). Besser stand in dieser Kohorte nur die SPD mit 25 Prozent dar. Dafür schnitten die Piraten unter den männlichen Jung- und Erstwählern mehr als doppelt so gut ab wie im Durchschnitt aller Altersgruppen und klar besser als CDU (16), Grüne (16) und Linke (acht). Unter den weiblichen Wählern dieser Kohorte kamen die Piraten nach SPD (27), Grüne (24) und CDU (14) und „Sonstigen“ (14) mit einem Anteil von elf Prozent (West zehn, Ost 13) freilich nur auf den fünften Platz.

Ein ausgesprochen maskuliner Charme

Als Partei von Männern für Männer jeglicher Couleur einschließlich solcher, die gerne in braunen Gewässern navigieren, erwiesen sich die Piraten auch im Saarland. Dort betrug ihr Anteil unter den männlichen Jung- und Erstwählern mit 22 Prozent das Dreifache des Zuspruchs, den die Piraten im Durchschnitt aller Altersgruppen erhielten. Damit schnitten die Piraten schlechter ab als SPD (26) und CDU (23), aber deutlich besser als Linkspartei (13) und Grüne (sechs). Unter den Frauen gaben immerhin 14 Prozent der Erst- und Jungwähler und damit noch doppelt so viele wie im Durchschnitt aller weiblichen Wähler den Piraten ihre Stimmen. Die Linkspartei kam auf 12, die Grünen mussten sich mit sieben Prozent begnügen.

Der ausgesprochen maskuline Charme der Piraten und ihrer Wählerschaft wundert Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen nicht. Politische Bewegungen seien zumindest in ihren Anfangsphasen oft Männersache gewesen, sagt der Meinungsforscher. So war es bei den Grünen, so war es bei der Linkspartei, und so war es bei den „Republikanern“. Männer seien weitaus häufiger politisch interessiert als Frauen, sagt Jung. Nimmt man das Merkmal „Technikaffinität“ hinzu ist das Bild der Piraten und ihrer Wähler fast komplett.

Der typische Piratenwähler: jung, männlich, konfessionslos

Fehlt nur noch die Beobachtung, dass es sich bei den Piraten-Wählern mehrheitlich nicht um die sprichwörtlichen kleinen Leute handelt - jedenfalls nicht dem Bildungsabschluss nach. Denn überdurchschnittlich gut schnitten die Piraten in Berlin wie im Saarland nur unter den Männern mit Hochschulreife ab - nicht aber mit Hochschulabschluss. Auf fast dramatisch wenig Stimmen kamen die Piraten indes unter Männern mit Hauptschulabschluss. Korreliert man diesen Befund mit den Angaben zu Erwerbsstatus, Berufsgruppe und Konfession, dann ist ein typischer Piratenwähler nicht nur jung und männlich, sondern gehört mit großer Wahrscheinlichkeit keiner Religionsgemeinschaft an und ist trotz Hochschulreife mehrheitlich entweder (schein)selbständig oder arbeitslos.

Wie stark dieses Milieu indes als „diffuse Protestplattform“ (Jung) reüssiert, hängt nach dem Urteil des Mannheimer Meinungsforschers mindestens ebenso sehr von den anderen Parteien und den jeweiligen

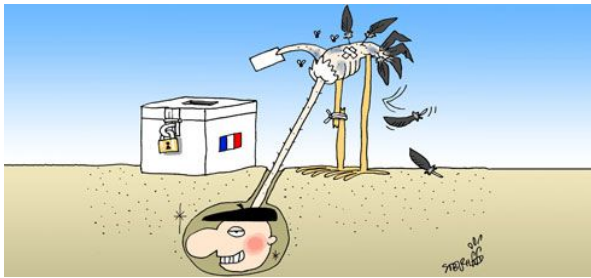
Wahlkampfkonstellationen ab. In Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen stehen die künftigen Regierungsbündnisse jedenfalls nicht Wochen vor dem Wahltermin fest.

Quelle: F.A.Z.

An election, of illusions

20 April 2012

[Les Echos](#) Paris



[Stephff](#)

Revolution, protectionism, leaving the euro: the run-up to the presidential election, and the first-round vote on 22 April, has been marked by ideas that are popular but wholly divorced from reality. A columnist deplores what he perceives as the characteristic syndrome of a country that is unable to examine its conscience.

[Eric Le Boucher](#)

France has many enviable geographical and culinary attractions, but the same cannot be said for the level of its political debate, which has to be the lowest in the western world. The campaigns ahead of the first round of the presidential election are an apt illustration of how inane it can be.

In principle, an election should offer an opportunity to examine problems, propose solutions, and a chance to benefit from a renewed momentum. The campaigns for May 2012, which have been marked by the presentation of disproportionate measures that studiously ignore the real situation of France, bear no relation to this paradigm. And not surprisingly, the election has failed to generate any excitement.

According to the polls, half of the country's voters have changed their choice of candidate over the last six months: it is not hard to understand why they would. As it stands, statisticians looking at the current rankings – 30% for Sarkozy, 30% for Hollande, and 30% for a mixed bunch of other candidates – will tell you that the division of the vote into thirds is indicative of random selection. The French electorate, whose ignorance of what is being proposed has been left unstirred, will follow their noses and vote for wholly subjective reasons.

The campaigns, which have been an overwhelming disappointment, have set aside any discussion of the unprecedented problems we are now experiencing: an extremely serious economic crisis, an existential financial crisis, terrifying levels of unemployment, and an apparently insoluble European crisis. And all of these issues are coming to a head against the backdrop of a massive shift in power towards Asia, and in a period that has been marked by major technological revolutions.

[We have had enough myths](#)

Faced with the global challenges of climate change, and the lack of sufficient food and water resources, at a time when the two major political ideologies of liberalism (which is too unfair) and social democracy (which is too expensive) appear increasingly inadequate, the least you could expect would be for the candidates to show some humility and an awareness of the hard times we live in. But no, France was once again serenaded with the illusion of its belle exception.

In 2007, we were offered hope: the campaigns focused on the future. Nicolas Sarkozy was advocating sweeping change to encourage production and to reward hard work. Ségolène Royal, who had also broken

with the traditional articles of faith of her party, was proposing to build a “participatory democracy” – a forward-looking idea that had the merit of acknowledging the internet era. Not so the 2012 contest, which has been marked by unabashed intellectual regression with candidates proposing solutions inspired by a pre-liberal world rather than a post-liberal one.

German philosopher Peter Sloterdijk has remarked that France is the only country where political movements never engage in an examination of conscience. The left papers over all of its faults with references to the Revolution which it considers to be the only Truth.

The right, which used to congratulate itself for engineering the Restoration, subsequently seized on De Gaulle as a means to blot out 1940 and France’s collaboration. The past is mythologised and when we examine it for help in facing the ordeals of our own era, it is glorious but of no practical utility. All it can offer, as Mélenchon would say is a chance “to dream”.

But that is precisely the problem, we have had enough myths! Jean-Luc Mélenchon along with Nicolas Dupont-Aignan and Marine Le Pen are vaunting the merits of protectionism, an exit from the euro, and inflation. But none of these politicians can cite a country where these ideas have succeeded. Do their supporters not have eyes to see the extreme discomfort of Hugo Chavez in oil-rich Venezuela, and compare it with the success of reforms adopted by Lula da Silva in Brazil? Or the deadlock and inflation that have resulted from the populist strategy of default in Argentina?

A utopian coma

Clear-headed thought is sorely needed across the entire spectrum of French politics, where clientelism and ideology continue to prevail in the absence of any examination of history, or any willingness to learn from progress in social sciences and pragmatic analysis.

In their work on projects to counter poverty and educational exclusion, and schemes to promote integration and even industrial production, French researchers, like their colleagues abroad, make use of methods inspired by pharmaceuticals testing: a reform is implemented for one group in the population, and the results are scientifically evaluated and compared with data from a control group. On this basis, factual conclusions can then be drawn as to whether a reform is useful or utterly pointless.

This research requires a spirit of humility with regard to our understanding of the facts, which is sadly lacking in French politics. With Hollande’s “contract for a generation” and Nicolas Sarkozy’s “project for schools”, we are being asked to choose between improvised measures, which have not been tested anywhere. And this is not the only problem in a country, where hardly any attention is paid to think tanks, and political parties are mainly focused on internal struggles.

In short this campaign, has done nothing to explain the complexity of the modern world. We are no better informed about the inevitable need for austerity, the imperative to produce, the necessary reconstruction of the European project, and modest solutions to social issues. Nor do we have any greater sense of the opportunities the future may hold. On the contrary, the French population has been lulled into a utopian coma with a heady potion of magical thinking and myths. The wake-up call is coming on 7 May.

Translated from the French by **Mark McGovern**

Eurobonds

How best to share the sacrifice

The Economist Free Exchange Blog Apr 19th 2012, 22:22 by R.A. | PALO ALTO

IT'S difficult to keep track of all the economic problems afflicting the euro zone at the moment—too-tight monetary policy, too-tight fiscal policy in countries that aren't under pressure to rapidly and immediately cut budgets, the absence of a sovereign lender of last resort, insufficient integration of the area's financial system, a raft of supply-side problems too numerous to mention—but given the scarcity of political will in the euro area, it's important to tackle the most critical crisis causal factors first. One of the most pernicious is the "diabolical loop" between sovereign and banking-sector credit-worthiness. As markets get nervous about a sovereign's solvency, its banks come under pressure. And as a country's banks come under pressure, fears grow that the government will need to step in to rescue them, lowering confidence in the sovereign's solvency. On the brink of catastrophe late last year, the European Central Bank stepped in to address this link, but in a temporary and half-hearted way. The upshot of the ECB's €1 trillion in long-term bank lending is that sovereign premiums were temporarily depressed...by national banks that purchased sovereign debt to post it as collateral at the ECB. **It's helpful that the banks were yanked back from the brink of a liquidity meltdown, but the dangerous link between national and bank solvency has been solidified in the process.** A more durable solution is necessary. As this week's [Free exchange column](#) explains, that's where eurobonds come in:

“Eurobonds”, shorthand for euro-area sovereign debts that are jointly guaranteed by the 17 member countries, could provide a solution. In aggregate, the public finances of the currency block compare favourably with countries such as America which can borrow at dirt-cheap rates (last year's euro-wide budget deficit was 4.1% of GDP, less than half America's 9.6%). But replacing all national government bonds with collectively underwritten debt is a non-starter. A fully mutualised euro-zone debt market would be enormous—at €8 trillion (\$10.5 trillion), not far short of America's—and thus very liquid. That would lower average borrowing costs a bit. But the big gains through lower yields would go to the block's fiscal sinners (the Signori), while the good guys (the Herra) would be charged more to tap the markets than they are now. Such a move risks undermining the euro area's public finances in the long run by taking pressure off renegades. To prevent that, national budgets would have to be tightly controlled at a euro-zone level, entailing much deeper political integration than is currently conceivable.

Any feasible plan for Eurobonds will therefore have to be on a partial basis. That means limiting the scope of joint guarantees to specific portions of member states' sovereign debt, or setting a defined lifespan to the guarantees. One idea is to confine the maturity of Eurobonds to short-term debt. Wim Boonstra, chief economist of Rabobank in the Netherlands, advocates a facility for euro-zone countries to finance themselves for four years through jointly-guaranteed debt of up to two years in maturity. This plan would exclude Greece, Ireland and Portugal while they are receiving rescue finance, but it would take the heat off Italy and Spain and provide their banks with a safe common asset. One snag is that it encompasses the very maturity at which their governments already find it easiest to borrow. Another is that by encouraging countries to issue debt at shorter maturities, the programme would create a bigger refinancing hump at the point when it was wound up.

A much more ambitious scheme from Bruegel, a Brussels-based think-tank, first outlined in 2010, would use the original Maastricht-treaty cap for public debt of 60% of GDP—more honoured in the breach than the observance—to carve a dividing line between jointly-guaranteed debt and the rest. National borrowings below the 60% level could be switched into “blue” Eurobonds, while the remaining “red” debt would remain the responsibility of individual states. The blue bit would cover around €5.5 trillion—a lot more than Mr Boonstra's plan, and it would be for keeps. The main objection to this colour-coded proposal is that the resulting pressure on countries to reduce their red debt could backfire. The now-riskier tranche of borrowing would turn toxic, with yields on it soaring as borrowers priced in the higher risk of

default. In the ensuing panic, the guarantee would probably have to be extended. The limit for blue debt would turn out to be as binding a constraint as the original Maastricht ceiling.

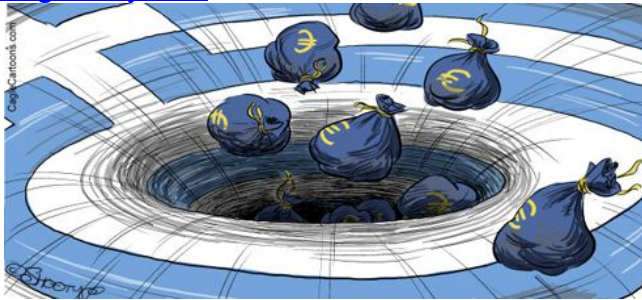
A third proposal—from the German Council of Economic Experts, an independent advisory group—recodes the colours and changes the intent. Eurobonds would replace national debt above, rather than below, 60% of GDP. This scheme would be smaller than Bruegel's, covering around €2.3 trillion, and since its purpose is to redeem debt above the 60% threshold, the fund issuing the Eurobonds would eventually wind up—though that would take 25 years. The ultimate objective is manageable national rather than permanent joint debt.

As the column goes on to point out, the German option has much to recommend it, but would need to be tweaked to help Spain. In practice, the efficiency of the plan, or even the expense, isn't necessarily as important as the politics. **But as one hears repeatedly in discussions of the euro zone's travails, every round of intervention deploys solutions that were considered "politically impossible" even months before. The German reluctance to accept eurobonds will almost certainly fall in this way, once the sand bags thrown up by the ECB begin collapsing amid an onrushing flood. So, perhaps quite soon, then.**

You can't buy your way to growth

19 April 2012

[Dagens Nyheter](#) Stockholm



[Shooty](#)

European leaders are seeking growth as a way to attenuate the social consequences of austerity measures. But simply giving money to the countries of Southern Europe, which do not have the adequate economic foundations, is a pipe dream, warns a Swedish commentator.

[Richard Swartz](#)

If the picture painted by politicians is to be believed, the new aid package which will replace the old aid package will ensure conditions favourable to economic growth in the countries of Southern Europe. Yet this vision of the future resembles the missed opportunities of yesteryear. Does anyone really believe that the European debt crisis is behind us?

Until now, we've settled for pushing down hard on the brake and for treating the symptoms of the crisis. Everybody must belt tighten, willingly or unwillingly.

Once again, European leaders did what they do best: stalled for time. They intend to use it to favour economic growth, the only means to get out of the crisis. Growth that can be achieved only if everybody pulls their weight. This congenial and certainly true creed is repeated like a mantra by the major European leaders.

But is it also realistic? One sometimes has the impression that the political class only has a very vague idea of how the economy really works in some countries of Eastern or Southern Europe. There, slogans such as "reforms" or "growth" evoke nothing more than false hopes and pure fantasy.

The dilemma is particularly flagrant in Eastern Europe. When the communist regimes fell, the former economies were scrapped. The factories were closed or they went bankrupt. From one day to the next, or just about, every consumer good was replaced, from toothpaste to margarine including panty-liners, refrigerators, sofas and automobiles.

For consumers in the Eastern countries, this was a true blessing. In the blink of an eye, they went from dearth to abundance. The only problem was the Eastern countries did not have the money to buy all of these Western products. The populations of those countries were thus offered generous loans by the newly established commercial banks, they too of Western origin. The result is that these are now economies that generally produce little and rest only on the precarious perch of indebtedness.

A good part of Southern Europe finds itself in a comparable situation – with shrunken production, insignificant exports, and high debt. In Southern Europe, the introduction of the euro, paradoxically, had effects similar to that of the fall of the Wall. For the first time these countries had access to "real" – and

cheap – financial loans, as if the Peloponnese or Estremadura were in the Rhineland or neighbouring on Bavaria.

Such an opportunity undoubtedly comes along only once in a lifetime. For nearly ten years, a deluge of loans flooded into Southern Europe. This money could have been used to build the foundations of self-sustaining economic growth – if investments had been made in infrastructure, in the overhaul of the State, in consolidating entire segments of industry or in education. Instead, it was thrown out the window.

Today, as new aid replaces the old, we are told it will allow the creation of conditions necessary for the expected change in the countries of Southern Europe and for their economic growth. Yet, we have already let this opportunity slip away; it is already behind us. The vision of the future sketched by European leaders resembles yesterday's lost opportunities.

Humans create more problems than solutions. [The late Swedish Prime Minister] Olof Palme used to say that the resolution of a problem – and thus of politics – is a question of will. For Karl Marx, the solution consists of becoming aware of what is indispensable. So be it. Neither of these two approaches can do any harm.

But it is undoubtedly Bismarck who was the shrewdest by declaring that politics is "the art of the possible" and that, therefore, solutions must be sought in what is concretely achievable. Even a mediocre economist or politician is able to find the miracle cure for Greece's economic woes but it would have as little chance of being adopted as one has of getting a Turkish coffee in Athens.

The question is what a number of European countries will live off of in the future given the current context of globalisation. No one seems to have the answer. All that is known is that life styles will have to change radically and that China, much more than Germany, is responsible for this situation.